



2021

# PROGRAMMVERGLEICH kompakt

Vergleichender Überblick  
der politischen Positionen und Forderungen zur  
Bundestagswahl 2021

AfD, CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
FDP, DIE LINKE

# Inhalt

<a href="#">I.</a>	Demokratie und Rechtsstaat .....	3
<a href="#">II.</a>	Freiheit und Verantwortung .....	5
<a href="#">III.</a>	EU und Europa .....	6
<a href="#">IV.</a>	Steuern und Finanzen .....	7
<a href="#">V.</a>	Wirtschaft .....	10
<a href="#">VI.</a>	Der Euro ist gescheitert .....	19
<a href="#">VII.</a>	Außenpolitik.....	24
<a href="#">VIII.</a>	Innere Sicherheit.....	34
<a href="#">IX.</a>	Islam.....	40
<a href="#">X.</a>	Migration .....	42
<a href="#">XI.</a>	Familienpolitik.....	51
<a href="#">XII.</a>	Arbeits- und Sozialpolitik .....	62
<a href="#">XIII.</a>	Rente.....	70
<a href="#">XIV.</a>	Gesundheitspolitik .....	74
<a href="#">XV.</a>	Bildung, Wissenschaft und Forschung .....	88
<a href="#">XVI.</a>	Kulturpolitik .....	96
<a href="#">XVII.</a>	Medienpolitik.....	102
<a href="#">XVIII.</a>	Bauen Wohnen Mieten.....	106
<a href="#">XIX.</a>	Klima, Energie, Technik und Digitalisierung.....	112
<a href="#">XX.</a>	Mobilität und Infrastruktur.....	132
<a href="#">XXI.</a>	Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz.....	142

# I. Demokratie und Rechtsstaat

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<b>Volksabstimmungen nach Schweizer Modell.</b>	Keine Position	<b>Bürgerräte</b> (Per Zufallsauswahl besetzte, demokratisch nicht legitimierte Gremien).	<b>Bürgerräte</b> (Per Zufallsauswahl besetzte, demokratisch nicht legitimierte Gremien).	<b>Bürgerräte</b> (Per Zufallsauswahl besetzte, demokratisch nicht legitimierte Gremien).  <b>Europäische Volksabstimmungen</b>	<b>Bürgerräte</b> (Per Zufallsauswahl besetzte, demokratisch nicht legitimierte Gremien).  <b>Europäische Volksabstimmungen</b>
<b>Verfassungsschutz reformieren.</b>	Befugnisse des <b>Verfassungsschutzes</b> im digitalen Raum erweitern.	Keine Position	<b>Verfassungsschutz</b> strukturell neu aufstellen. (Institut zum Schutz der Verfassung + verkleinertes Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr).	Föderalismusreform III: Reduzierung der Anzahl der Landesämter für <b>Verfassungsschutz</b> .	<b>Verfassungsschutz</b> durch eine unabhängige "Beobachtungsstelle Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" ersetzen.
<b>Kontrolle der Parteienfinanzierung durch Rechnungshöfe.</b>  <b>Regelung und Begrenzung der Stiftungsfinanzierung.</b>  <b>Neuordnung der Spendenregelungen.</b>  <b>Verbot der Parteienbeteiligung an Unternehmen.</b>	Keine Position	Keine Position	<b>Parteispenden</b> sollen auf natürliche Personen beschränkt werden.  <b>Spenden an Abgeordnete</b> und die Lobbytätigkeit für Abgeordnete verbieten. Neufassung des Straftatbestandes der <b>Abgeordnetenbestechung</b> .	Verdeckte <b>Parteienfinanzierung aus dem Ausland</b> auf europäischer Ebene regulieren.	Unternehmens- und Lobbyistenspenden an Parteien sowie das <b>Parteiensponsoring</b> , wie Unternehmensstände auf Parteitag verbieten.  <b>Spenden von Privatpersonen</b> auf 25.000 Euro im Jahr begrenzen.  <b>Spenden an Abgeordnete</b> verbieten.

# I. Demokratie und Rechtsstaat

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<b>Lobbyisten-Gesetz</b>	Keine Position	<b>„Legislativer Fußabdruck“:</b> Transparenz der Einflussnahme von Lobbyisten bei Gesetzesentwürfen.	<b>Lobbyregister</b> nachschärfen.  Lobbyregister und <b>legislativer Fußabdruck auf EU-Ebene.</b>	Föderalismusreform III: Reduzierung der Anzahl der Landesämter für <b>Verfassungsschutz.</b>	Verbindliches, maschinenlesbares und transparentes <b>Lobbyregister.</b>
<b>Verkleinerung des Bundestages.</b>	Keine Position	Keine Position	<b>Verkleinerung des Parlaments</b> durch eine Wahlrechtsreform und Reduzierung der Wahlkreise.	<b>Bundestag verkleinern.</b> Anzahl der Wahlkreise und damit der Direktmandate auf 250 beschränken. <b>Mindestsitzzahlverfahren abschaffen.</b>	Keine Position

## II. Freiheit und Verantwortung

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
Ablehnung sog. ‚Antidiskriminierungsgesetze‘.	Keine Position	<p><b>Antidiskriminierungsstelle</b> des Bundes stärken.</p> <p>Das Allgemeine <b>Gleichbehandlungsgesetz</b> modernisieren.</p>	<p><b>Antidiskriminierungsstelle</b> des Bundes zur obersten Bundesbehörde aufwerten.</p> <p>Das Allgemeine <b>Gleichbehandlungsgesetz</b> zu Bundesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln.</p> <p>Wissenschaftliche Studien und Wirksamkeitsprüfungen von <b>Antidiskriminierungsmaßnahmen</b>.</p>	Keine Position	<p><b>Antidiskriminierungsstelle</b> des Bundes finanziell besser ausstatten.</p> <p>Verbandsklagerecht im Allgemeinen <b>Gleichbehandlungsgesetz</b>.</p> <p>Bundesweit wirksames <b>Antidiskriminierungsrecht</b>, das sich am Berliner Antidiskriminierungsgesetz orientiert.</p>
Die AfD lehnt jede Art von Quoten ab.	Keine Position	<p>An der Spitze von Unternehmen und in den Führungsebenen darunter müssen <b>genauso viel Frauen wie Männer</b> vertreten sein.</p> <p>Einführung wirksamer <b>Sanktionen</b>.</p>	<p>Bei größeren börsennotierten Unternehmen: <b>Ein Drittel der Vorstandssitze an Frauen</b>; 40 Prozent Frauen bei Neubesetzung der Aufsichtsräte.</p> <p>In Ministerien, <b>Verwaltungen</b>, Anstalten des öffentlichen Rechts, kommunalen Verbänden und kommunalen Unternehmen: <b>50 Prozent Frauen</b> in Führungspositionen.</p>	<p><b>Selbstverpflichtung der Unternehmen</b> statt starrer Quotenvorgaben.</p> <p>Diversity Management (Management der Vielfalt) als Teil der ökonomischen Modernisierung und als sinnvolle Alternative zu Quoten.</p>	<p><b>50-prozentige</b> Frauenquote auf jeder Karrierestufe.</p>

### III. EU und Europa

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Die AfD steht für die Freiheit und Selbstbestimmung der europäischen Nationen.</b></p> <p><b>Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten.</b></p> <p><b>Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten.</b></p> <p><b>Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.</b></p>	<p><b>Konferenz über die Zukunft Europas</b>“ als Grundlage für EU-Reformen.</p> <p>Ziel: EU-Zusammenarbeit vertiefen. Grundsatz: <b>Vertiefung vor Erweiterung.</b></p> <p>Durchsetzung des <b>Rechtsstaatsmechanismus in EU</b> – bis hin zur Streichung von EU-Mitteln und dem Entzug des Stimmrechts.</p> <p>EU muss sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden.</p>	<p><b>„Konferenz über die Zukunft Europas“</b> als Grundlage für EU-Reformen.</p> <p>Ziel: <b>Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion.</b></p> <p>EU muss sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständiger werden.</p>	<p><b>„Konferenz über die Zukunft Europas“</b> als Grundlage für EU-Reformen. Das schließt auch <b>Vertragsänderungen</b> ein.</p> <p>Ziel: <b>Föderale Europäische Republik</b> mit entsprechenden Entscheidungsvollmachten in fiskalischen und legislativen Fragen.</p>	<p><b>„Konferenz über die Zukunft Europas“</b> als Grundlage für EU-Reformen. Das schließt auch <b>Vertragsänderungen</b> ein.</p> <p><b>Neue Verfassung für Europa</b>, die von den Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in <b>Volksabstimmungen</b> entscheiden können.</p> <p>Ziel: föderal und dezentral verfasster <b>Europäischer Bundesstaat.</b></p>	<p><b>Neue Verfassung für Europa</b>, die von den Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in <b>Volksabstimmungen</b> entscheiden können.</p> <p>Grundlegende Entscheidungen müssen vom <b>Europaparlament</b> getroffen werden – statt von exekutiven Gremien wie Kommission, Eurogruppe oder Rat.</p> <p>Wahl des Kommissionspräsidenten und der Kommissare durch EU-Abgeordnete.</p>

## IV. Steuern und Finanzen

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Keine EU-Steuern</b></p> <p>Das Recht, Steuern zu erheben, muss vollständig in nationaler Kompetenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbleiben.</p> <p>Die im Zusammenhang mit dem „Recovery Fonds“ von der EU-Kommission geforderte Einführung mehrerer Steuern in der Rechtssetzungs- und Ertragshoheit der EU muss verhindert werden.</p>	Keine Position	<p><b>Besteuerung digitaler Großkonzerne</b></p> <p>CO2-Grenzabgabe</p> <p>Einnahmen aus dem Emissionshandel</p> <p>Überwindung des <b>Ein-stimmigkeitsprinzips</b> in Steuerfragen.</p> <p>Beendigung des <b>Steuerdumpings</b> zwischen den Mitgliedstaaten.</p>	<p><b>Besteuerung digitaler Großkonzerne</b></p> <p>CO2-Grenzausgleich</p> <p>Besteuerung von Plastik</p> <p><b>Finanztransaktionssteuer.</b></p> <p>Der neu geschaffene <b>Wiederaufbaufonds</b> wird verstetigt und in den EU-Haushalt integriert.</p>	Einführung zusätzlicher EU-Steuern ist <b>mit den europäischen Verträgen nicht vereinbar.</b>	<b>Finanztransaktionssteuer.</b>
<p><b>Für ein Steuersystem mit wenigen Steuerarten und verständlicher Systematik</b></p> <p><b>Abschaffung kleinerer Verbrauchssteuern.</b></p>	<p><b>Keine Steuererhöhungen</b> oder Einführung neuer Steuern.</p> <p><b>Energiebezogene Steuern,</b> Umlagen und Entgelte stärker auf CO2-Ausstoß ausrichten.</p> <p><b>Keine Einführung neuer Substanzsteuern.</b></p>	<p>Aufschlag von drei Prozentpunkten zur <b>Einkommensteuer für Spitzenverdiener.</b></p> <p><b>Vermögenssteuer</b> wieder in Kraft setzen - einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen einführen.</p>	<p>Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch <b>stärker besteuern.</b></p> <p>Steuern und Abgaben auf Arbeit verringern.</p> <p><b>Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne</b> abschaffen.</p> <p><b>Vermögenssteuer</b> für Vermögen oberhalb von</p>	<p><b>Abgabenquote</b> unter 40 Prozent senken.</p> <p><b>Spitzensteuersatz nur für Spitzenverdiener:</b> erst ab einem Einkommen von 90.000 Euro.</p> <p>Keine Verschärfung der <b>Erbschaftssteuer.</b></p>	<p><b>Vermögenssteuer</b> von 5% für Vermögen oberhalb 1 Million.</p> <p><b>Vermögensabgaben</b> für Vermögen über 2 Millionen zwischen 0,1 und 1,5 %.</p> <p>Anhebung der <b>Erbschaftssteuer.</b></p>

## IV. Steuern und Finanzen

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<b>Abschaffung verfassungswidriger Substanzsteuern.</b>		<b>Erbschaftssteuer</b> mit dem Instrument einer effektiven Mindestbesteuerung reformieren.	zwei Millionen Euro pro Person und jährlich 1 Prozent.	<b>Keine neue Substanzbesteuerung.</b> <b>Bagatell- und Lenkungssteuern abschaffen.</b>	<b>Umsatzsteuer</b> verringern für Handwerk sowie Produkte für Kinder und Arzneimittel. <b>Finanztransaktionssteuer:</b> 0,1 Prozent bei jeder Finanztransaktion. <b>Gewerbesteuer</b> in Gemeindefinanzsteuer umwandeln.
<b>Einführung einer Digitalsteuer für Tech-Riesen.</b>	Große <b>digitale Konzerne</b> sollen ihre Steuern auch dort zahlen, wo sie ihre Umsätze erzielen.	Einführung einer effektiven <b>Mindestbesteuerung</b> und einer fairen <b>Besteuerung so genannter Digitalunternehmen</b> zum Abschluss bringen und in Deutschland und Europa umsetzen.	Besteuerung von <b>Digitalkonzernen</b> soll an den EU-Haushalt gehen.	<b>Globale Mindestbesteuerung</b> für große internationale Konzerne.	25% <b>Unternehmenssteuer.</b>
<b>Anpassung der Besteuerung von Einkommen und der Bemessungsgrundlagen an die Inflation.</b>	Kleine und mittlere Einkommen bei der <b>Einkommensteuer entlasten.</b>	<b>Bemessungsgrenze</b> zur Erhebung der Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung regelmäßig anpassen.	<b>Grundfreibetrag der Einkommensteuer</b> erhöhen. <b>Spitzensteuersatz</b> moderat anheben.	Beim <b>Einkommensteuertarif</b> den sogenannten Mittelstandsbereich vollständig abschaffen und so einen leistungsgerechteren linearen <b>Chancentarif</b> gestalten.	<b>Anhebung des Steuerfreibetrags</b> in der Einkommenssteuer auf 1200 Euro (entspricht Mindestlohn). <b>Steuerfreiheit</b> für Einkommen unter 14.400 Euro. Höhere Einkommen ab 70000 mit 53% besteuern.



## IV. Steuern und Finanzen

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
					<b>Reichensteuer</b> für Einkommen über 260533 Euro: 75%.
<b>Solidaritätszuschlag abschaffen.</b>	Solidaritätszuschlag für alle <b>schrittweise abschaffen.</b>	Solidaritätszuschlag <b>für Spitzenverdiene erhalten.</b>	Keine Position	Solidaritätszuschlag <b>komplett abschaffen</b>	Solidaritätszuschlag <b>für hohe Einkommen erhalten.</b>
<b>Bargeld erhalten</b>	Bargeld <b>erhalten.</b>	Keine Position	Keine Position	Bargeld sollte als Alternative zu digitalen Zahlungsformaten <b>bestehen bleiben.</b>	Recht auf Bargeldnutzung <b>gesetzlich verankern.</b>

## V. Wirtschaft

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Den Mittelstand entlasten und gegenüber multinationalen Konzernen stärken.</b></p>	<p>Themen- und technologieoffene <b>Projektförderung</b> stärken.</p> <p><b>Investitionsprogramme ausweiten.</b></p> <p><b>Betriebsübergaben</b> erleichtern.</p> <p><b>Raumfahrtmittelstand</b> fördern.</p>	<p><b>Innovationsförderung</b> aufstocken.</p> <p><b>Förder- und Kreditprogramme</b> im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen.</p> <p>Niederschweligen <b>Zugang zu Fördermitteln</b> für KMUs ermöglichen.</p>	<p><b>Berichtspflichten</b> sollen vereinfacht werden durch sogenannte <b>KMU-Tests</b> auf nationaler und europäischer Ebene.</p> <p><b>Gewinngrenze für die Buchführungspflicht anheben</b> zur Entlastung von Solo-Selbständigen und Kleinstunternehmen.</p> <p><b>Förderprogramme und Investitionszuschüsse</b> für KMUs ausgestalten.</p>	<p><b>Steuerliche Entlastungen.</b></p> <p>Klare internationale Regeln für fairen <b>Steuerwettbewerb</b> – keine Alleingänge.</p> <p><b>Zahlungsmoral-Offensive der öffentlichen Hand</b></p>	Keine Position
<p><b>Entschädigung von Corona-Maßnahmen besonders betroffener Wirtschaftssektoren</b></p>	Keine Position	<p><b>Kurzarbeitergeld.</b></p> <p><b>Corona-Konjunkturpaket</b> mit den Schwerpunkten der wirtschaftlichen Stabilisierung, der sozialen Sicherung und der ökologischen Transformation.</p>	<p>Ein Neustart nach der Corona-Krise muss gezielt den besonders <b>betroffenen Branchen helfen</b> - und zugleich ein Signal für den Richtungswechsel zur <b>Klimaneutralität</b> setzen.</p> <p>Für KMU:          - Steuerlichen <b>Verlustrückertrag</b> ausdehnen.          - Attraktive, zeitlich begrenzte</p>	<p><b>Negative Gewinnsteuer</b>“. Als Bemessungsgrundlage dient der letzte Steuerbescheid.</p> <p>In einem zweiten Schritt soll eine deutlich erweiterte <b>Verlustverrechnung</b> mit Gewinnen vergangener oder künftiger Jahre eingeführt werden.</p> <p><b>Corona-Schulden so schnell wie möglich abgebauten.</b></p>	<p><b>Staatliche Subventionen</b> an Unternehmen und Hilfen in wirtschaftlichen Krisen müssen <b>in Form von kollektiven Belegschaftsanteilen</b> vergeben werden.</p>

## V. Wirtschaft

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
			<p><b>Abschreibungsbedingungen</b> einführen. - Mit vereinfachten <b>Restrukturierungsverfahren</b> Insolvenzen verhindern.</p> <p>Die <b>Kunst- und Kulturbranche</b> durch eine abgestimmte Kulturförderpolitik stärken.</p> <p>Falls <b>Coronahilfen</b> zurückgezahlt werden müssen, benötigen die Unternehmen großzügige Konditionen.</p>	<p>Bund und Länder müssen sich nach Überwindung der Coronakrise <b>vollständig aus den Bankenmärkten zurückziehen</b>.</p> <p>Förderung für Selbstständige in <b>Kultur- und Kreativwirtschaft</b>.</p>	
<p><b>Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer „Industriepolitik“.</b></p>	<p><b>Soziale Marktwirtschaft als Erfolgsmotiv</b> fortschreiben.</p> <p>Entfesselungspaket für die Wirtschaft: <b>Entlasten statt belasten</b>.</p>	<p><b>Sozial-ökologisch</b> ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik.</p>	<p><b>Sozial-ökologische Marktwirtschaft</b> im Sinne des Gemeinwohls in Europa begründen.</p> <p>In Zukunft soll gemeinsam mit dem Jahreswirtschaftsbericht ein <b>Jahreswohlstandsbericht</b> veröffentlicht werden. Dieser berücksichtigt dann zum Beispiel auch den Beitrag des Naturschutzes, einer gerechten Einkommensverteilung oder auch guter Bildung zum</p>	<p><b>Soziale Marktwirtschaft als lernendes System</b> und als Modell für eine ökonomische Friedensordnung – nicht nur in Europa.</p> <p>Für einen zukunftsfähigen Standort und Arbeitsplätze brauchen wir die <b>Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft</b>.</p>	<p>Für eine <b>neue Industriepolitik</b> muss das Prinzip gelten: Es dürfen keine Arbeitsplätze verlagert werden, bevor nicht neue, gleichwertige Arbeit geschaffen wurde.</p>

## V. Wirtschaft

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
			Wohlstand unserer Gesellschaft.		
<b>Ausrichtung auf MINT-Fächer.</b>	<b>Frauen für MINT</b> -Berufe begeistern und Karrieren in der Wissenschaft erleichtern.	Förderung von <b>Frauen und Mädchen</b> im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich ( <b>MINT</b> ).	Förderung der MINT-Themen an Schulen. Gezielte Ansprache von <b>Frauen für MINT</b> -Studiengänge und Ausbildungsberufe.	<b>MINT</b> -Bildung frühzeitig stärken – <b>Mädchen und Frauen</b> gezielt fördern.	Keine Position
<b>Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Produkte fördern.</b>	Konkrete Bedingungen für <b>Ausgründungen</b> verbessern:  - Mit einem <b>Innovationsfreiheitsgesetz</b> bürokratische Hürden abbauen, vor allem im Beihilfe- und Gemeinnützigkeitsrecht.  - <b>Unterstützungsleistungen</b> in der Phase vor der Gründung verbessern (Beratungsleistungen, Nutzung der Infrastruktur und die Erstellung von Machbarkeitsnachweisen)	<b>Drei Kernpunkte</b> , um mehr Unternehmensgründungen anzuregen  1. Organisatorische Unterstützung wie <b>One-Stop-Agenturen</b> für Gründer.  2. Erleichterter <b>Zugang zu Kapital</b> durch Projektförderung sowie öffentliche Fonds für Wagniskapital.  3. <b>Existenzgründungen von Frauen</b> und in der Fläche werden mit eigenen Programmen gezielt gefördert.  <b>KfW</b> soll vor allem Start-Ups fördern, die den <b>sozial-ökologischen Umbau</b> der	Die <b>stille Beteiligung der öffentlichen Institutionen</b> soll zum neuen Ausgründungsstandard werden.  Mittelfristige <b>Vereinheitlichung des Gründungs- und des Gesellschaftsrechts</b> innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums.  Der <b>Zukunftsfonds</b> soll verstreute Förderangebote bündeln und ein Vielfaches an privaten Geldern hebeln. Gleichzeitig sollte auch ein funktionierender Sekundärmarkt für Direktinvestitionen und Anteile an	Gründung einer <b>Deutschen Transfergemeinschaft (DTG)</b> : Sie soll unabhängig agieren und als Selbstverwaltungseinrichtung sowohl technologische als auch soziale Innovationen unterstützen.  Die DTG wäre ein <b>One-Stop-Shop</b> , der Transfer-Know-how bündelt und kostenneutral durch bislang auf mehrere Ministerien verteilte Transferfördergelder finanziert wäre.	Keine Position

## V. Wirtschaft

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
		Wirtschaft vorantreiben.	Wagniskapitalfonds aufgebaut werden.		
<p><b>Rahmenbedingungen verbessern, Bürokratie abbauen, den Staat effizienter machen</b></p> <p><b>Regulierungen und Subventionen überprüfen und, wo möglich, abbauen.</b></p> <p><b>Wirtschaftsrelevante Rechtsgebiete auf Streitanzfälligkeit überprüfen und reduzieren.</b></p>	<p>Erfolgskontrolle, Praktikabilität und Erfüllungsaufwände von Gesetzen sollen durch einen <b>Praxis-Check</b> – bei frühzeitiger Beteiligung der Wirtschaft – geprüft werden.</p>	<p>Klima- und <b>umweltschädliche Subventionen</b> abbauen.</p>	<p>Mix aus CO<sub>2</sub>-Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungsrecht und Abbau von <b>umweltschädlichen Subventionen.</b></p> <p><b>Wirtschaftsförderung geschlechtergerechter</b> ausgestalten.</p> <p>Staatlicher <b>Wagniskapitalfonds</b> nur für Gründerinnen.</p>	<p>Initiativen wie das <b>Bürokratieentlastungsgesetz IV</b>, die Strategie „Einheitliche Ansprechpartner 2.0“ und eine Verlegung der Sozialversicherungsbeiträge in den Folgemonat müssen zu einer Gesamtstrategie gebündelt werden. Das gilt auch für schlankere <b>Vergabe-, Register- und Informationsbestimmungen.</b></p> <p>Für jede neue Belastung durch geplante Regelungen sollen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden („<b>One in, two out</b>“) – auch auf europäischer Ebene.</p>	<p><b>Linke Wirtschaftspolitik</b> setzt auf die die Steigerung der Nachfrage im Inland über höhere Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse.</p> <p><b>Keine Steuergelder ohne Gegenleistung</b> – staatliche Gelder müssen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden.</p>
<p><b>Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts.</b></p>	<p><b>Arbeitszeitgesetz</b> reformieren. Anstelle der täglichen soll eine <b>wöchentliche Höchstarbeitszeit</b> treten.</p> <p><b>Personalpartnerschaften</b> erleichtern</p>	<p><b>Arbeitszeitgesetz</b> erhalten. Keine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit.</p> <p><b>Zeitkonto:</b> Zeiteinzahlungen der Beschäftigten – auf diese Weise gehen Überstunden</p>	<p><b>Flexible Arbeitszeitmodelle.</b></p> <p>Besserer <b>Schutz bei online vermittelter Arbeit:</b> - Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen.</p>	<p><b>Flexible Arbeitszeiten.</b> Hierbei werden flexible Regelungen in einem Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung rechtssicher ermöglicht.</p>	<p>Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit ausreichend Personal für <b>Straftatbestände aus dem Arbeitsrecht und Betriebsverfassungsrecht.</b></p>

## V. Wirtschaft

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
	<p>und rechtssicherer machen.</p> <p><b>Scheinselbstständigkeit</b> verhindern und gleichzeitig mehr Rechtssicherheit für Selbstständige und ihre Auftraggeber schaffen.</p> <p><b>Lohnzusatzkosten</b> auf einem stabilen Niveau von maximal 40 Prozent halten.</p> <p><b>Tarifrecht:</b> Tarifpartnern möglichst großen Spielraum in der Gestaltung von Arbeitsregelungen lassen.</p> <p><b>Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen</b> stärken.</p> <p><b>Werk- und Dienstverträge</b> erhalten. Ihrer missbräuchlichen Anwendungen durch wirksame Arbeitsschutzkontrollen entschieden entgegenwirken.</p> <p><b>Zeitarbeit</b> erhalten. <b>Kettenbefristungen</b> abschaffen.</p>	<p>nicht verloren, sondern verwandeln sich in ein Zeitguthaben, das per Tarifvertrag oder durch den Staat nach dem Prinzip eines Chancenkontos aufgestockt werden kann.</p> <p><b>Arbeitnehmerrechte im digitalen Bereich</b> stärken. Mitbestimmungsrecht zur Einführung und bei der <b>Ausgestaltung mobiler Arbeit</b>.</p> <p><b>Bildungsurlaub</b> fördern.</p> <p><b>Entgelttransparenzgesetz</b> weiterentwickeln.</p> <p><b>Bundestariftreuegesetz</b>.</p>	<p>- Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen Geschäftsbedingungen. - Scheinselbstständigkeit verhindern:</p> <p><b>Europäische Arbeitsbehörde stärken.</b></p> <p><b>Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu überprüfen</b> und den Beschäftigten anonymisierte Spannen der Gehalts- und Honorarstruktur zugänglich zu machen.</p> <p>Rechtsanspruch auf <b>Weiterbildung</b>.</p> <p><b>Leiharbeiter</b> sollen vom ersten Tag an den gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie.</p> <p><b>Bundestariftreuegesetz.</b></p> <p>Mitbestimmungsrechte für <b>Betriebsräte</b>,</p>	<p>Bei mobiler Arbeit und im Homeoffice soll das Arbeitsschutzgesetz und nicht die Arbeitsstättenverordnung gelten.</p> <p>Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen ihren unternehmensinternen <b>Gender-Pay-Gap</b> auswerten und veröffentlichen.</p> <p><b>Scheinselbstständigkeit</b> verhindern: Über das Statusfeststellungsverfahren muss sich zweifelsfrei klären lassen, ob eine abhängige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit vorliegt.</p> <p><b>Minijob- und Midijob-Grenze</b> erhöhen und dynamisch an den gesetzlichen Mindestlohn koppeln.</p> <p>Tarifautonomie in der <b>Arbeitnehmerüberlassung</b> stärken – Höchstüberlassungsdauer aufheben.</p>	<p><b>Niedriglohnssektor abschaffen</b> - Tarifverträge stärken.</p> <p>Rechtsanspruch auf eine <b>Mindeststundenzahl von 22 Stunden</b> pro Woche für Teilzeitjobs.</p> <p>Recht auf <b>Weiterqualifizierung</b> mit einem Weiterbildungsgeld.</p> <p><b>Tarifverträge</b> und komplette Entgelttabellen sollen per Rechtsverordnung gemäß <b>Arbeitnehmerentsendegesetz</b> bundesweit gelten können.</p> <p>Lohndumping durch <b>Werkverträge und Leiharbeit</b> beenden. Die Vermittlung Erwerbsloser in Leiharbeit durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter muss beendet werden.</p> <p><b>Entgelttransparenzgesetz</b> durch ein Verbandsklagerecht ergänzen, um gleiche Entgelte für Frauen und Männer durchzusetzen.</p>

## V. Wirtschaft

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
	<p><b>Minijobgrenze</b> von 450 Euro auf 550 Euro pro Monat erhöhen.</p>		<p>Personalräte und auch Jugend- und Ausbildungsververtretungen ausbauen.</p>	<p>Unnötige gesetzliche Sondervorschriften zur <b>Zeitarbeit</b> abbauen.</p>	<p>Verbindliche Obergrenzen für <b>Manager- und Vorstandsgehälter</b>: Sie dürfen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen.</p> <p><b>Sachgrundlose Befristungen</b> müssen im Teilzeit- und Befristungsgesetz ersatzlos gestrichen werden und zulässige Sachgründe eng begrenzt werden.</p> <p><b>Mini- und Midijobs</b> abschaffen und in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführen. Sämtliche Tätigkeiten über die <b>Sozialversicherungen</b> absichern.</p> <p>Eine <b>4-Tage-Woche</b> bzw. Arbeitszeiten um die 30 Stunden pro Woche sind genug.</p> <p>Arbeitgeber müssen Beginn, Ende und Dauer der täglichen <b>Arbeitszeit</b> sowie die Dauer der gewährten</p>

## V. Wirtschaft

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
					<p>Ruhepausen jeweils am Tag der Arbeitsleistung aufzeichnen. Dienstreisen und in der Freizeit erbrachte Arbeitsleistungen müssen vollständig als Arbeitszeit angerechnet werden. Stärkere Kontrollen durch Arbeitsschutzbehörden müssen gesetzlich vorgeschrieben werden.</p> <p>Arbeit auf Abruf wird aus dem <b>Teilzeit- und Befristungsgesetz</b> gestrichen. Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten.</p> <p>Für alle Beschäftigten ein Rechtsanspruch auf eine sechswöchige <b>Pflegezeit</b> mit Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber.</p> <p>Den <b>Mindesturlaubsanspruch</b> im Bundesurlaubsgesetz schrittweise von 24 auf 30 Werktage anheben. Jedem Beschäftigten sollen mindestens 5 Wochen Urlaub zustehen.</p>



## V. Wirtschaft

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
					<p><b>Recht auf Home-Office.</b> Die Bedingungen über Home- Office müssen per Tarifvertrag oder per Betriebs-/Dienstvereinbarung geregelt werden. Arbeitsschutz und die gesetzliche Unfallversicherung müssen auch im Homeoffice uneingeschränkt gelten.</p> <p><b>Recht auf Auszeiten:</b> Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr) verbunden mit einem Rückkehrrecht.</p> <p>Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastungen bei der Arbeit (<b>Anti-Stress-Verordnung</b>).</p> <p>Die <b>Arbeitsschutzbehörden</b> müssen finanziell und personell besser ausgestattet werden, um wirksame und regelmäßige Kontrollen zu ermöglichen.</p>

## V. Wirtschaft

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
					<p>Betriebe, die nicht ausbilden, müssen eine <b>Ausbildungsumlage</b> zahlen.</p> <p>Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag muss auch für <b>Saisonarbeiter</b> und aus dem Ausland entsendete Beschäftigte gelten.</p> <p><b>Rechte von Beschäftigten in Privathaushalten</b> stärken.</p> <p><b>Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften</b> stärken.</p> <p>Das <b>Streikrecht</b> muss auch für Beamte gelten. Die Gewerkschaften müssen ein umfassendes Verbandsklagerecht zur Einhaltung von Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen erhalten.</p>

## VI. Der Euro ist gescheitert

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Deutschland muss aus dem untergehenden Euro-System austreten</b></p> <p>„Transferunion“ aufkündigen und den Irrweg der Dauerrettung beenden.</p> <p>Nationale Währung wiedereinführen.</p>	<p><b>Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts</b> und des Fiskalvertrags nach der Corona-Pandemie zügig wieder in Kraft setzen und sie weiterentwickeln, ohne sie aufzuweichen.</p> <p>Ermessensspielräume beim <b>Defizitverfahren</b> einschränken und das Prinzip der Konditionalität stärken.</p> <p>Verstöße gegen die <b>Stabilitätskriterien</b> müssen konsequent sanktioniert werden.</p>	<p>Eine krisenfeste EU muss fiskalpolitisch handlungsfähig sein und sich zu einer echten <b>Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion</b> weiterentwickeln.</p>	<p>Langfristig soll ein starker und stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen <b>Weltwährungssystem</b> finden.</p> <p>In Zukunftsmärkten wie <b>Investitionen in Klimaschutz</b> soll der Euro das internationale Zahlungsmittel werden.</p> <p><b>Ungleichgewichte in Überschuss- und Defizitländern</b> müssen reduziert werden.</p>	<p>Ein stabiler Euro ist <b>Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand</b> in Europa.</p> <p>Um die <b>Währungsunion</b> für die Zukunft krisenfest zu machen, müssen die Euro-Länder die Lehren aus vergangenen Krisen ziehen.</p> <p>Stabilität, Eigenverantwortung erfordert <b>klare Regeln</b>, die vor allem auch eingehalten werden.</p>	<p>Der <b>Stabilitäts- und Wachstumspakt</b> beschneidet die Demokratie in den einzelnen Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik fest.</p> <p>Die <b>Defizit- und Schuldenregeln</b> müssen angepasst werden.</p> <p>Die <b>demokratische Kontrolle der Verwendung von EU-Mitteln</b> muss auf europäischer Ebene erfolgen. Die Kompetenzen der EU-Kommission zur Kontrolle und Lenkung der Mittelvergabe müssen beschränkt und das Europäische Parlament stärker einbezogen werden.</p>
<p><b>Keine Schuldenaufnahme durch die EU, Hilfskredite nur auf nationaler Ebene</b></p> <p>Sofortige Einstellung jeglicher</p>	<p>Die Europäische Union hat mit dem Aufbauinstrument „<b>Next Generation EU</b>“ in Verbindung mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 angemessen und solidarisch auf die</p>	<p>Zusammen mit der <b>Kapitalmarktunion</b> soll durch die Vollendung der Bankenunion ein europäischer Kapitalmarkt geschaffen werden.</p>	<p><b>EU-Investitionsfonds</b> als ein Instrument für eine dauerhafte, eigene Fiskalpolitik. Er muss so gestaltet werden, dass er im Krisenfall nicht durch einzelne Länder blockiert werden kann und eine</p>	<p>Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem <b>Europäischen Währungsfonds (EWF)</b> umbauen. Überwachung der Euro-Rettungsprogramme wird damit entpolitisiert.</p>	<p>EU-Haushalt durch die <b>Ausgabe europäischer Anleihen</b> ausweiten.</p> <p>Zwei Billion Euro für das <b>europäische Investitions- und Ausgabenprogramm</b></p>

## VI. Der Euro ist gescheitert

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Kreditaufnahme der EU, die zu Lasten künftiger deutscher Generationen gehen würde.</b></p> <p><b>Kredite zur Abmilderung der Folgen von überzogenen Corona-Maßnahmen ausschließlich auf nationaler Ebene.</b></p> <p><b>Die Bundesregierung darf keinen EU-Corona-Programmen zustimmen, für die Deutschland nur mithaftet, wenig Leistung daraus erhält und durch die drohende Inflation zusätzliche Schäden erleiden wird.</b></p>	<p>Corona-Krise reagiert. Die damit verbundene europäische Schuldenaufnahme ist befristet und einmalig. Sie ist kein Einstieg in eine Schuldenunion – und darf es nie werden.</p> <p><b>Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)</b>, die Bankenunion und die Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln und vollenden.</p> <p><b>Insolvenzverfahren</b> für Staaten.</p> <p><b>Bankenrettungen</b> aus Steuermitteln und eine Vergemeinschaftung der <b>Haftungsübernahme</b> im Rahmen der europäischen Einlagensicherung <b>lehnen wir ab.</b></p>	<p>Weil zu gemeinsamen Ausgaben auch gemeinsame Einnahmen gehören, haben wir die Grundlage für neue <b>europäische Eigenmittel</b> geschaffen.</p> <p>Stabilitäts- und Wachstumspakt zu einem <b>Nachhaltigkeitspakt</b> weiterentwickeln. In der Corona-Krise begonnene gemeinsamen Investitionspolitik Europas beibehalten.</p>	<p>starke Kontrolle durch das Europaparlament sichergestellt ist.</p> <p>Der Europäische Stabilitätsmechanismus wird zu einem <b>Europäischen Währungsfonds</b> weiterentwickelt. In ihm erhalten die Länder eine nicht konditionierte kurzfristige Kreditlinie.</p> <p>Das neu geschaffene <b>Wiederaufbauinstrument</b> verstetigen und in ein permanentes Investitions- und Stabilisierungsinstrument unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments überführen.</p> <p>Europäische Währungsunion zu einer <b>Sozialunion</b> ausweiten.</p>	<p>Der <b>Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)</b>, der für die Dauer der Pandemie und angesichts der hieraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen faktisch ausgesetzt wurde, soll nach der Krise wieder in vollem Umfang in Kraft gesetzt werden. <b>Sanktionen</b> für diejenigen Länder verschärfen, die dauerhaft gegen die Prinzipien der öffentlichen Haushaltsführung verstoßen (<b>Maastricht-Kriterien</b>).</p>	<p>„<b>Just Transition Fonds</b>“ stärken.</p>
<p><b>EZB-Nullzinspolitik beenden</b></p> <p><b>Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien</b></p>	<p>Wir lehnen eine monetäre <b>Staatsfinanzierung</b> ab. Das übergeordnete Ziel der EZB bleibt die Wahrung der</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Die Bankenunion wird durch eine <b>gemeinsame Einlagensicherung</b> vollendet.</p>	<p>Verfahren für geordnete „<b>Staatsinsolvenzen</b>“ schaffen. Damit sollen private Gläubiger einzelner Staaten stärker in</p>	<p>Die EU-Verträge müssen geändert werden, um der EZB die <b>Staatsfinanzierung zu ermöglichen.</b></p>

## VI. Der Euro ist gescheitert

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Kapitalmarkts müssen eingestellt werden.</b></p> <p><b>Keine Staatsfinanzierung durch die EZB; Keine faktische Vergemeinschaftung der Schulden. Beschränkung der EZB auf reine Geldpolitik.</b></p>	<p>Geldwert- und Finanzstabilität.</p> <p><b>CDU lehnt es weiterhin ab, mitgliedstaatliche Schulden oder Risiken zu vergemeinschaften.</b> Die Verträge sprechen eine klare Sprache: Jeder Mitgliedstaat haftet für seine eigenen Schulden</p>			<p>die Verantwortung genommen werden.</p> <p>Eine solche <b>Beteiligung des Privatsektors</b> wäre gleichzeitig die wirksamste Krisenprävention.</p>	<p><b>EZB</b> soll demokratisch vom Europäischen Parlament <b>kontrolliert</b> werden.</p> <p>Die EZB darf nicht weiter Anleihen von Unternehmen mit hohen CO2-Emissionen aufkaufen.</p>
<p><b>Keine heimliche und hoch ideologische Wirtschaftspolitik über „Green Deal“ und Anleihekäufe.</b></p>	<p>Green Deal zu einer echten <b>Wachstumsstrategie</b>, einem neuen nachhaltigen Wachstumsmotor der EU, entwickeln. Dazu setzen wir auf <b>marktwirtschaftliche Instrumente</b>.</p>	<p><b>Industriestrategie</b> in Verbindung mit dem European Green Deal soll Planungssicherheit für den sozialökologischen <b>Umbau unserer Wirtschaft</b> schaffen.</p>	<p>Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um die <b>Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent</b> zu machen.</p> <p>Zur Umsetzung des Green Deal und bei der Gestaltung und Vergabe von Förderprogrammen setzen wir auf das <b>Partnerschaftsprinzip</b> und unterstützen lokale kleine und mittelständische Unternehmen dabei, ihren Beitrag zu leisten.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Die EU-Kommission hat einen „<b>Green Deal</b>“ aufgelegt, <b>der nicht mal in der Lage ist, die Klimaziele der EU zu erreichen.</b></p> <p><b>Green New Deal.</b> muss den Umbau der Wirtschaft mit massiven öffentlichen Investitionen in gute Jobs, Innovation für klimaneutrale Produktion und Infrastruktur schaffen.</p>

## VI. Der Euro ist gescheitert

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Target-2 Risiko beenden</b></p> <p>Die Target-2-Forderungen der Deutschen Bundesbank sind abzuschmelzen, täglich auszugleichen, angemessen zu verzinsen und mit Sicherheiten zu unterlegen. Die AfD ist auch offen für weitere sinnvolle Vorschläge, die Target-Forderungen zu „monetarisieren“ bzw. nutzbar zu machen.</p> <p>Solange der Euro zu Lasten Deutschlands weiterbesteht, kann und sollte auch Deutschland einen großen Teil seines Refinanzierungsbedarfs über die EZB und die EU abwickeln.</p>	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position
<p><b>Absicherung gegen die Eurokrise</b></p> <p>Das im Ausland gelagerte Staatsgold</p>	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position

## VI. Der Euro ist gescheitert

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>vollständig und umgehend nach Deutschland überführen.</b></p> <p><b>Herbeiführung eines verfassungsrechtlich abzusichernden bilanziellen Sonderstatus der Goldreserve zur Abwehr der Ausbuchungsgefahr.</b></p> <p><b>Langfristig halten wir eine grundsätzliche Reform des Geldsystems für notwendig, hin zu einem freien Währungswettbewerb oder einem goldgedeckten Währungssystem.</b></p>					

## VII. Außenpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>EU-Sicherheitspolitik</b></p> <p><b>Die Vergemeinschaftung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und den europäischen Auswärtigen Dienst lehnt die AfD ab.</b></p>	<p><b>Mehrheitsentscheidungen</b> in der Außen- und Sicherheitspolitik.</p> <p>Wir setzen auf <b>intensive verteidigungspolitische Zusammenarbeit</b> im Sinne der vernetzten Sicherheitspolitik.</p>	<p><b>Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik</b> – statt des jetzigen Einstimmigkeitsprinzips.</p> <p>Unser Ziel bleibt eine <b>europäische Armee</b> als Teil der Friedensmacht Europa.</p> <p>Auch das Amt des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sollte langfristig zu einem <b>EU-Außenminister</b> weiterentwickelt werden.</p>	<p>Den Europäischen Auswärtigen Dienst (<b>EAD</b>) und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (<b>GASP</b>) stärken, einschließlich der Rolle des <b>Hohen Vertreters</b>.</p> <p>Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (<b>GSVP</b>) setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. Wir wollen eine <b>EU-Sicherheitsunion</b> etablieren mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und einer gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik mit strengen Regeln und einklagbaren Sanktionsmöglichkeiten:</p> <p>Zusammenarbeit der <b>Streitkräfte in der EU</b> ausbauen, durch eine <b>Konsolidierung des europäischen Rüstungssektors</b>.</p>	<p>Die Einstimmigkeit im EU-Ministerrat soll in die <b>qualifizierte Mehrheit</b> überführt werden.</p> <p>Wir wollen eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (<b>GASP</b>) der EU, die den Namen auch verdient.</p> <p>Der <b>Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik</b> muss so gestärkt werden, dass sie oder er zukünftig als vollwertiger „<b>EU-Außenminister</b>“ agieren kann.</p> <p><b>Aufbau einer europäischen Armee</b> unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle.</p>	<p>Wir lehnen die Pläne zu einer europäischen <b>Verteidigungsunion</b> und einer stärkeren Kooperation von EU und NATO-Kooperation ab.</p> <p>Auch die <b>gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik</b> muss vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kontrolliert werden.</p>
<b>Diplomatische</b>					



## VII. Außenpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Beziehungen</b></p> <p><b>Ausgewogene Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch mit Russland.</b></p>	<p>Die <b>USA</b> sind unser wichtigster weltpolitischer Partner. Chance eines neuen Aufbruchs für die <b>transatlantische Partnerschaft</b>.</p> <p><b>Russland</b> fordert unsere Werte heraus. Wir suchen zugleich weiter den <b>Dialog und die Zusammenarbeit mit Russland</b>.</p> <p>Wir werden uns weiterhin für ein Ende des Konflikts in der <b>Ostukraine</b> und für eine Rückkehr zum legitimen völkerrechtlichen Status der <b>Krim</b> einsetzen. Solange die russische Regierung dazu nicht bereit ist, müssen die <b>Sanktionen</b> bestehen bleiben.</p>	<p><b>Neustart in den transatlantischen Beziehungen.</b></p> <p>Wir sehen, dass <b>Europas Beziehungen zu Russland</b> immer wieder Rückschlägen ausgesetzt sind. Russland bricht regelmäßig internationales Recht und belastet damit die Beziehungen zu seinen Nachbarn.</p> <p>Wir setzen, bei aller erforderlicher Kritik, auch bei Russland auf die Bereitschaft zum <b>Dialog und zur Zusammenarbeit</b>. Frieden in Europa kann es nicht geben, sondern nur mit Russland</p>	<p>Die <b>transatlantische Partnerschaft</b> bleibt ein zentraler Stützpfeiler der deutschen Außenpolitik.</p> <p><b>Russland</b> hat sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt, dessen Außenpolitik durch militärische und hybride Mittel den Frieden in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft gefährdet.</p> <p>Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der <b>Krim</b> und des militärischen Vorgehens in der <b>Ukraine</b> gegen Russland verhängt wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert. An diesen werden wir festhalten und die <b>Sanktionen bei Bedarf verschärfen</b>.</p>	<p>Wir sind <b>überzeugte Transatlantiker</b>. Wir wollen den Dialog mit den Vereinigten Staaten auf allen Ebenen intensivieren, die transatlantischen Handelsbeziehungen hin zu einem <b>transatlantischen Wirtschaftsraum</b> vertiefen.</p> <p>Derzeitige <b>Politik der Russischen Föderation</b> sehen wir mit großer Sorge. Wir fordern ein unverzügliches Ende der Gewalt in der <b>Ostukraine</b> und der völkerrechtswidrigen Annexion der <b>Krim</b>.</p> <p>Daher stehen wir ausdrücklich zu den von der EU verhängten Sanktionen. Im Fall einer weiteren militärischen Eskalation in der Ukraine muss die EU die <b>Sanktionen verschärfen</b>.</p>	<p><b>Die USA und die EU versuchen, ihre Vormachtstellung gegen Russland und China zu verteidigen.</b></p> <p>Angeichts der Konfrontation zwischen Russland, China und den USA brauchen wir eine EU, deren <b>Außenpolitik von friedlicher Kooperation</b> geprägt ist und nicht von der gewalttätigen Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen.</p>
<p><b>UN-Sicherheitsrat</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p><b>Ständiger europäischer Sitz</b> und eine angemessene</p>	<p>Gerechtere <b>Repräsentation der Regionen im Sicherheitsrat</b>.</p>	<p><b>Ständiger europäischer Sitz</b> im Sicherheitsrat der Vereinten</p>	<p>Die Forderung nach einem <b>ständigen Sitzes Deutschlands</b> im</p>

## VII. Außenpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Ein ständiger Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat.</b></p>		<p><b>Repräsentanz des Globalen Südens</b> im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.</p>	<p><b>Vetorecht</b> soll langfristig abgeschafft werden. Wenn der Sicherheitsrat im Falle von schwersten Menschenrechtsverletzungen anhaltend blockiert ist, soll die Generalversammlung an seiner Stelle über <b>friedenserzwingende Maßnahmen</b> beschließen.</p>	<p>Nationen und Ausbau des Konsenses über die <b>Schutzverantwortung</b> („Responsibility to Protect“) ein.</p>	<p>Sicherheitsrat <b>lehnen wir ab.</b></p> <p>Die <b>Generalversammlung</b> muss gegenüber dem Sicherheitsrat gestärkt werden.</p>
<p><b>Nichteinmischung</b></p> <p><b>Strikte Einhaltung des Nichteinmischungsgebots in innere Angelegenheiten von Staaten.</b></p>	<p>Demokratien und autoritäre Staaten ringen um den globalen Gestaltungsanspruch im 21. Jahrhundert. Aus dieser Systemrivalität ergeben sich für uns die Verpflichtung und der Anspruch, die <b>internationale regel- und wertebasierte Ordnung wieder zu stärken.</b></p> <p>Dazu gehört, dass wir mehr Verantwortung im Verbund mit unseren Bündnispartnern übernehmen müssen – sowohl <b>bei robusten Einsätzen</b></p>	<p>Das <b>Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF)</b> stärken und ein hochprofessionelles Team von Friedensemissären für das Führen von Verhandlungen aufbauen.</p>	<p>Die Anwendung militärischer <b>Gewalt als Ultima Ratio</b>, wenn alle anderen Möglichkeiten wie Sanktionen oder Embargos ausgeschöpft wurden, kann in manchen Situationen nötig sein, um Völkermord zu verhindern und die Möglichkeit für eine politische Lösung eines Konflikts zu schaffen.</p> <p><b>Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr im Ausland</b> sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit – basierend auf dem</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Die <b>Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden.</b> Wir wollen die Mittel für militärische Interventionen umwidmen und in ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme investieren.</p> <p>Wir fordern die <b>Auflösung der NATO</b> und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.</p>

## VII. Außenpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
	als auch <b>bei Friedensmissionen</b> und der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort.		Grundgesetz und dem Völkerrecht.  Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein <b>Mandat der Vereinten Nationen</b> .		Eine <b>Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Kriegseinsätzen</b> lehnen wir ab.
<b>Rüstungskontrolle</b>  <b>Stärkung und Erweiterung der Kontrollmechanismen in der nuklearen und konventionellen Rüstung.</b>	Wir drängen daher auf mehr Dynamik in der <b>Rüstungskontrolle</b> und Abrüstung und unterstützen neue Initiativen, die zu mehr Sicherheit beitragen.	Deutschland sollte als Beobachter bei der <b>Vertragsstaatenkonferenz</b> des Atomwaffenverbotsvertrags die Intentionen des Vertrages konstruktiv begleiten.  Beginn von Verhandlungen zwischen den USA und Russland zur verifizierbaren, vollständigen <b>Abrüstung im substrategischen Bereich</b> mit dem Ziel, die in Europa und in Deutschland stationierten Atomwaffen endlich abzuziehen und zu vernichten.  Wir werden zudem <b>Rüstungskontrolle</b> auch in den Bereichen	Unser Anspruch ist noch immer nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt. Als ersten Schritt sollte Deutschland als Beobachter an der <b>Vertragsstaatenkonferenz</b> teilnehmen.  Weitere Initiativen: Reduzierung der Zahl von Atomwaffen; Verzicht der NATO auf jeden Erstschlag; Öffentliche Debatte über die veralteten Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges.	Deutschland und Europa müssen starke Impulsgeber sein, um die Instrumente von <b>Abrüstung und Rüstungskontrolle</b> für das 21. Jahrhundert zu erneuern und neu zu denken.  Rüstungskontrollvereinbarungen für sogenannte „ <b>Cyberwaffen</b> “, die neuen Massenvernichtungswaffen im Informationszeitalter, und die „ <b>Hyper-sonic Glide Vehicles</b> “ mit Atomsprengkopf, die innerhalb einer Stunde jeden Ort auf der Welt erreichen und zerstören können,	Wir fordern einen <b>Stopp von Rüstungsexporten</b> , sowie verstärkte internationale Zusammenarbeit für mehr Abrüstung und Rüstungskontrolle.  Deutschland muss endlich den <b>Atomwaffenverbotsvertrag</b> der UN unterzeichnen.  Nukleare Teilhabe beenden. Die US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden. Es dürfen <b>keine weiteren Atomwaffen in Deutschland</b> stationiert werden.

## VII. Außenpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
		<b>Biotechnologie, Cyber-Sicherheit und Künstliche Intelligenz</b> etablieren.		müssen dringend verhandelt werden.	Deutschland soll sich für einen <b>Vertrag zur Ächtung von Mittelstreckenraketen</b> einsetzen, der die USA, China und Russland mit einbezieht.
<p><b>Terrorismusbekämpfung</b></p> <p><b>Internationale Kooperation zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus.</b></p>	<p>Der <b>Islamismus</b> ist eine extremistische politische Ideologie. Wir bekämpfen ihn mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaates.</p> <p>Wir werden dafür sorgen, dass die <b>Finanzierung des Terrorismus</b> – national wie international – intensiver bekämpft wird.</p> <p>Das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (<b>GETZ</b>) und das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus (<b>GTAZ</b>) haben sich als Kooperationsplattformen bewährt.</p>	Keine Position	<p>Durch Terrorismus von gewaltbereiten <b>Rechtsextremisten und Islamisten</b> ist die öffentliche Sicherheit in Deutschland bedroht.</p> <p>Terror entschieden bekämpfen – durch effektive intersektional ausgerichtete <b>Präventionsarbeit</b>, bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden und eine konsequente <b>Überwachung von sogenannten Gefährdern</b>.</p> <p>Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Terrorabwehrzentren <b>GTAZ</b> und <b>GETZ</b> gehört.</p>	<p>Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Terrorabwehrzentren <b>GTAZ</b> und <b>GETZ</b>. Wir wollen hierbei die Aufgaben von Nachrichtendiensten und Polizei voneinander getrennt halten und dieses <b>Trennungsgebot</b> im Grundgesetz verankern.</p>	Keine Position
<b>Rüstungsindustrie</b>	Wir verstehen uns als <b>Parteien der Bundeswehr.</b>	<b>Rüstungsexportgesetz.</b>	Gemeinsame <b>restriktive</b>	Einsatzbereitschaft der Bundeswehr erhöhen.	Perspektivisch <b>alle Rüstungsexporte</b>

## VII. Außenpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Autonome und leistungsfähige wehrtechnische Industrie in Deutschland erhalten.</b></p> <p><b>Stärkung der Bundeswehr gegen hybride Bedrohungen und Cyberattacken.</b></p>	<p>Rechtliche Regelung der militärischen Nutzung von <b>KI, Cyber- und Weltraumfähigkeiten</b>.</p> <p>Dabei wollen wir eine <b>leistungsfähige wehrtechnische Industrie in Deutschland erhalten</b>.</p> <p>Wir wollen mit einem <b>Bundeswehrplanungsgesetz</b> dazu beitragen, dass Sicherheit unabhängig von kurzfristigen Änderungen politischer Stimmungen als Kernaufgabe des Staates verlässlich finanziell gesichert bleibt.</p> <p>Das <b>Nationale Cyberabwehrzentrum</b> weiterentwickeln.</p> <p><b>Europäische Cyber-Brigade</b> ausbauen.</p>	<p>Souverän muss Europa neue <b>Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen</b> für den europäischen Kontinent entwickeln, um frühzeitig auf die <b>Risiken neuer Technologien</b> und gefährliche Entwicklungen im Cyberbereich oder im Weltraum reagieren zu können.</p>	<p><b>Rüstungsexportkontrolle der EU</b> mit eintragbaren strengen Regeln und Sanktionsmöglichkeiten.</p> <p><b>Rüstungsexportkontrollgesetz</b> mit Verbandsklagerecht.</p> <p>Die <b>Bundeswehr</b> soll entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und materiell sicher und planbar ausgestattet und bestmöglich organisiert sein muss.</p> <p>Ressortübergreifende Strategien zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen, mit starker parlamentarischer Kontrolle für das <b>Handeln der Bundeswehr im Cyberraum</b>. Die Bundeswehr braucht ein an Schutz und Defensive orientiertes Selbstverständnis im digitalen Raum.</p>	<p>Deshalb müssen auch die bisher eingeleiteten Trendwenden einer Überprüfung unterzogen und der <b>Modernisierungsprozess der Bundeswehr</b> muss langfristig finanziell abgesichert werden.</p> <p>Für mehr <b>Cybersicherheit als strategisches Sicherheitsziel</b> der Bundesrepublik Deutschland sind die entsprechenden Strukturen des Bundes, wie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, zu stärken und aufzurüsten.</p>	<p><b>aus Deutschland einstellen.</b></p> <p><b>Konversionsprogramme</b> für die und mit den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.</p> <p>Die Ausrichtung der <b>Bundeswehr als Einsatzarmee lehnen wir ab</b>. Sie muss zurückgebaut werden zu einer Verteidigungsarmee, wie es das Grundgesetz vorsieht.</p> <p><b>Der Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr muss aufgelöst werden.</b> Bekämpfung von Kriminalität im Netz und Schutz kritischer Infrastruktur sind Aufgabe der Sicherheitsbehörden im Inneren, nicht der Bundeswehr.</p>
<b>Wehrpflicht</b>	Keine Position	Keine Position	Die Rekrutierung Minderjähriger sowie den		Die Wehrpflicht ist in Deutschland seit 2011

## VII. Außenpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, ergänzt um Gemeinschaftsdienst für Männer und Frauen im Bereich Pflege, Technisches Hilfswerk oder der Feuerwehr.</b></p>			<p>bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab.</p> <p><b>Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz beenden.</b></p>	<p>Attraktivität des <b>Bundesfreiwilligendienstes (BFD)</b> erhöhen.</p> <p>An der <b>Aussetzung der Wehrpflicht</b> halten wir fest:</p>	<p>nur ausgesetzt. Wir wollen sie <b>ganz abschaffen</b>.</p>
<p><b>Entwicklungspolitik</b></p> <p><b>Entwicklungspolitik im Rahmen der EU-Reform wieder ganz auf nationale Ebene der Mitgliedsstaaten verlegen.</b></p> <p><b>Entwicklungspolitik auf ausgewählte Länder konzentrieren.</b></p>	<p><b>ODA-Quote</b> (0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit).</p> <p>Wir erwarten von den Partnerländern bei der Entwicklungszusammenarbeit auch eine enge <b>Kooperation bei der Bekämpfung von Fluchtursachen und illegaler Migration</b> (zum Beispiel Rücknahme eigener Staatsangehöriger).</p>	<p><b>ODA-Quote</b> (0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit). Davon sollen 0,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) verwendet werden.</p> <p><b>Erhöhung der EU-Mittel.</b></p>	<p><b>ODA-Quote</b> (0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit). Zusätzlich 10 Milliarden Euro zur internationalen <b>Klimafinanzierung</b>.</p> <p>Eine Instrumentalisierung der <b>Entwicklungszusammenarbeit zur Flüchtlingsabwehr lehnen wir ab.</b></p>	<p><b>Schaffung einer Europäischen Entwicklungsbank</b> unter dem Dach der Europäischen Investitionsbank (EIB).</p> <p><b>Entwicklungszusammenarbeit der EU</b> und ihrer Mitgliedstaaten besser aufeinander abgestimmt. Die EIB bietet hierfür den geeigneten Rahmen. Eine Europäische Entwicklungsbank, die den Fokus auf Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit legt und die Mobilisierung von privatem Kapital steigert.</p>	<p>Das Geld für Entwicklungszusammenarbeit muss aus öffentlichen Mitteln stammen. Den undemokratischen Einfluss privater Stiftungen und großer Kapitalgeber wollen wir ebenso beenden wie öffentlich-private Partnerschaften.</p> <p><b>Instrument der Budgethilfe stärken.</b></p> <p>Die <b>Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik</b>, im Sinne des so genannten Grenzschatzes und der Migrationskontrolle, <b>lehnen wir ab.</b></p>
<p><b>Lieferkettengesetz</b></p>	<p>EU-Regelung für Lieferketten. Diese muss die <b>Standards des</b></p>	<p>Nationales <b>Lieferkettengesetz weiterentwickeln.</b></p>	<p><b>Nachbesserungen am deutschen</b></p>	<p>Wir setzen auf gelebte <b>Eigenverantwortung von Unternehmen</b></p>	<p>Wir fordern ein Lieferkettengesetz, das den Namen verdient. <b>Das</b></p>

## VII. Außenpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Ideologisch motivierte Alleingänge, wie das Lieferkettengesetz, lehnen wir ab.</b></p>	<p><b>deutschen Lieferkettensorgfaltsgesetzes im EU-Binnenmarkt</b> europaweit durchsetzen, aber nicht verschärfen.</p>	<p><b>Gesetz zur Rückverfolgung auf dem Weltmarkt gehandelter Güter</b> auf europäischer Ebene verankern, mit verbindlichen und sanktionsbewehrten Regeln, Zugang zu Gerichten in Europa und Entschädigung der Opfer.</p> <p>Wir unterstützen ein <b>VN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten</b>.</p>	<p><b>Lieferkettengesetz</b> sind dringend notwendig.</p> <p>Verbindliches und wirksames <b>Lieferkettengesetz auf nationaler wie europäischer Ebene</b>.</p>	<p><b>und Konsumenten</b> zum besseren Schutz der Menschenrechte.</p> <p><b>Einheitliche europäische Regelung</b> zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in der Lieferkette.</p> <p>Wir schlagen einen risiko-, größen- und sektorspezifischen Ansatz vor. Die Schaffung weiterer Dokumentationspflichten oder unnötiger bürokratischer Hürden lehnen wir ab.</p>	<p><b>von der Bundesregierung geplante Gesetz lässt zu viele Lücken.</b></p> <p><b>Wirksame Haftungsregel</b>, um die Rechte von Betroffenen zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.</p> <p>Die <b>Einfuhr von seltenen Rohstoffen</b>, die in Konfliktregionen gefördert werden, wollen wir beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein <b>Zertifizierungsgebot</b> aus.</p>
<p><b>Handelspolitik</b></p> <p><b>Stärkere Kontrolle und Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher und verteidigungspolitischer Interessen bei der Übernahme deutscher Unternehmen durch ausländische Konzerne und Finanzinvestoren.</b></p>	<p>Das europäische <b>Wettbewerbs- und Beihilferecht anpassen</b>, um Verzerrungen beim Handel und im Wettbewerb infolge von Staatssubventionen und Interventionen in anderen Teilen der Welt auszugleichen.</p>	<p><b>Neu geordnetes Wettbewerbs- und Beihilferecht</b>, das Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen großen Wirtschaftsräumen verringert. Das Beihilferecht muss es dem Staat ermöglichen, den nötigen Kapitaleinsatz in den Unternehmen mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen und auf</p>	<p>Durch eine <b>Reform des EU-Beihilferechts</b> können Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich geförderte Konzerne aus anderen Weltregionen verhindert werden.</p> <p><b>Der EU-Prüfmechanismus für ausländische Direktinvestitionen</b> muss verbessert werden.</p>	<p>Die Bundesregierung muss innerhalb Europas und der Welt <b>protektionistischen Tendenzen entgegenreten</b>.</p> <p><b>Grundsatz der Reziprozität</b>, wonach Unternehmen nur dann Zugang zum europäischen Markt haben sollten, wenn das umgekehrt auch der Fall ist.</p>	<p>Keine Position</p>

## VII. Außenpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
		diese Weise Arbeitsplätze zu erhalten.	<b>Ein neues EU-Instrument gegen wirtschaftlichen Zwang</b> soll der EU helfen sich gegen rechtswidrigen ökonomischen Druck von außen zu wehren.		
<p><b>Handelsrecht</b></p> <p>Entscheidungen ausländischer nationaler Gerichte mit extraterritorialer Wirkung betrachten wir als nichtig, einseitig verhängte Sanktionen gegen Wirtschaftsprojekte unseres Landes als völkerrechtswidrig.</p>	Keine Position	<p><b>Private Streit-schlichtungsmecha-nismen</b> sollen abgeschafft und durch öffentliche Gerichte ersetzt werden.</p> <p><b>Multinationales Investitionsgericht</b>, das bei ungleichen Behandlung zwischen Handelspartnern, eingreift.</p> <p>In allen Handels-, Wirtschaftspartnerschafts- und Investitionsabkommen der EU werden zukünftig <b>konkrete Beschwerde- und Sanktionsmechanismen</b> vereinbart.</p>	<p><b>Multilaterales Handelsgerichtshof</b> bei den Vereinten Nationen.</p> <p>Internationale Konzerne dürfen durch <b>Handels- und Investitionsklagen</b> nicht noch mächtiger werden, daher lehnen wir Klageprivilegien oder eine Sonderjustiz für ausländische Investoren ab.</p>	<p><b>Nationale Alleingänge</b> und Willkürzölle sowie neue nicht-tarifäre Handelshemmnisse lehnen wir ab.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, die Blockade der <b>WTO-Streitbeilegung</b> schnellstmöglich zu lösen.</p> <p><b>Subventionen und Dumping</b> überall dort bekämpfen, wo immer diese Praktiken einen fairen Wettbewerb behindern.</p>	Keine Position
<b>Fürsorgepflicht Deutschlands gegenüber deutschen Minderheiten im</b>	<b>Vertriebene und ihre Nachkommen, Aussiedler und deutsche Minderheiten</b>	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position



## VII. Außenpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Ausland. Vermittlung deutscher Sprache und Kultur im Ausland.</b></p> <p><b>Deutsche Sprache muss in den europäischen Institutionen den Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden.</b></p>	<p><b>im Ausland</b> haben Brücken der Verständigung in Europa gebaut.</p> <p>Die deutschen Minderheiten und Volksgruppen in verschiedenen Ländern wollen wir weiterhin darin <b>unterstützen, ihre Sprache und Kultur zu pflegen.</b></p> <p>Uns ist wichtig, das <b>Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen</b> und nationale Minderheiten in einer exponierten Stellung in der Bundesregierung zu stärken.</p>				

## VIII. Innere Sicherheit

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Linksextremismus</b></p> <p><b>Wir fordern verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen den Linksextremismus, der zunehmend die Schwelle zum Linksterrorismus überschreitet.</b></p> <p><b>Einstufung der sogenannten Antifa als terroristische Vereinigung.</b></p>	<p>Dem gewaltbereiten <b>Linksextremismus muss konsequent begegnet werden.</b> Wer das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellt oder offen zur Gewalt gegen den Staat, seine Einrichtungen und seine Repräsentanten aufruft, darf keine Milde erwarten.</p>	Keine Position	Keine Position	<p>Politischen Extremismus <b>von Rechts- bis Linksextremismus</b> lehnen wir ebenso ab wie religiös oder nationalistisch motivierten Extremismus.</p> <p><b>Präventionsarbeit</b> und funktionierende <b>Aussteigerprogramme</b> zu unterschiedlichen Extremismusformen auf eine verlässliche finanzielle Grundlage stellen.</p>	<p>Ehrenamtlich organisierte Projekte der <b>Zivilgesellschaft und Antifa-Initiativen</b>, die Aufklärungsarbeit werden <b>als "Linksextremisten" kriminalisiert.</b></p> <p><b>Die AfD</b> versucht missliebige Vereine und Akteure der Zivilgesellschaft bis hin zur Landeszentrale für politische Bildung zu diskreditieren.</p>
<p><b>Bundespolizei</b></p> <p><b>Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei zur Bekämpfung illegaler Migration und grenzüberschreitender Kriminalität ausweiten.</b></p>	<p><b>Grenzfahndung</b> in besonderen Gefahrenlagen stärken.</p> <p>Lagebildabhängige <b>Schleierfahndung</b> ermöglichen.</p> <p>Zugang zu relevanten Datenbanken wie das Schengen-Informationssystem und <b>EURODAC</b> für Grenzpolizei zugänglich machen.</p>	Keine Position	<p>Personalabbau bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt wollen wir durch eine <b>Offensive bei der Besetzung offener Stellen</b> beheben.</p> <p>Einführung einer individuellen, aber anonymisierten <b>Kennzeichnung für die Bundespolizei</b></p>	<p><b>Ausbau der EU-Grenzschutzagentur</b> Frontex auf die vorgesehene Personalstärke von 10.000 Beamtinnen und Beamten – begleitet von einer strukturellen Reform sowie einer Erweiterung von Kontroll- und Transparenzmechanismen. Deutschland muss sich hieran stärker beteiligen.</p>	<p>Ausweitung der <b>Befugnisse der Bundespolizei</b> lehnen wir ab.</p> <p>Verdachtsunabhängige Kontrollen auf der Basis von Gummiparagrafen, wie im <b>Bundespolizeigesetz</b>, müssen gestrichen werden.</p>

## VIII. Innere Sicherheit

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Bundeseinheitliche Besoldung und angemessene Vergütung für Polizei, Soldaten und Rettungsdienste.</b></p> <p><b>Übernahme der Dienstunfähigkeits- und Diensthaftpflichtversicherung durch den Dienstherrn.</b></p>	<p>Um Polizisten und anderen Einsatzkräften sowie Soldaten den Rücken zu stärken, wollen wir deren <b>Schmerzensgeldansprüche</b> neu regeln.</p> <p>Wir wollen die <b>Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage</b> prüfen.</p>	<p>Modernes <b>Dienstrecht, gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung</b> für Beamte und Mitarbeiter der Polizei.</p>	<p>Kontrollbefugnisse der Bundespolizei so ausgestalten, dass sie nicht mehr zu <b>Racial Profiling</b> führen. Einführung sogenannter Ticketsysteme, um Gründe für polizeiliche Kontrollen für die Betroffenen transparent zu machen.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Die Polizeigesetze der letzten Jahre haben die Grenzen aufgeweicht. Die <b>Strafverschärfungen für Widerstandsdelikte</b> wollen wir rückgängig machen.</p> <p>Es braucht klare Regeln, um <b>Racial Profiling</b> zu verhindern.</p>
<p><b>Fahndungsmöglichkeiten verbessern durch Einsatz von Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware.</b></p>	<p>Kameras mit intelligenter <b>Videosicherheitstechnik</b> helfen unseren Polizistinnen und Polizisten, Täter abzuschrecken und Straftaten aufzuklären.</p> <p>Voraussetzungen dafür schaffen, dass die automatisierte <b>Gesichtserkennung</b> an Gefahrenorten in Deutschland eingesetzt werden kann.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Den Einsatz biometrischer Identifizierung im öffentlichen Raum, wie beispielsweise <b>Gesichtserkennung</b>, lehnen wir ebenso wie die undifferenzierte Ausweitung der <b>Videoüberwachung</b>, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, generelle Hintertüren in digitalen Geräten und Anwendungen oder das Infiltrieren von technischen Geräten (Online-Durchsuchung bzw. Quellen-TKÜ) ab.</p>	<p>Wir fordern ein <b>Recht auf Anonymität</b> im öffentlichen Raum und lehnen den Einsatz der automatisierten <b>Gesichtserkennung</b> ab.</p> <p>Eine <b>flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab</b>.</p> <p>Eine intelligente Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten kann aber eine sinnvolle Ergänzung zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sein.</p>	<p><b>Videoüberwachung</b> im öffentlichen Raum muss beendet werden. Automatisierte <b>Gesichtserkennung</b> wollen wir verbieten.</p> <p>Wir brauchen stattdessen mehr Personal im öffentlichen Raum und auf Bahnhöfen, das Unterstützung, Auskunft und Hilfe bieten kann.</p>
<p><b>Erleichterung der Ausweisung.</b></p>	<p><b>Straftäter konsequent abschieben.</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Keine Position</p>

## VIII. Innere Sicherheit

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Ausweisung bereits durch Strafgerichte ermöglichen. Ermöglichung der Unterbringung nicht abgeschobener Krimineller im Ausland.</b></p> <p><b>Schaffung der Möglichkeit, Gefährder, insbesondere Terroristen, solange in Haft zu nehmen, wie sie im Inland sind und von ihnen eine erhebliche Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht.</b></p> <p><b>Zur Entlastung der Justizvollzugsanstalten sind für ausländische Straftäter Vereinbarungen mit möglichst heimatnahen Staaten zur Einrichtung von Vollzugsanstalten zu treffen, die den Anforderungen der europäischen Menschenrechtskonvention entsprechen.</b></p>	<p>Wer in Deutschland straffällig wird, hat sein Gastrecht verwirkt.</p> <p>Möglichkeit schaffen, radikalisierte <b>Gefährder in Sicherungsverwahrung zu nehmen</b>, sobald sie strafrechtlich in Erscheinung treten und damit ihre Gewaltbereitschaft zeigen.</p> <p>Wer sich zum Beispiel im Ausland als Terrorist ausbilden lässt, ist eine große Gefahr und gehört ins Gefängnis. Die <b>Sicherungsverwahrung</b> wollen wir daher bereits für Ersttäter nutzen.</p>				

## VIII. Innere Sicherheit

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Durch kriminelle Aktivitäten erworbene Vermögen müssen eingezogen werden.</b></p> <p>Zugehörigkeit zur Organisierten Kriminalität bei Ausländern als Ausweisungsgrund einführen.</p>	<p>Wir wollen, dass Polizei- und Ermittlungsbehörden in Deutschland noch enger überregional und behördenübergreifend zusammenwirken.</p> <p>Auch auf europäischer Ebene werden wir organisierter Kriminalität, Mafia und kriminellen Clans durch eine wirksamere Zusammenarbeit – auch mit Blick auf <b>EUROPOL</b> und die Herkunftsländer der Täter – begegnen.</p> <p>Die von kriminellen <b>Familienc clans</b> begangene organisierte Kriminalität stellt eine spezielle Bedrohung der Sicherheit dar – insbesondere in vielen Großstädten. Mit unserer <b>Null-Toleranz-Strategie</b> und Politik der tausend Nadelstiche werden wir den Kontroll- und Verfolgungsdruck auf kriminelle Clans weiter erhöhen.</p>	<p>Der <b>Zoll</b> ist neben der Polizei eine wichtige Institution im <b>Kampf gegen Geldwäsche und Kriminalität</b>.</p> <p>Wir werden die Kompetenzen des Zolls weiter stärken und die für dessen Wahrnehmung der Aufgaben verbundene Personalausstattung und Ausrüstung im Bereich illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit, organisierte Kriminalität, Geldwäsche wirkungsvoll unterstützen.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass <b>Organisierte Kriminalität nachhaltig bekämpft</b> wird.</p> <p>Den hocheffizienten und -effektiven Strukturen der Organisierten Kriminalität in all ihren vielfältigen Formen muss zum Schutz von Staat und Gesellschaft von staatlicher Seite mit entsprechend strukturierten und nachhaltigen Aktivitäten entgegen werden. Diese müssen endlich auch das Dunkelfeld bei klassischen Delikten der Organisierten Kriminalität ins Visier nehmen.</p> <p>Besonders im Bereich der <b>Organisierten Wirtschaftskriminalität</b> muss endlich wieder eine regelmäßige Bekämpfung möglich werden.</p>	<p>Keine Position</p>
					Keine Position

## VIII. Innere Sicherheit

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Prozessordnung modernisieren.</b></p> <p><b>Mehr Personal für das Justizwesen einstellen.</b></p> <p><b>Schwerkriminalität durch Erleichterung der Inhaftnahme wirkungsvoller bekämpfen.</b></p> <p><b>Weniger Strafen zur Bewährung aussetzen. Das Mindeststrafmaß bei „Messerdelikten“ erhöhen.</b></p> <p><b>Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre absenken und mit dem Erreichen der Volljährigkeit auch das Erwachsenenstrafrecht anwenden.</b></p>	<p>Eine moderne <b>Justiz- und Rechtspolitik</b> muss verständlich und <b>serviceorientiert</b> sein, um von Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert zu werden.</p> <p>Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern wollen wir in einem <b>Pakt für den digitalen Rechtsstaat 2.0</b> bündeln.</p> <p>Wir stärken alternative Lösungsansätze wie <b>Mediation und Schiedsverfahren</b>. So entlasten wir unsere Justiz von Bagatellangelegenheiten.</p> <p><b>Jugendstrafverfahren beschleunigen</b> und vereinfacht werden. Täter zwischen 18 und 21 Jahren sollen in der Regel wie Erwachsene bestraft werden. Jugendstrafrechts muss in diesen Fällen eine Ausnahme bleiben.</p>	<p><b>Pakt für den Rechtsstaat</b> fortführen.</p> <p>Bei begangenen Straftaten müssen Verfahren unmittelbar aufgenommen werden. Die Bestrafung muss schnell im Zusammenhang mit der Tat erfolgen.</p> <p>In <b>Gefängnissen</b> sollen Täter ihre Strafe verbüßen.</p> <p>Maßnahmen zum <b>Schutz vor Radikalisierung</b> und zur Deradikalisierung von Straftäter voranbringen.</p> <p><b>Periodischen Sicherheitsbericht</b> wieder regelmäßig erarbeiten lassen.</p> <p>Gute Sozial-, Arbeitsmarkt-, Kinder-, Familien- und Integrationspolitik bilden die notwendige Basis einer erfolgreichen <b>Prävention</b>.</p>	<p><b>Bund-Länder-Digitalpakt Justiz</b> in Fortsetzung und Konkretisierung des Ende 2021 auslaufenden Pakts für den Rechtsstaat mit ausreichender Finanzierung umsetzen.</p> <p>Für Bürger: Schneller Zugang zum Recht durch <b>schnelle Online-Verfahren für einfache Rechtssachen</b> und zu stärken den konsensualen Verfahren der Streitbeilegung.</p> <p>Wir wollen das externe <b>ministerielle Einzelfallweisungsrecht</b> gegenüber der Staatsanwaltschaft beschränken und transparent machen und den Ländern ermöglichen, <b>Modelle der gerichtlichen Selbstverwaltung</b> zu erproben.</p>	<p>Den deutschen <b>Strafprozess</b>, dessen Grundstruktur noch aus dem Kaiserreich stammt, grundlegend modernisieren.</p> <p>So muss der <b>Strafprozess digitaler und kommunikativer werden</b>.</p> <p><b>Verbot von Erfolgshonoraren abschaffen</b> und das Fremdbesitzverbot lockern.</p> <p>Wir erleichtern die Durchsetzung kleiner Forderungen, für die der Rechtsweg bislang zu teuer oder zu mühsam ist. Der Rechtsrahmen soll klare Anforderungen an Qualität und Sachkunde, als auch strikte <b>Transparenzregeln von Legal Tech-Unternehmen festlegen</b>. Damit stärken wir Wettbewerb und Verbraucherschutz.</p>	
<b>Waffenrecht</b>		Keine Position			

## VIII. Innere Sicherheit

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Die Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie lehnen wir weiterhin ab.</b></p>	<p><b>Waffen gehören nicht in die Hände von Extremisten.</b> Daher haben wir die Regelabfrage der Waffenbehörden beim Verfassungsschutz eingeführt und die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass bereits die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung zur waffenrechtlichen Reliabilitätsprüfung führt.</p> <p>Richter sollen direkt bei der Verurteilung eines extremistischen Straftäters ein <b>generelles, lebenslanges Waffenverbot</b> aussprechen können.</p> <p>Die <b>Mindeststrafe für illegalen Waffenhandel</b> wollen wir deutlich erhöhen. Er soll künftig mit einer Freiheitsstrafe von nicht unter zwei Jahren geahndet werden.</p>		<p>Verfügbarkeit von tödlichen <b>Schusswaffen – außer für Jäger</b>, die ohne diese Waffen ihre Aufgaben nicht erfüllen können – schrittweise beenden.</p> <p>Auch im Bereich des Schießsports setzen wir uns im Dialog mit Sportschützen für die <b>Umstellung auf nichttödliche Schusswaffen</b> ein.</p>	<p><b>Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz.</b> Dabei muss zwischen den Besitzerinnen und Besitzern von Legalwaffen wie Sportschützen und Jägern und zwischen dem illegalen Waffenbesitz sowie dem Waffenbesitz durch gefährliche Personen strikt unterschieden werden.</p> <p>Der Bund sollte eine <b>Generalrevision des Waffenrechts</b> unternehmen, um Praktikabilität und Praxisnähe zu verbessern.</p> <p><b>Gefährder und Extremisten</b> dürfen keine Waffen besitzen. Dazu muss der Datenaustausch der beteiligten Behörden verbessert und <b>der illegale Waffenhandel auf europäischer Ebene</b> stärker bekämpft werden.</p>	<p><b>Reichsbürgern und Neonazis</b> müssen endlich die waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen werden.</p>

## IX. Islam

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Paralleljustiz</b></p> <p>Die Bildung von „Parallelgesellschaften“, in denen muslimische „Friedensrichter“ die Rechtsvorschriften der Scharia anwenden und das staatliche Monopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung unterlaufen, werden wir unterbinden.</p>	<p>Unser Rechtsstaat duldet <b>keine Paralleljustiz</b>, die unsere Gesetze und Gerichte verdrängen will.</p>	Keine Position	Keine Position	Gemeinsame <b>Präventionsstrategie von Bund und Ländern gegen islamistische Radikalisierung.</b>	Wir verteidigen Juden und Muslime und alle anderen religiösen Minderheiten, wenn sie wegen ihrer Religion diskriminiert werden.
<p><b>Unterdrückung von Frauen</b></p> <p>Der Unterdrückung muslimischer Frauen stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen Bereichen ihre Gleichberechtigung mit dem Mann.</p>	Keine Position	Keine Position	Wir wollen progressive, <b>liberale muslimische Vertretungen einbinden..</b>	Keine Position	DIE LINKE verteidigt das Selbstbestimmungsrecht von muslimischen Frauen und spricht sich <b>gegen Verbote von religiös motivierter Bekleidung</b> aus.
<p><b>Islamische Vereine Moscheen Imame</b></p> <p>Islamische Vereine, die sich gegen das Grundgesetz und die</p>	Wir dulden keinerlei Rückzugsräume. Ebenso wollen wir mehr <b>Transparenz bei ausländischen Geldgebern von Moscheen.</b>	Keine Position	Wir unterstützen <b>Staatsverträge mit unabhängigen islamischen Religionsgemeinschaften.,</b>	Wir wollen liberalen und progressiven Muslimen, die weniger in den muslimischen Verbänden organisiert sind, ein stärkeres Gewicht einräumen.	Keine Position



## IX. Islam

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Völkerverständigung richten, müssen verboten werden.</b></p> <p><b>Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen in Deutschland durch islamische Staaten wollen wir gesetzlich verbieten.</b></p> <p><b>In Deutschland predigende Imame sollen sich zu unserer Verfassung bekennen und möglichst in deutscher Sprache predigen.</b></p>			<p>Eine <b>Imam-Ausbildung in Deutschland</b> ist dringend notwendig.</p> <p>Dafür wollen wir <b>islamisch-theologische und praxisorientierte Aus- und Weiterbildungsprogramme</b> für Imame.</p>	<p>Ein wichtiger Schritt hierzu ist die <b>Ausbildung von Imamen in Deutschland.</b></p>	

## X. Migration

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Humanitäre Hilfe</b></p> <p>Fokus auf humanitäre Hilfe in Krisenregionen.</p> <p>Australisches Modell als Vorbild für Asyl.</p>	<p>Durch <b>humanitäre</b> verbessern wir die <b>Lebensperspektiven der Menschen vor Ort</b>.</p>	<p>Es gilt für uns weiterhin: <b>Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete</b>.</p>	<p><b>Anpassung der Mittel für die humanitäre Hilfe.</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p>Keine Position</p>
<p><b>Humanitäre Aufnahme</b></p> <p>nur für vom <b>Bundestag</b> ausgewählte, besonders <b>schutzbedürftige Personen</b> für deren Auswahl ein mit der deutschen Werte- und Gesellschaftsordnung vereinbarer kultureller und religiöser Hintergrund ein wichtiges Kriterium ist.</p>	<p>Es ist klar zwischen <b>Menschen in Not und denen zu unterscheiden, die unser Land wieder verlassen müssen</b>, weil sie nicht schutzbedürftig sind.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Bundesländer sollen sich künftig über den <b>Königsteiner Schlüssel</b> hinaus selbständig und frei für die Aufnahme von Geflüchteten entscheiden können.</p>	<p>Kriegsflüchtlinge sollen nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren.</p>	<p><b>Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte</b> auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge.</p> <p>Umfassende <b>Aufnahmekontingente</b> über das Resettlement-Programm des <b>UNHCR</b>.</p>
<p><b>Modernes Grenzsicherungskonzept</b></p> <p>Die Grenzen müssen zur <b>Abwehr unerlaubter Zuwanderung</b> und zur <b>Kriminalitätsbekämpfung</b></p>	<p>Wir wollen <b>FRONTEX</b> zu einer echten Grenzpolizei ausbauen.</p> <p>Wir wollen, dass die <b>Einreise an den Außengrenzen</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p>Wir setzen auf eine europäische <b>Grenzkontrolle, die den gemeinsamen Schutz der Menschenrechte</b> zur Grundlage hat.</p>	<p>Eine starke <b>europäische Grenzschutzagentur</b>, ist im Interesse aller Mitgliedstaaten.</p> <p>Die unter Beteiligung von Frontex erfolgten illegalen „<b>Pushbacks</b>“,</p>	<p>Wir streiten für <b>sichere Fluchtwege</b>.</p> <p>Der individuelle <b>Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz</b> muss sichergestellt werden.</p>

## X. Migration

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>mit einer modernen und wirksamen Sicherung ausgestattet werden.</b></p> <p>Zurückweisung von Asylsuchenden bei Einreise an der Grenze gemäß Art. 16a Abs. 2 S. 1 GG.</p> <p>Zurückweisungen an der Grenze müssen wieder als selbstverständliches Recht souveräner Staaten aufgefasst werden.</p> <p>Die europäische Grenzsicherung verbleibt dabei in europäischer Verantwortung (Frontex) parallel zur nationalstaatlichen Verantwortung für die eigene Grenzsicherung.</p>	<p><b>umfassend elektronisch überwacht</b> wird.</p>		<p>Das Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und europarechtlich verbrieft <b>Nichtzurückweisungsgebot</b> gilt immer und überall.</p>	<p>also das illegale Zurückdrängen von Migranten, muss geahndet werden.</p>	<p>Die EU-Abschottungsagentur <b>Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotretungsprogramm ersetzt werden.</b></p>
<p><b>Asylrecht</b></p> <p><b>Beantragung von Asyl und Eröffnung des Antragsverfahrens nur bei nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit.</b></p>	<p>Den <b>Druck auf Identitätstäuscher</b> werden wir erhöhen.</p> <p><b>Falschangaben im Asylverfahren</b> müssen künftig auch strafbar sein.</p>	Keine Position	<p>Die <b>Identifizierung besonderer Schutzbedarfe muss vor der Anhörung erfolgen.</b></p> <p>Endgültig Abgelehnte müssen <b>zügig wieder ausreisen.</b></p>	<p>Wir fordern, dass <b>Asylanträge auch im Ausland in den Botschaften von EU-Mitgliedstaaten gestellt werden können.</b></p>	<p>Unser Ziel ist ein grundlegender Politikwechsel – in Richtung <b>globale Bewegungsfreiheit</b>, gleiche Rechte für alle und einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft.</p>

## X. Migration

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Verlust des Schutzstatus nach Reisen Asylberechtigter in ihr Herkunftsland.</b></p> <p><b>Einführung einer Steuer auf Rücküberweisungen, die den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verlassen.</b></p> <p><b>Verhinderung von Abschiebungen zu Straftatbestand erklären.</b></p>	<p>Zudem müssen <b>Mobiltelefone</b> ausgelesen werden dürfen.</p> <p><b>Wer den Staat über seine Identität täuscht und seine Abschiebung verhindert, kann keinen Anspruch auf eine Duldung erhalten.</b></p>				
<p><b>Sichere Herkunftsstaaten</b></p> <p><b>Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten.</b></p>	<p>Möglichkeiten des europäischen Asylrechts nutzen, um ein neues Konzept der sicheren Herkunftsstaaten, den „kleinen“ <b>sicheren Herkunftsstaat</b>, zu schaffen.</p>	Keine Position	Die <b>Ausrufung „sicherer“ Herkunfts- oder Drittstaaten</b> lehnen wir ab.	Es braucht <b>im Fall sogenannter sicherer Herkunftsländer eine besondere Rechtsberatung.</b>	Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von <b>Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden.</b>
<p><b>Asylverfahrensberatung</b></p> <p><b>Beendigung des Wildwuchses bei der Asylverfahrensberatung.</b></p>	Keine Position	Keine Position	Eine <b>nichtstaatliche unabhängige Asylverfahrensberatung</b> wollen wir sicherstellen.	Keine Position	Flächendeckende <b>unabhängige Asylverfahrensberatung</b> durch Wohlfahrtsverbände.

## X. Migration

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
Verfahrensberatung darf nur noch nach § 12 a Asylgesetz und nur durch staatliche Stellen erfolgen.					
<p><b>Asylanerkennung, Duldung und Bleiberecht</b></p> <p>Asylanerkennung darf nicht länger den automatischen, sofortigen, zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Anspruch auf alle Leistungen des Wohlfahrtsstaates bedeuten.</p> <p>Sozialleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige sind ausnahmslos als Sachleistungen zu erbringen.</p> <p>Jährliche Prüfung des Fortbestands von Asylgründen über zehn Jahre, da Asyl ein Recht auf Zeit ist und keine Anwartschaft auf</p>	Keine Position	Gut integrierten Menschen ohne gesicherten Aufenthalt wollen wir ein <b>dauerhaftes Bleiberecht</b> ermöglichen.	<p>Integrationsfeindliche gesetzliche Regelungen wie <b>Arbeitsverbot und pauschale Wohnsitzauflage sowie Leistungskürzungen</b> wollen wir abschaffen.</p> <p>Heranwachsende, Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern sollen <b>nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel</b> bekommen.</p>	Eine <b>Niederlassungserlaubnis soll nach Möglichkeit bereits nach drei Jahren</b> gewährt werden.	<p>Das <b>Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)</b> wird abgeschafft.</p> <p><b>Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus.</b></p> <p><b>Humanitäres Bleiberecht</b> für Betroffene rechter Gewalt ohne festen Aufenthaltsstatus.</p>

## X. Migration

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>dauerhafte Einwanderung begründet.</p> <p>Niederlassungserlaubnis für anerkannte Asylbewerber erst nach zehn Jahren.</p>					
<p>Eine Abschiebeoffensive zum Abbau des Überhangs an Ausreisepflichtigen. Zuständigkeitsübertragung für den Vollzug von Abschiebungen an die Bundespolizei.</p> <p>Nutzung freier Platzkapazitäten bei Transportflügen der Bundeswehr für Abschiebungen, um die Renitenz bei Abschiebungen mit Zivilflugzeugen zu verhindern.</p> <p>Aufhebung der Kirchenasyl-Vereinbarung zwischen BAMF und Kirchen.</p> <p>Rückkehrpflichtige sollen eine</p>	<p><b>Bleibereichtsmöglichkeiten Ausreisepflichtiger stärker einschränken</b>, um die Anreize für illegale Zuwanderung weiter zu senken; insbesondere sollen <b>Aufenthaltserlaubnisse bei Geduldeten an echte Integrationsvoraussetzungen geknüpft</b> werden.</p> <p>Wir wollen <b>Ausreisepflichten besser durchsetzen</b> und dafür unter anderem <b>Gewahrsamseinrichtungen an den Verkehrsflughäfen</b> schaffen, um Sammelabschiebungen zu erleichtern.</p> <p>Auf Verstöße gegen eine Wiedereinreisesperre</p>	<p>Die <b>zwangsweise Rückführung</b> von Menschen in Länder, in denen ihnen Gefahr für Leib und Leben droht, lehnen wir ab.</p>	<p>Abschiebungen, zum Beispiel über <b>Rückübernahmeabkommen</b>, sind das letzte Mittel.</p> <p><b>Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer</b> werden wir beenden.</p>	<p>Der Bund sollte für alle Fragen des Schutzstatus zuständig sein.</p> <p>Dazu gehört eine <b>konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht</b>.</p>	<p><b>Abschiebungen lehnen wir ab.</b></p>

## X. Migration

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>handwerklich-praktische Grundausbildung erhalten können, die sie zum Wiederaufbau ihrer Heimat und zur dortigen Existenzgründung („fit for return“) befähigt.</p>	<p>folgt unmittelbar die Abschiebehaft.</p>				
<p><b>EU-Asylpolitik</b></p> <p>Keine pauschalen Zuwanderungskontingente und Umverteilungsquoten, egal ob im nationalstaatlichen, europäischen oder außereuropäischen Rahmen.</p> <p>Die Vergemeinschaftung des Aufenthalts- und Asylrechts wird rückgängig gemacht.</p> <p>Der neue, von der Europäischen Kommission angestrebte EU-Migrationspakt soll verhindert werden bzw. der Beitritt Deutschlands unterbleiben. Kein</p>	<p>Einrichtung von europäisch verwalteten <b>Entscheidungszentren an den EU-Außengrenzen</b> aus.</p> <p>Wir wollen eine <b>europaweite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen</b> – hinsichtlich Verfahren, Unterbringung und Versorgung.</p>	<p>Wir werden ein <b>funktionsfähiges Europäisches Asylsystem</b> voranbringen inkl. <b>Reform des Dublin-Systems</b>.</p>	<p><b>EU-Agentur für Asylfragen</b> bestimmt schnellstmöglich den Aufnahme-Mitgliedstaat.</p> <p>Der <b>Verteilmechanismus</b> stützt sich zunächst auf die Bereitschaft von Mitgliedstaaten. Wer das tut, erhält Hilfe aus einem <b>EU-Integrationsfonds</b>.</p> <p>Menschenunwürdige Lager und geschlossene Einrichtungen, Transit-zonen oder <b>europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab</b>.</p>	<p>Wir fordern eine <b>verbindliche Verteilung der Schutzsuchenden</b> unter den EU-Staaten,</p> <p><b>Staaten, die sich an dieser „Koalition der Willigen“ nicht beteiligen, müssen mit angemessenen Kürzungen von Zuwendungen aus dem EU-Haushalt rechnen.</b></p> <p><b>Hilfsleistungen</b> sollen die Schutzsuchenden in der Regel nur im zuständigen EU-Staat erhalten.</p>	<p>Für eine faire Verteilung von Geflüchteten wollen wir eine <b>europäische Fluchtumlage</b>.</p> <p>Die EU-Kommission will weiter auf Abschottung, Abschiebung und Entrechtung setzen. <b>Wir stellen uns dagegen.</b></p>

## X. Migration

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
„Gemeinsames europäisches Asylsystem“ (GEAS) mit von der EU festgelegten Aufnahmequoten für Flüchtlinge.					
<p><b>UN-Migrationspakt UN-Flüchtlingspakt</b></p> <p>Deutschland kündigt unverzüglich den UN-Migrationspakt und den UN-Flüchtlingspakt auf, da diese trotz ihrer angeblichen Unverbindlichkeit in nationales Recht eingehen werden.</p>	Keine Position	Der <b>Globale Pakt für Migration</b> muss umfassend umgesetzt werden.	<p>Für anerkannte Flüchtlinge wollen wir <b>Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union</b>.</p> <p>Verursacher-Staaten des Klimawandels in die Pflicht nehmen, und Heimat- und Aufnahmeländer <b>klimabedingter Migration</b> zu unterstützen.</p>	Keine Position	Deutschland muss <b>Schutz der globalen Wanderarbeitnehmer</b> garantieren.
<p><b>Arbeitsmigration</b></p> <p>Ausarbeitung eines umfassenden migrationspolitischen Ansatzes nach japanischem Vorbild mit dem Primärziel der Interessenwahrung der Deutschen und bereits zugewandelter Bürger, die sich</p>	<p><b>Das Asylrecht ist ein individuelles Schutzrecht und kein Ersatzeinwanderungsrecht.</b></p> <p>Wir werden die Anerkennung von Abschlüssen und die Zertifizierung von Qualifikationen verbessern.</p>	Keine Position	<p>Wir wollen ein <b>modernes Einwanderungsgesetz</b> beschließen, auch für Menschen ohne formale oder anerkannte Bildungsabschlüsse.</p> <p>Wir erleichtern die <b>Bildungsmigration</b> über Stipendien und Ausbildungsvisa und eine</p>	<p>1. „<b>Blue Card</b>“ als Kerninstrument der Fachkräfteeinwanderung mit Arbeitsplatzangebot.</p> <p>2. Einführung einer <b>Chancenkarte für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild.</b></p>	<p>Gegen einen eventuellen Fachkräftemangel braucht es anständige Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlungen für alle Menschen hierzulande.</p> <p>Es braucht eine <b>bessere Anerkennung der Qualifikationen</b></p>



## X. Migration

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>zur kulturellen Identität Deutschlands bekennen.</b></p>	<p>Wir wollen ein neues <b>Tech-Visums-Programm</b> für hochqualifizierte Fachkräfte.</p> <p>Im Rahmen eines Pilotprojekts sollen „<b>Fachkräfteeinwanderungs-Attachés</b>“ an ausgewählten deutschen Botschaften informieren.</p>		<p><b>unbefristete Aufenthaltserlaubnis.</b></p> <p>Für Menschen ohne sicheren Aufenthaltstitel soll es die Möglichkeit zum echten <b>Spurwechsel</b> geben.</p>	<p>Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines „<b>Spurwechsels</b>“ in eine der beiden Säulen der Einwanderung geben.</p>	<p><b>und Abschlüsse</b> aus dem Ausland.</p>
<p><b>Integration</b></p> <p>Die Bevorzugung von Migranten in Form einer Quotierung, unter Missachtung des Leistungsprinzips, muss ausgeschlossen werden.</p> <p>Integrationsprojekte sind einer staatlichen Evaluations- und Erfolgsprüfung zu unterziehen. Das Profitgeschäft von NGOs und Wohlfahrtsverbänden ist zu beenden.</p> <p>Die AfD verlangt, dass das Kopftuch als religiös-</p>	<p>Wir wollen den <b>Spracherwerb beschleunigen.</b></p> <p>Wir werben dafür, dass sich mehr junge Menschen für eine berufliche Laufbahn <b>im öffentlichen Dienst</b> entscheiden.</p>	<p>Wir möchten allen Menschen den <b>Anspruch auf Integrations- und Beteiligungsangebote</b> gewährleisten.</p> <p><b>Partizipations- und Integrationsgesetz</b>, das staatliche Institutionen zu einem Prozess der interkulturellen Öffnung verpflichtet.</p>	<p>Recht auf einen kostenfreien Zugang zu passgenauen <b>Sprach- und Integrationskursen.</b></p> <p>Kommunaler Integrationsfonds <b>auf europäischer Ebene</b> um EU-weit das Ankommen in den Kommunen direkt zu unterstützen.</p> <p><b>Betriebe</b> brauchen entsprechende Unterstützung und Förderung.</p>	<p><b>Wir wollen eine Integrationspolitik, die Vielfalt begrüßt, Migranten aber auch eine eigene Integrationsleistung abverlangt.</b></p> <p><b>Integrationspaten nach kanadischem Vorbild</b> sowie zusätzliche Integrationsmaßnahmen.</p>	<p>Wir wollen einen »<b>Fonds für Willkommenskommunen</b>«.</p> <p><b>Bildungs- und Integrationsangebote</b> wollen wir unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status gewähren.</p>

## X. Migration

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>politisches Zeichen im Öffentlichen Dienst generell nicht gestattet und in öffentlichen Schulen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen getragen wird.</b></p>					
<p><b>Einbürgerung</b></p> <p><b>Die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein kostbares Gut. Das Geburtsortprinzip wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip zurückkehren, wie es bis zum Jahr 2000 galt.</b></p>	Keine Position	<p>Wir werden auch die generelle Möglichkeit von <b>Mehrstaatigkeit</b> gesetzlich verankern.</p> <p>Wir wollen bestehende <b>Hürden abbauen und auch</b> die geltende <b>Regelaufenthaltsdauer</b> von bisher acht Jahren verkürzen.</p>	<p><b>Wer in Deutschland geboren wird, soll die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.</b></p> <p><b>Nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können.</b></p> <p>Den Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir abschaffen.</p>	<p>Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht sollte grundsätzlich auch die <b>Mehrstaatigkeit</b> zulassen.</p> <p>Für Einwanderer zudem eine <b>vereinfachte Einbürgerung nach insgesamt vier Jahren</b>.</p>	<p><b>Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen, deren Eltern dauerhaft im Land wohnen, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten</b> und ein Recht auf <b>Mehrstaatlichkeit</b> haben.</p> <p>Migranten sollen nach fünf Jahren einen <b>Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben</b>.</p>

# XI. Familienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Familienfreundliches Deutschland</b></p> <p>Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft als Staatsziel ins Grundgesetz aufnehmen.</p>	<p><b>Familienfreundlichkeit ist Markenzeichen</b> einer jeden unionsgeführten Bundesregierung.</p>	<p>Wir werden ein <b>Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit</b> einführen mit zwei Wochen Elternschaftszeit direkt nach Geburt eines Kindes, auf die jeder Vater bzw. der/die Partner* in kurzfristig und sozial abgesichert Anspruch hat.</p>	<p>Starke <b>Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention</b> müssen ins Grundgesetz. Mit einem <b>Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung</b> wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind.</p>	<p><b>Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft und verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen.</b></p> <p>Wir setzen uns für ein <b>modernes Sorge-, Adoptions-, Reproduktions- und Abtreibungsrecht</b> ein.</p>	<p>Wir wollen <b>soziale und öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen ausbauen</b>, gute soziale Sicherungen einführen und Familie und Beruf besser vereinbar werden – für alle Familien.</p>
<p><b>Statt Gleichstellungsbeauftragten wollen wir Familienbeauftragte, die familienfreundliche Entscheidungen sicherstellen.</b></p> <p><b>Staatliche Leistungen und Verwaltungsabläufe sind systematisch auf</b></p>	<p>Wir wollen <b>Familienleistungen maximal automatisieren, digitalisieren und vereinfachen.</b></p>	<p>Die dritte Säule ist die dauerhafte <b>Ausweitung der pandemiebedingt erhöhten Kinderkrankentage</b> auf 20 Tage pro Kind, Jahr und Elternteil (als „Elterngeld akut“).</p> <p>Wir haben ein Konzept der <b>Kindergrundversicherung</b>: mit einer</p>	<p>Wir werden eine <b>Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut</b> entwickeln und umsetzen.</p> <p>Unser Vorhaben: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für</p>	<p>Wir wollen ein <b>Kinderchancengeld</b>. Es besteht aus: Grundbetrag, Flexibetrag und nichtmateriellem Chancenpaket.</p> <p>Wir wollen das <b>Elterngeld entbürokratisieren</b> und digitalisieren sowie den</p>	<p>Um Familie und Beruf besser zu vereinbaren, wollen wir den <b>Elterngeldanspruch</b> auf 12 Monate pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende) verlängern. Außerdem wollen wir den Mindestbetrag des Elterngelds auf 400 Euro und beim</p>

## XI. Familienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Familienfreundlichkeit zu prüfen und anzupassen.</b></p>		<p><b>Infrastruktur</b>, die gerechte Bildung und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht.</p> <p>Der monatliche Basisbetrag wird bei zirka 250 Euro liegen. <b>Das neue Kindergeld ersetzt so den Kinderfreibetrag und bündelt bisherige Leistungen.</b></p>	<p>Bildung und Teilhabe in <b>eine neue, eigenständige Leistung zusammenzufassen: Kindergrundsicherung.</b></p>	<p><b>Partnerschaftsbonus flexibilisieren.</b></p> <p>Wir wollen den <b>Rechtsanspruch auf „Partnermonate“ beim Elterngeld auf drei Monate verlängern.</b> Damit erhöht sich die Bezugsdauer auf maximal 15 Monate.</p>	<p>ElterngeldPlus entsprechend auf 200 Euro anheben.</p> <p>Wir erhöhen das <b>Kindergeld</b> für alle Kinder auf 328 Euro monatlich.</p> <p>Die <b>Kindergrundsicherung</b> gilt für alle Kinder und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und für junge Volljährige bis zur Vollendung ihrer ersten Schulausbildung (inkl. Abitur). Der <b>Unterhaltsvorschuss bleibt bestehen.</b></p>
<p><b>Für Arbeitgeber müssen Anreize für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden.</b></p> <p><b>Der Wiedereinstieg von Eltern nach der Babypause soll vereinfacht werden, indem nach Kinderzahl gestaffelte Lohnsubventionen</b></p>	<p><b>Fördermittel sollen auf Familienzeitkonten gebucht werden können.</b></p> <p>Wir wollen die Flexibilitätsspielräume zugunsten beider Seiten ausweiten – zum Beispiel durch die Möglichkeit zum Homeoffice.</p>	<p>Die zweite Säule ist die <b>Familienarbeitszeit.</b></p> <p>Wenn in Paarfamilien beide Elternteile gleichzeitig oder Alleinerziehende etwas weniger als Vollzeit arbeiten, sollen sie zukünftig je zehn Monate <b>Elterngeld-Plus</b> erhalten – mindestens 200 und höchstens 900 Euro.</p>	<p>Mit der <b>KinderZeit Plus</b> wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten.</p> <p>Wir unterstützen Eltern dabei, Familie und Arbeit mit einem <b>flexiblen Vollzeitkorridor</b> in eine ausgewogene Balance zu bringen.</p> <p>Es soll der Anspruch auf ein <b>Kinderkrankengeld</b> auf 15 Tage im</p>	<p>Auch wollen wir <b>Betriebskindergärten</b> auch steuerlich fördern, den <b>Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung</b> garantieren und die <b>steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten ermöglichen.</b></p> <p>Wir fordern die <b>Einführung eines „Partnerschutzes“ analog zum „Mutterschutz“:</b></p>	<p>Wir wollen <b>Zeitautonomie und eine Erwerbsarbeit, die zum Leben passt.</b></p> <p><b>Eltern brauchen besonderen Kündigungsschutz.</b></p> <p>Wir wollen eine <b>dauerhafte Verlängerung der Kinderkrankentage.</b></p>

## XI. Familienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>an die Arbeitgeber gezahlt werden.</p> <p>Die AfD fordert die Gleichbehandlung weiblicher Lebensentwürfe und damit die Anerkennung der Lebensleistung von Frauen, die Familien gründen und Kinder großziehen.</p>		<p>Wir wollen eine <b>geschlechtergerechte Rente</b>. Unterschiedliche Arbeitszeiten und familienbedingte Tätigkeiten bei den Renten werden wir gerechter behandeln.</p>	<p>Jahr pro Kind und Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage.</p> <p>Für die <b>besondere Zeit direkt nach der Geburt</b> wollen wir neben dem Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten.</p>	<p>Wir fordern eine zeitlich begrenzte <b>Auszeit für Mitglieder in Vorständen sowie Aufsichtsräten</b> und für andere oberste Führungskräfte.</p>	<p>Durch die <b>bessere Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten</b> wird auch unbezahlte Sorgearbeit entsprechend wertgeschätzt.</p>
<p><b>Familien stärken und fördern</b></p> <p>Eine familienfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik, die es Familien ermöglicht, auch mit nur einem Erwerbseinkommen eine Familie zu ernähren.</p> <p>Steuerliches Familiensplitting.</p> <p>Kinderfreibetrag anheben. Vollständige steuerliche</p>	<p>Perspektivisch streben wir den <b>vollen Grundfreibetrag für Kinder</b> an und finden damit den Einstieg in ein <b>Kindersplitting</b>.</p> <p>Wir wollen den steuerlichen <b>Entlastungsbetrag für Alleinerziehende</b> auf 5.000 Euro weiter erhöhen.</p> <p>Wir werden das <b>KfW-Wohneigentumsprogramm für Familien</b> ausweiten.</p>	<p><b>Das neue Kindergeld ersetzt so den Kinderfreibetrag und bündelt bisherige Leistungen.</b></p>	Keine Position	<p>Wir wollen den <b>Kinder- und Auszubildendenfreibetrag</b> sowie den Freibetrag für Alleinerziehende anheben.</p> <p>Am <b>Splittingverfahren</b> für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten.</p> <p>Ebenso kann es sinnvoll sein, künftig stärker mit - von der Steuerschuld abzuziehenden - <b>Steuergutschriften</b> zu arbeiten.</p>	<p><b>Das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum soll zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartnern übertragbar sein.</b></p>

## XI. Familienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben. Absenkung der Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs auf den reduzierten Satz.</b></p>					
<p>Zur Herstellung der Lastengerechtigkeit sollen Eltern bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden, ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird.</p> <p>Betreuungsgeld für Eltern bzw. Großeltern, welches sich als Lohnersatzleistung am bisherigen durchschnittlichen Nettolohn der letzten drei Jahre vor Geburt des ersten Kindes orientiert.</p> <p>Für junge Familien sollen die Erstanschaffungen bei Familiengründung durch einen Ehe-</p>	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position

# XI. Familienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>Start-Kredit unterstützt werden.</p> <p>BAföG-Empfängern soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung bei erfolgreichem Abschluss erlassen werden.</p>					
<p>Da die Mehrheit der Trennungskinder bei den Müttern aufwächst, ist ein besonderes Augenmerk auf die Einbeziehung der Väter in die Erziehung zu legen.</p> <p>Berücksichtigung schwerwiegenden Fehlverhaltens gegen die eheliche Solidarität bei der Bemessung finanzieller Ansprüche nach Trennung und Scheidung.</p>	<p>Wir wollen <b>die familienrechtlichen Vorschriften im Unterhalts-, Sorge- und Umgangsrecht anpassen.</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p>Mit der Neuermittlung der Mindestbedarfe von Kindern und Jugendlichen steigt der Mindestunterhalt. Dabei soll nur die Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden.</p> <p><b>Mehrkosten für die Ausübung des Umgangs und Betreuungsleistungen</b> sollen berücksichtigt.</p> <p>Für getrennt erziehende Eltern wollen wir einen <b>Umgangsmehrbedarf</b> einführen.</p> <p>Es gilt, <b>familienunterstützende Dienstleistungen</b> zu fördern.</p>	<p>Beide getrennten Eltern sollten berechtigt und verpflichtet sein, sowohl für den Unterhalt als auch für die Betreuung mit einem substantiellen Anteil zu sorgen.</p> <p>Die Politik muss insbesondere vorsehen, dass Erziehungs- und Unterhaltsverantwortung gemeinschaftlich ausgeübt werden, wenn das Kindeswohl dem nicht entgegensteht.</p>	<p>Das Kindergeld soll nur zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden statt wie jetzt zu 100 Prozent. <b>Unterhaltsvorschuss und Kindergeld dürfen nicht auf die SGB II-Leistungen angerechnet werden.</b></p> <p>Wir wollen beiden Elternteilen einen <b>pau-schalen Umgangs-mehrbedarf in Höhe von einem Viertel des Regelsatzes</b> für das Kind zusprechen</p>

## XI. Familienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Willkommenskultur für Kinder</b></p> <p><b>Adoption erleichtern und fördern.</b></p>	Keine Position	Wir setzen uns ein für gleiche <b>Rechte von gleichgeschlechtlichen Partnern</b> in der Ehe, insbesondere bei Adoptionen.	Wir streben an, das <b>Abstammungsrecht</b> zu reformieren, sodass die Co- automatisch als zweites rechtliches Elternteil gilt.	Wir wollen <b>Adoptionen auch unverheirateten Paaren ermöglichen..</b>	Wir fordern ein <b>Wahlverwandtschaftsrecht</b> , in dem nicht nur Zweierbeziehungen Verantwortung füreinander übernehmen dürfen, sondern jede Gemeinschaft, die sich einander verbunden fühlt.
<p><b>Wir wenden uns strikt gegen die Kommerzialisierung des Mutterleibes durch bezahlte Leihmutterschaften und gegen die Vermarktung von Gewebe getöteter ungeborener Kinder.</b></p>	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Wir fordern die <b>Legalisierung der Eizellspende</b> . Wir wollen außerdem die <b>nichtkommerzielle Leihmutterschaft ermöglichen</b> .	Keine Position
<p><b>Eine Abtreibung ist meldepflichtig, Verstöße dagegen sind zukünftig zu ahnden. Die Abtreibungsstatistik soll dadurch die wirkliche Zahl der Abtreibungen wiedergeben. Wir lehnen alle</b></p>	Keine Position	Wir wollen den <b>Paragraphen 219a abschaffen. Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.</b>  Wir werden deshalb für einen <b>kostenfreien Zugang zu</b>	Wir streiten für eine ausreichende und wohnortnahe <b>Versorgung mit Ärzten, Praxen und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.</b>	Wir fordern, <b>Paragraf 219a des Strafgesetzbuchs (StGB) ersatzlos zu streichen.</b>	<b>Paragraphen §§ 218-219b Strafgesetzbuch (StGB) wollen wir streichen.</b>  <b>Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der Gesundheitsversorgung.</b>



## XI. Familienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären.		Verhütungsmitteln sorgen und gezielt die Erforschung von Verhütungsmethoden für Männer fördern	Es braucht eine Entkriminalisierung von selbstbestimmten Abbrüchen.		Sämtliche Verhütungsmethoden müssen von der Krankenkasse bezahlt werden.
<p>Schwangerschaftsberatungen müssen mit transparenten Qualitätsstandards, möglichst unter Einbeziehung der Väter durchgeführt werden. Abtreibungen müssen dabei die Ausnahme bleiben. Ebenfalls muss über mögliche Spätfolgen einer Abtreibung aufgeklärt werden, wie z.B. das Post-Abortion-Syndrom (PAS).</p> <p>Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem formalen Verwaltungsakt verkümmert und befördert eine Bagatellisierung dieses Vorgehens. Sie muss</p>	Wir wollen <b>Prostitution von Schwangeren</b> sowie Heranwachsenden unter 21 Jahren verbieten.	Keine Position	<p>Um Ärzte vor drohenden Anzeigen zu schützen, gilt es insbesondere den <b>§ 219 a schnellstmöglich aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.</b></p> <p>Perspektivisch soll der kostenfreie und leichte Zugang zu Verhütungsmitteln für alle gelten.</p>	<p>Wir wollen eine bessere <b>finanzielle Förderung von Kinderwunschbehandlungen.</b> Auch für Paare ohne Trauschein und Alleinstehende.</p> <p><b>Konfliktberatung</b> soll auch online durchgeführt werden können.</p> <p>Die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin sollen allen Menschen zugänglich sein.</p>	<b>Künstliche Befruchtung</b> muss auch nicht verheirateten, lesbischen und Single-Frauen* durch Kostenübernahme der Krankenkasse zur Verfügung stehen.

## XI. Familienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>stattdessen dem Schutz des Lebens dienen.</p> <p>Möglichkeiten der anonymen bzw. vertraulichen Geburt weiter ausbauen und stärken sowie die Verfügbarkeit von Babyklappen sicherstellen.</p>					
<p><b>Kinder in den Familien belassen, Kindesentzug nur in Ausnahmen</b></p> <p>Beratung und Sanktionierung von Familien müssen innerhalb der Jugendämter auf zwei unabhängige Stellen verteilt und strikt getrennt werden.</p> <p>Es muss eine Angemessenheitsprüfung aller Leistungen stattfinden, ein Kindesentzug darf nur für eine kurze Zeit angeordnet werden und das Wunsch-</p>	Keine Position	Keine Position	Durch <b>gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung</b> wollen wir für besser ausgestattete Jugendämter und Entlastung der Fachkräfte sorgen.	Keine Position	Wir fordern eine bedarfsgerechte <b>personelle und sachliche Ausstattung von Jugendämtern.</b>

## XI. Familienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>und Wahlrecht für Leistungen des Jugendamtes nach §16 SGB VIII muss respektiert werden.</b></p> <p><b>Unabhängige Kontrolle der Jugendämter und der freien Träger.</b></p> <p>Keine Position</p>					
<p><b>Verantwortungsvolle Kinderbetreuung</b></p> <p><b>Häufig wird die politische Beeinflussung von einer Frühsexualisierung im Sinne „diverser“ Geschlechterrollen begleitet. Die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ versucht, Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität zu verunsichern und Geschlechterrollen aufzulösen. Sie werden dadurch massiv in ihrer Entwicklung gestört. Kinder haben das Recht auf Schutz ihrer</b></p>	<p>Mit einem Bundesprogramm werden wir <b>Ernährung und Bewegung systematisch in die Familienbildung</b> aufzunehmen.</p> <p>Wir wollen die <b>Nationale Diabetes-Strategie</b> weiter vorantreiben.</p> <p>Mit der <b>Justizreform zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder</b> verbinden wir eine umfassende Opfererstversorgung.</p>	<p>Schutzstandards für Kinder und Jugendliche müssen auch im digitalen Raum gelten.</p> <p>Wir wollen eine <b>kindersensible Justiz</b>.</p>	<p>Die wichtige Arbeit des <b>Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs</b> werden wir auf eine gesetzliche Grundlage stellen.</p> <p>Wir werden bundesweit <b>spezialisierte Fachberatungsstellen</b> systematisch ausbauen.</p>	<p>Wir wollen das <b>Präventionsgesetz reformieren</b>.</p> <p>Der Prävention, Krankheitsfrüherkennung und Gesundheitsförderung kommen eine wichtige Bedeutung zu.</p>	<p><b>In den Lehrplänen der Schulen muss sich die real existierende Vielfalt umfassend abbilden.</b></p> <p>Aufklärungsinitiativen zu sexuell übertragbaren Infektionen (STI) müssen gestärkt werden.</p>

## XI. Familienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
Intimsphäre, mit sie ihre Sexualität selbstbestimmt herausbilden können.					
Zur besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund muss Deutsch als verpflichtende Sprache in Kitas durchgesetzt werden.	Wir fordern die Einführung einer verbindlichen <b>Sprachförderung</b> für notwendig.  <b>Kommunale Integrationsfachkräfte</b> werden wir durch ein Bundesprogramm fördern.	<b>Alle Kinder müssen unmittelbar die Möglichkeit erhalten, eine Kita zu besuchen.</b>	Der Anspruch auf <b>Integrationshilfe muss überall gelten.</b>  Die <b>Integrationshelfer</b> sollen angemessen bezahlt werden.	Wir fordern, dass <b>jedes Kind mindestens ein Jahr vor der Einschulung an einem Deutschtest teilnimmt.</b>  Zudem fördern wir die altersgerechte Vermittlung von Fremdsprachen.	Wir fordern <b>Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache.</b>  Wir sehen die <b>Mehrsprachigkeit bei allen Jugendlichen mit Migrationshintergrund als ein Qualifikationsmerkmal.</b>
Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu vereinfachen, sind Betriebskindergärten stärker als bisher zu fördern.	Keine Position	Wir werden die <b>frühkindliche Bildung weiter ausbauen.</b>	Die soziale Spaltung zwischen Schulen sowie Kitas möchten wir überwinden, auch durch <b>gezielte Investitionen des Bundes.</b>  Vor allem für Kitas und den Primarbereich werden wir die <b>Investitionen deutlich erhöhen.</b>	Keine Position	DIE LINKE fordert einen <b>bundesweit einheitlichen Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten.</b>  Wir wollen <b>gute, gebührenfreie Kitas (Elternbeitragsfreiheit).</b>  Wir brauchen dringend <b>mehr Erzieherinnen und Erzieher</b> für eine gute Bildung, Erziehung

# XI. Familienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
					und Betreuung. 191 000 Erzieher*innen fehlen derzeit.
<p><b>Das Geschlecht ist eine biologische Tatsache.</b></p> <p><b>Geschlechtsumwandlung bei Kindern und Jugendlichen lehnen wir strikt ab.</b></p>	Keine Position	<p>Wir werden <b>vielfältige Familienmodelle rechtlich absichern.</b></p> <p>Mit der <b>Verantwortungsgemeinschaft</b> nach dem Vorbild des französischen PACS unterstützen wir beispielsweise <b>Regenbogenfamilien.</b></p> <p>Wir setzen uns die <b>rechtliche Absicherung von LSBTIQ*-Familien und Trans* und Inter*Personen</b> zum Ziel.</p> <p><b>Psychologische Gutachten zur Feststellung der Geschlechtsidentität</b> werden wir abschaffen.</p> <p>Wir werden das <b>Transsexuellengesetz reformieren.</b></p>	<p>Mit der <b>Weiterentwicklung des „kleinen Sorgerechts</b> geben wir allen Beteiligten mehr Sicherheit.</p> <p>Bei Kinderwunsch sollen alle Paare und alleinstehende Frauen die Möglichkeit einer <b>Kostenerstattung für die künstliche Befruchtung</b> erhalten.</p> <p>Das <b>Persönlichkeitsrecht auf Kenntnis der eigenen Abstammung</b> muss für alle Kinder gewahrt werden.</p> <p>Mit dem <b>Pakt für das Zusammenleben</b> werden wir eine neue Rechtsform unabhängig von der Ehe schaffen.</p>	<p><b>Bis zu vier Elternteile sollen im Interesse des Kindeswohls rechtliche Eltern sein können.</b></p> <p>Die <b>Ehefrau der leiblichen Mutter soll nach Möglichkeit von Geburt an automatisch rechtlich zweite Mutter sein.</b></p> <p>Wir wollen das <b>Transsexuellengesetz abschaffen.</b></p> <p>Die <b>Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von den Krankenkassen übernommen werden.</b></p> <p>Medizinisch nicht notwendige <b>genitalverändernde Operationen an intergeschlechtlichen Kindern</b> sind wirksam zu verbieten.</p>	<p>Wir wollen einen <b>selbstbestimmten Geschlechtseintrag für alle.</b></p> <p>Das <b>Transsexuellengesetz (TSG)</b> wollen wir abschaffen.</p> <p>Wir wollen die <b>Rechte von trans* und intergeschlechtlichen Kindern</b> und Jugendlichen stärken.</p> <p>Mindestalter 27 bei sogenannten <b>„Konversionstherapien“.</b></p>

## XII. Arbeits- und Sozialpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Nationale Gesetzgebungshoheit im Sozialrecht verteidigen</b></p> <p>Eine dauerhafte Abkehr von vom Einstimmigkeitsprinzip auf EU-Ebene im Bereich der Sozialpolitik zugunsten von Mehrheitsentscheidungen wäre faktisch eine weitere Abgabe von Hoheitsrechten an die Europäische Union. Die AfD lehnt aus diesem Grund die von der EU vorangetriebene Aufweichung des Einstimmigkeitsprinzips im Bereich der Sozialpolitik ab.</p>	Wir wollen mehr <b>Mehrheitsentscheidungen in Europa.</b>	Wir treten ein für die <b>Überwindung des Einstimmigkeitsprinzips</b> in Steuerfragen.	Wir wollen <b>Mehrheitsentscheidungen in Mitentscheidung des Europäischen Parlaments</b> einführen.	Keine Position	Keine Position
<p><b>Zuwanderung von EU-Ausländern in unsere Sozialsysteme begrenzen</b></p>	Eine <b>europäische Arbeitslosen-, Renten- oder Gesundheitsversicherung</b> lehnen wir ab.	Wir werden in den kommenden Jahren konsequent die <b>europäische Säule sozialer Rechte</b> in die Praxis umsetzen.	Es braucht ein wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit, ein Verbandsklagerecht, eine <b>europäische</b>	Keine Position	<b>Wir fordern für alle Bürger in der EU soziale Rechte und Mindestlöhne, die die Existenz sichern.</b>

## XII. Arbeits- und Sozialpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Die AfD fordert, die nationalen Vorschriften zum Leistungsbezug der Grundsicherung für Arbeitssuchende dahingehend abzuändern, dass ein Leistungsanspruch nur für solche EU-Ausländer besteht, die unter Aufnahme einer existenzsichernden Tätigkeit eingereist sind.</b></p> <p><b>Keine Auszahlung von Sozialleistungen auf ausländische Konten.</b></p>	<p>Wir wollen die Anerkennung von <b>Berufsqualifikationen</b> vereinfachen und die <b>Portabilität von betrieblicher Altersvorsorge zwischen EU-Mitgliedstaaten verbessern.</b></p>	<p>Wir begrüßen den Vorschlag für einen <b>Rechtsrahmen für europäische Mindestlöhne.</b></p> <p>Wir treten ein für eine dauerhafte <b>europäische Arbeitslosenrückversicherung,</b></p> <p>Wir setzen uns für <b>europäische Mindeststandards bei den nationalen Grundversicherungssystemen</b> ein.</p> <p>Wir stärken <b>europäischer Betriebsräte.</b></p> <p>Wir wollen Durchsetzung von geltendem Arbeitsrecht und Arbeitsschutz bei <b>Saisonarbeitnehmern.</b></p>	<p><b>Sozialversicherungsnummer, die Abschaffung der sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung</b> und mehr Kontrolle durch eine <b>gestärkte Europäische Arbeitsbehörde.</b></p> <p>Wir setzen uns <b>auf europäischer Ebene für eine bessere soziale Absicherung</b> für arbeitssuchende EU-Bürger ein.</p>		<p>Freizügigkeit für alle! Wir wollen die Menschen dabei unterstützen, gute Arbeit zu finden.</p>
<p><b>Arbeitsrecht reformieren und vereinfachen</b></p> <p><b>Es soll ein Arbeitsgesetzbuch geschaffen werden, welches die zahlreichen</b></p>	<p>Vgl. „Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts“ in Kapitel V. (Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“).</p>	<p>Vgl. „Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts“ in Kapitel V. (Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“).</p>	<p>Vgl. „Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts“ in Kapitel V. (Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“).</p>	<p>Vgl. „Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts“ in Kapitel V. (Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“).</p>	<p>Vgl. „Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts“ in Kapitel V. (Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“).</p>

## XII. Arbeits- und Sozialpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>Einzelgesetze systematisch zusammenführt.</p> <p>Lohndumping in der Leiharbeit verhindern: Leiharbeiter werden werden vergleichbaren Stammarbeitnehmern hinsichtlich der Entlohnung ab dem ersten Arbeitstag mindestens gleichgestellt. Flexibilitätsprämie wird als prozentualer Aufschlag auf das maßgebliche Arbeitsentgelt geleistet.</p>					
<p>Mindestlohn beibehalten.</p>	Keine Position	Wir werden den gesetzlichen <b>Mindestlohn</b> zunächst auf mindestens <b>zwölf Euro</b> erhöhen.	Den gesetzlichen <b>Mindestlohn</b> werden wir sofort auf <b>12 Euro</b> anheben.	Mini- und Midijob-Grenzen an Mindestlohn koppeln.	Der gesetzliche Mindestlohn wird auf 13 Euro erhöht.
<p>Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Personalaufbau stärken.</p>	<p>Zoll und Steuerfahndung werden wir weiter stärken.</p> <p>Wir werden die <b>steuerliche Berücksichtigung</b></p>	Wir werden die <b>Kompetenzen des Zolls weiter stärken.</b>	Keine Position	Keine Position	Keine Position



## XII. Arbeits- und Sozialpolitik

AFD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
	<b>haushaltsnaher Dienstleistungen</b> verbessern.				
<b>Mehr Arbeitsplätze mit fairer Entlohnung für schwerbehinderte Menschen.</b>	<p>Wir wollen das betriebliche Eingliederungsmanagement für Schwerbehinderte stärken sowie Frühwarnsysteme und effiziente Präventivmaßnahmen ausbauen.</p> <p>Für ein zukunftsfähiges Entgeltsystem werden wir die <b>Berechnung des Lohns in Behindertenwerkstätten</b> neu regeln.</p>	Wir werden <b>Schwerbehindertenvertretungen</b> stärken. Wir setzen uns für eine <b>einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber kleiner und mittlerer Unternehmen</b> ein.	<p>Wir wollen einen <b>inkluisiven Arbeitsmarkt</b>.</p> <p>Arbeitgeber, die hingegen nicht genügend schwerbehinderte Menschen beschäftigen, sollen eine höhere <b>Ausgleichsabgabe</b> zahlen.</p> <p>Wir wollen das heutige <b>Werkstattsystem zu einem System von Inklusionsunternehmen weiterentwickeln</b>.</p> <p>Wir fördern den <b>Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt</b>.</p>	<p>Wir wollen eine <b>bessere Beratung und Arbeitsvermittlung für Menschen mit Behinderungen</b>.</p> <p>Wir wollen aktive <b>Arbeitsvermittlung und Begleitung</b>.</p> <p>Wir wollen ihre <b>Chancen auf eine reguläre Beschäftigung verbessern</b>.</p>	<p>Das „<b>Budget für Arbeit</b>“ muss bedarfsdeckend ausgestaltet werden.</p> <p>Stattdessen wollen wir <b>Inklusionsunternehmen mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung</b>.</p> <p>In Werkstätten für behinderte Menschen muss der <b>Mindestlohn</b> gezahlt werden.</p> <p>Die <b>gesetzliche Beschäftigungsquote für Unternehmen</b> wollen wir wieder auf sechs Prozent anheben.</p> <p>Auch die Privatwirtschaft muss <b>Barrierefreiheit</b> ermöglichen.</p>
<b>Reform der Arbeitslosenversicherung</b>	Wir wollen die <b>Sanktionsmechanismen im SGB II beibehalten</b> .	Wir wollen die <b>Bemessungsgrenze zur Erhebung der Beiträge zur</b>	Wir wollen einen <b>Rechtsanspruch auf Weiterbildung</b> und	Wir wollen <b>das Liberale Bürgergeld</b> . Wir wollen steuerfinanzierte Sozialleistungen <b>an</b>	Wir führen ein neues <b>Arbeitslosengeld Plus (ALG Plus)</b> ein. Das ALG Plus ist nicht

## XII. Arbeits- und Sozialpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung soll abgesenkt werden. Dazu soll die Arbeitslosenversicherung von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden und der Kreis der Leistungsberechtigten strikt an dem Kreis der Beitragszahler ausgerichtet werden.</b></p>	<p>Wir werden das <b>SGB-II-Leistungsrecht so vereinfachen, dass sich damit der Verwaltungsaufwand und die Zahl der Gerichtsverfahren deutlich reduziert.</b></p> <p>Unser längerfristiges Ziel ist es, dass <b>Sozialleistungen zukünftig nicht nur bürokratieärmer, sondern auch praktisch „wie aus einer Hand“</b> bei den Leistungsberechtigten ankommen.</p>	<p><b>Sozialversicherung regelmäßig anpassen.</b></p> <p>Wir wollen die <b>Arbeitslosenversicherung zu einer solidarischen Arbeitsversicherung weiterentwickeln.</b></p> <p>Wir werden einen <b>Anspruch auf Qualifizierung</b> einführen, der bereits nach drei Monaten ohne neue Erwerbsarbeit greift (<b>Arbeitslosengeld Q</b>).</p>	<p>die Stärkung der beruflichen Qualifikation.</p> <p>Überall dort, wo es eine Arbeitsagentur gibt, sollen <b>Bildungsagenturen</b> zentrale Anlaufstellen werden.</p>	<p><b>einer staatlichen Stelle zusammenfassen</b>, auch im Sinne einer negativen Einkommensteuer.</p> <p><b>Selbst verdientes Einkommen soll geringer als heute angerechnet werden.</b></p>	<p>einkommens- und vermögensgeprüft.</p> <p>Die Höhe des <b>ALG Plus entspricht 58 Prozent des Nettoentgelts plus Inflationausgleich.</b></p> <p><b>Die Bezugsdauer des ALG Plus</b> entspricht der Dauer des vorherigen Bezugs von Arbeitslosengeld.</p> <p><b>Arbeitsangebote an Erwerbslose</b> müssen deren Qualifikationen angemessen sein und den beruflichen Werdegang und ihre Weiterbildungsinteressen berücksichtigen.</p>
<p><b>Arbeitsleben würdigen – Arbeitslosengeld I gerecht gestalten: Die AfD setzt sich für eine Bezugsdauer von ALG I in Abhängigkeit von der Dauer der Vorbeschäftigung ein. Der Selbstbehalt bei der Berechnung von</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p>Wir wollen Lebensleistungen stärker berücksichtigen. <b>Wer länger eingezahlt hat, soll zukünftig auch länger Arbeitslosengeld I beziehen.</b></p> <p>Für Bürger, die trotz bester Unterstützung keine Perspektive auf dem ersten</p>	<p>Den Zugang zur Arbeitsversicherung werden wir deutlich erleichtern und <b>bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einen Anspruch auf Arbeitslosengeld</b> einführen.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Das <b>Arbeitslosengeld (ALG I) soll länger gezahlt und Ansprüche darauf schneller erworben werden:</b></p> <p>Die aktuell geltende <b>Regelanwartschaftszeit</b> von 12 Monaten wollen wir auf vier Monate absenken, die <b>Rahmenfrist</b> von aktuell zwei</p>

## XII. Arbeits- und Sozialpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>ALG II ist sanktionsfrei zu erhöhen.</b></p>		<p>Arbeitsmarkt haben, haben wir den sozialen Arbeitsmarkt eingeführt. Er ebnet denjenigen, die seit vielen Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen sind, den Weg in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Es hat sich bewährt, sinnvolle und sozial abgesicherte Tätigkeiten zu schaffen. <b>Wir werden den sozialen Arbeitsmarkt ausbauen</b> und weiterentwickeln. Auch weiterhin werden wir <b>Arbeitgeber mit Lohnkostenzuschüssen unterstützen</b>, die Langzeitarbeitslose sozialversicherungspflichtig einstellen.</p>	<p><b>Auch selbständige Berufstätigkeit</b> muss sozial besser abgesichert werden. Dafür vereinfachen wir den <b>Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung</b> und schaffen eine Zugangsmöglichkeit für alle Selbständigen, auch über die Auswahl zwischen zwei Tarifen. Selbständige sollen damit neben dem Anspruch auf Arbeitslosengeld I auch einen <b>Anspruch auf Kurzarbeitergeld</b> erhalten.</p> <p>Wir wollen <b>Gründungen aus Phasen der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern</b>.</p>		<p>auf drei Jahre verlängern.</p> <p>Die <b>Höhe</b> des ALG I soll künftig 68 Prozent des bisherigen Nettoverdienstes betragen.</p> <p>Zeiten der <b>Qualifizierung und Weiterbildung</b> bis zu einer Dauer von 24 Monaten mindern nicht die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld.</p> <p>Für ältere Erwerbssuchende wollen wir eine <b>verlängerte Bezugsdauer</b> des ALG I.</p> <p><b>Sperrzeiten und Sanktionen werden ausnahmslos abgeschafft.</b></p>
<p><b>Die AfD will eine „Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zum Arbeitslosengeld II (sogenanntes Hartz IV). Das erzielte Einkommen soll nicht wie</b></p>	<p>Die <b>Anrechnung von Einkommen im SGB II</b> wollen wir neu ausgestalten.</p>	<p>Die Grundsicherung werden wir zu einem <b>Bürgergeld</b> entwickeln.</p> <p><b>Das Bürgergeld soll digital und</b></p>	<p>Wir wollen Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine <b>Garantiesicherung</b>.</p> <p><b>Das soziokulturelle Existenzminimum</b></p>	<p>Wir wollen <b>bessere Hinzuverdienstregeln beim Arbeitslosengeld II (ALG II)</b> beziehungsweise beim angestrebten Liberalen Bürgergeld.</p>	<p>Wir wollen individuelle <b>Mindestsicherung ohne Sanktionen</b> in Höhe von 1200 €.</p> <p><b>Asylbewerber und hier lebende EU-Bürger werden in</b></p>

## XII. Arbeits- und Sozialpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>bisher vollständig mit dem Unterstützungsbetrag verrechnet werden. Stattdessen verbleibt dem Erwerbstätigen stets ein spürbarer Anteil des eigenen Verdienstes.</p>		<p><b>unkompliziert zugänglich sein.</b></p> <p>Bescheide und Schriftwechsel sollen eine verständliche Sprache sprechen.</p> <p><b>Die Regelsätze</b> im neuen Bürgergeld müssen zu einem Leben in Würde ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen.</p>	<p><b>werden wir neu berechnen.</b></p> <p>Die <b>Anrechnung von Einkommen</b> werden wir deutlich attraktiver gestalten.</p> <p>Das <b>Schonvermögen</b> wird angehoben.</p> <p>Wir werden die <b>existenzsichernden Sozialleistungen zusammenlegen.</b></p> <p>Anstelle eines Vermittlungsvorrangs in prekäre Arbeit wollen wir einen <b>Vorrang für Ausbildung und Qualifizierung.</b></p>	<p>Das Einkommen von Jugendlichen aus Familien, die ALG II beziehen, soll bis zur Höhe eines Minijobs gar nicht angerechnet werden.</p> <p>Wir wollen das <b>Schonvermögen in der Grundsicherung ausweiten.</b></p> <p>Wir wollen beim Arbeitslosengeld II beziehungsweise beim angestrebten Liberalen Bürgergeld einen <b>einheitlichen Satz</b> für alle.</p> <p>Bei Rückforderungen durch die Jobcenter führen wir eine <b>Bagatellgrenze für Kleinstbeträge</b> ein.</p>	<p><b>die individuelle Mindestsicherung einbezogen.</b></p> <p>Als Zwischenschritt wollen wir die <b>sofortige Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro.</b></p> <p>Wir treten für ein Sozialticket im ÖPNV ein.</p> <p>Wir wollen individuelle Ansprüche statt Bedarfsgemeinschaften.</p> <p><b>Schulpflichtige Kinder</b> sollen einen <b>einmaligen Zuschuss für Computer, Drucker und weitere IT-Ausstattung</b> bekommen.</p> <p>Alle <b>Sanktionen müssen ausgeschlossen werden.</b></p>
<p><b>Gezielte Maßnahmen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Einführung einer bundesweiten zentralen</b></p>	Keine Position	Wir wollen eine flächendeckende Umsetzung von <b>Housing-First-Konzepten.</b>	Wir wollen ein <b>nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von</b>	Keine Position	Wir wollen den <b>Ansatz „housing first“</b> in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern.

## XII. Arbeits- und Sozialpolitik

---

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
Statistik zur Erfassung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit.			<b>Wohnungs- und Obdachlosigkeit</b> auflegen.  Dabei ist der <b>Housing-First-Ansatz</b> ein zentraler Baustein.		

## XIII. Rente

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Freiheit beim Rentenantritt</b></p> <p><b>Wer früher in den Ruhestand geht, muss entsprechende Abschläge in Kauf nehmen. Wer auf der anderen Seite über das Rentenalter hinaus arbeitet, sammelt weitere Rentenpunkte und bekommt entsprechend einer höheren Rente.</b></p>	<p>Das Renteneintrittsalter soll auf <b>67 Jahre</b> im Jahr 2030 und weiter an die Lebenserwartung angepasst werden.</p>	<p><b>Wir lehnen eine Anhebung des Renteneintrittsaltes ab.</b></p> <p><b>Langjährig Versicherte</b> sollen weiterhin <b>abschlagsfrei vorzeitig in Rente</b> gehen könne.</p>	<p>An der <b>Rente mit 67</b> wird festgehalten. Es soll aber mehr Flexibilität geben.</p>	<p><b>Flexibilisierung des Renteneintrittsalters nach schwedischem Vorbild.</b></p>	<p><b>Rente abschlagsfrei mit 65 Jahren.</b></p> <p>Rente mit 60 abschlagsfrei nach 40 Arbeitsjahren.</p>
<p><b>Beamtenrenten und Politikerpensionen</b></p> <p><b>Die AfD möchte die Beamten-Altersversorgung beibehalten, allerdings die Verbeamtung auf hoheitliche Aufgaben beschränken.</b></p> <p><b>Politiker sollen wie Arbeitnehmer auch in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.</b></p>	<p>Keine Position.</p>	<p>Selbstständige, Beamte, freien Berufe und Mandatsträger sollen der gesetzlichen Rentenversicherung angehören.</p>	<p>Abgeordnete sollen verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden..</p>	<p>Der Zugang zur gesamten geförderten privaten Altersvorsorge muss dabei künftig für alle Erwerbstätigen offen sein.</p>	<p>Beamte, Abgeordnete und Selbstständige sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.</p>

## XIII. Rente

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Altersarmut verhindern</b></p> <p>Wer lange in die Rentenkasse eingezahlt hat, sollte auch bei einem geringeren Einkommen bessergestellt werden als Personen, die weniger eingezahlt haben. Dem wird die AfD gerecht, indem 25% der Altersrente nicht auf die Grundversicherung im Alter angerechnet werden.</p> <p>Generell ist die Besteuerung von Renten aus sozialer Sicht kritisch zu beurteilen. Wir wirken der Einkommensteuerlast dadurch entgegen, dass wir den Steuerfreibetrag für alle anheben.</p>	<p><b>Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung</b> in jeglicher gewünschten Höhe will die Union zulassen..</p> <p>Im Alter soll jeder in seinem Wohneigentum bleiben können.</p> <p><b>Doppelbesteuerung</b> von Renten soll vermieden werden.</p>	<p><b>Rentenniveau von mind. 48 %.</b></p> <p>Vollständige Abschaffung der Vollverbeitragung sowie der <b>Doppelverbeitragung von Betriebsrenten</b> in der gesetzlichen Krankenversicherung.</p>	<p><b>Rentenniveau von mind. 48 %.</b></p> <p>Die gesetzliche Rentenversicherung soll schrittweise zu einer solidarischen <b>Bürgerversicherung</b> weiterentwickelt werden.</p> <p>Die Grünen wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch einen öffentlich verwalteten <b>Bürgerfonds</b> ersetzen.</p> <p>Frauenerwerbstätigkeit soll gestärkt werden, um das Rentenniveau von Frauen zu stabilisieren.</p>	<p>„<b>Enkelfitte</b>“ Rente nach dem Baukastenprinzip: gesetzlich, betrieblich, privat. Möglichst nachhaltig finanziert durch <b>Kapitaldeckung</b>.</p> <p><b>Konzept der gesetzlichen Aktienrente</b> mit Startbonus von 1000 Euro.</p> <p>Es soll einen <b>Freibetrag bei der Grundversicherung</b> im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung geben.</p> <p><b>Zuverdienstgrenzen</b> will die FDP abschaffen; Teilrenten sollen unkompliziert möglich sein.</p> <p><b>Doppelbesteuerung von Renten</b> soll vermieden werden.</p>	<p><b>Rentenniveau von 53 %.</b></p> <p><b>Überführung der Riesterrente</b> auf freiwilliger Basis in die gesetzliche Rentenversicherung.</p> <p><b>Mindestrente von 1200 Euro.</b></p> <p><b>Stärkung der überwiegend von Arbeitgebern finanzierten betrieblichen Altersversorgung.</b></p> <p><b>Für Langzeitarbeitslose sollen Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt werden.</b></p>
<p><b>Lastengerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen herstellen</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p>Es soll eine <b>geschlechtergerechte Rente</b> geben. Unterschiedliche Arbeitszeiten und familienbedingte Tätigkeiten</p>	<p>Lösung über Steuern: Dazu wollen die Grünen <b>für neu geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung mit</b></p>	<p><b>Rentensplitting</b> erleichtern und stärker bekannt machen.</p>	<p><b>Für jedes Kind werden drei Entgeltpunkte</b> „Mütterrente“ – auf dem Rentenkonto gutschreiben.</p>

### XIII. Rente

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Familien sollen für jedes Kind 20.000 Euro Beiträge der Eltern zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen, ohne dass sich die Rentenansprüche dadurch verringern. Wurden zum Zeitpunkt der Geburten noch keine Beiträge in entsprechender Höhe gezahlt, erfolgt eine Anrechnung auf zukünftige Rentenbeiträge.</b></p>		<p>bei den Renten sollen Berücksichtigung finden.</p>	<p><b>übertragbarem Grundfreibetrag</b> einführen. Bei der Lohnsteuer soll der Zweitverdiener entlastet werden.</p>	<p>Das muss für verheiratete, verpartnerte und auch für unverheiratete Eltern möglich sein. Partner sollen flexibel über die Aufteilung entscheiden können.</p>	
<p><b>Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Ostrenten beseitigen</b></p> <p>Für die Härtefälle und groben Unbilligkeiten im Rentenüberleitungsprozess werden wir einen Ausgleich durch eine Fondslösung schaffen. Im Rahmen der Fondslösung sind den Betroffenen pauschalierte Einmalzahlungen in</p>	<p>Bei den Ansprüchen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR <b>sollen die ostdeutschen Bundesländer entlastet werden.</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Keine Position</p>	<p><b>Die Renten in Ost und West sollen sofort angeglichen werden.</b></p>



### XIII. Rente

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
angemessener Höhe zu gewähren.					
<b>Wehrdienst rentenpolitisch würdigen</b>  Mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht werden je Monat der Dienstzeit 1/12 Entgeltpunkte dem Rentenversicherungskonto gutgeschrieben.	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Schluss mit den unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen</b></p> <p>Der Schwerpunkt freiwilliger Hygienemaßnahmen und Schutzbestimmungen muss auf gefährdeten Bevölkerungsgruppen liegen. Das Tragen von Masken in Kindertagesstätten, Horten und Schulen lehnen wir ab. Die Pflicht zum Tragen einer Maske lehnen wir ab. Die unverhältnismäßigen Lockdown-Maßnahmen sind unverzüglich zu beenden.</p>	Keine Position	Keine Position	Für künftige Pandemien wollen wir <b>Stufen zur Eindämmung von Pandemien</b> definieren, <b>Pandemie-schutzpläne aktualisieren</b> und einen <b>interdisziplinären Pandemierat</b> einrichten.	Wir wollen dem <b>Robert Koch-Institut (RKI) politische Weisungsunabhängigkeit garantieren.</b>	<p><b>Es darf keine Entmachtung der Parlamente geben, keine (Selbst-) Ermächtigung der Exekutive. Politische Betätigung und Versammlungen müssen möglich bleiben.</b></p> <p>Auch das <b>Arbeitsrecht darf nicht ausgehebelt werden.</b></p>
Wir fordern die Rückkehr zu bewährten wissenschaftlichen Diagnosemethoden zur Feststellung einer Infektion. Ein Schnelltest oder PCR-Test darf nicht länger als Grundlage für Freiheitsbeschränkungen durch	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
staatlich verordnete Lockdowns, Zugangsbeschränkungen und Quarantäne sein.					
Eine verpflichtende Impfung (direkt und indirekt), Immunitätsausweise, sowie Tracking Apps und sonstige Überwachungsmaßnahmen lehnen wir ab.	Keine Position	Wir wollen die finanzielle und substanzielle Förderung der globalen Corona-Impfkampagne (COVAX).	Wir wollen Impfstoffe im Rahmen der COVAX- Allianz an einkommensschwache Länder liefern.	Keine Position	Wir wollen, dass der ÖGD auch bei der <b>Prophylaxe von Infektionen</b> durch Reihenimpfungen in Kitas, Schulen und Betrieben die tragende Rolle übernimmt.
Einsetzung eines parlamentarischen Corona-Untersuchungsausschusses.	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position
<b>Krankenhäuser und Kliniken brauchen Planungssicherheit und eine individuell auskömmliche Finanzierung</b>  Einführung eines Individualbudgets für Krankenhäuser, um	Wir wollen eine starke <b>Grund- und Regelversorgung in der Krankenhausplanung, gerade mit Blick auf den ländlichen Raum.</b>  Wir brauchen mehr mehr <b>digitale Investitionen in den Krankenhäusern</b> und auch	<b>Gewinne</b> sollen verpflichtend und weitestgehend <b>wieder in das Gesundheitssystem</b> zurückfließen.  Wir stärken die Kommunen durch <b>integrierte medizinische Versorgungszentren.</b>	Der Trend hin zu Privatisierung umgekehrt werden.  Dafür braucht es ein neues <b>Finanzierungssystem, das eine starke Säule der Strukturfinanzierung</b> beinhaltet.	Wir fordern eine nachhaltige Verbesserung der <b>Investitionsfinanzierung für maximalversorgende und kleinere spezialisierte Krankenhäuser.</b> Höhere Qualität muss durch das <b>Vergütungssystem</b> belohnt werden.	Wir fordern die <b>Abschaffung der Fallpauschalen!</b>  Die <b>Betriebskosten müssen von den Krankenkassen vollständig refinanziert werden.</b>  Gewinne aus dem Betrieb von

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>auch in strukturschwachen Gebieten wohnortnah beispielsweise Notfall- einrichtungen, Abteilungen für Geburtshilfe und insbesondere die stationäre Behandlung von Kindern zu ermöglichen.</b></p>	<p>ein <b>virtuelles Krankenhaus</b> und <b>Televisionen</b>.</p>	<p>Das System der <b>Fallpauschalen</b> werden wir auf den Prüfstand stellen.</p> <p>Die <b>Grundkosten</b> werden wir angemessen finanzieren.</p>	<p>Wir brauchen <b>Vorgaben zur Personalbemessung, Behandlungs- und Versorgungsqualität</b>.</p> <p>Die <b>Investitionsfinanzierung</b> wollen wir durch eine gemeinsame Finanzierung durch Bund und Länder verbessern.</p> <p>Es wird <b>eigene Budgets für die Notfall- und Intensivmedizin</b> geben.</p>	<p>Fehlanreize für eine Überversorgung sowie ein <b>Überangebot an Krankenhausleistungen müssen bereinigt werden</b>.</p>	<p>Krankenhäusern dürfen nicht in die Taschen von Eigentümern und Aktionären fließen.</p>
<p><b>Begrenzung privater Träger im Krankenhausbereich bei max. 60%.</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Eine <b>Ungleichbehandlung</b> von privaten, öffentlichen und konfessionellen Trägern <b>lehnen wir genauso entschieden ab</b> wie eine Planungshoheit der Krankenkassen für die Versorgungsstrukturen.</p>	<p>Wir wollen <b>Krankenhäuser in kommunale und gemeinwohlorientierte Hand</b> überführen.</p> <p>Wir fordern einen <b>Fonds des Bundes zur Rekommunalisierung</b>.</p> <p>Wir <b>kommunale Krankenhausverbände</b>.</p>
<p><b>Serviceorientierte ambulante</b></p>	<p>Wir sorgen für eine <b>digitalen</b>,</p>	<p>Wir fordern eine <b>Neuordnung der</b></p>		<p><b>Integrierte Gesundheitszentren</b> sollen</p>	<p>Wir wollen die <b>Arzt-sitze gleichmäßiger</b></p>

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Versorgung durch Beendigung der Budgetierung.</b></p>	<p><b>wohnnahen und möglichst barrierefreien Weg zur Gesundheitsversorgung.</b></p> <p>Wir wollen den flächendeckenden <b>Ausbau des psychotherapeutischen Behandlungsangebots</b> für Kinder und Jugendliche ein.</p>	<p><b>Rollenverteilung zwischen ambulanten und stationärem Sektor.</b></p>	<p>Wir fordern <b>regionale Versorgungsverbände mit enger Anbindung an die Kommunen und die Einrichtung von regionalen Gesundheitszentren.</b></p> <p>Es soll eine strikte <b>Trennung der ambulanten Gebührenordnungen EBM und GOÄ</b> geben.</p> <p>Nichtärztliche <b>Gesundheits- und Pflegeberufe</b> sollen mehr Tätigkeiten eigenverantwortlich übernehmen.</p> <p>Die <b>Vergütung von Therapieberufen</b> muss erhöht, das <b>Schulgeld für diese Ausbildungen muss abgeschafft werden.</b></p>	<p>dabei unterstützen, die regionale Grundversorgung mit ambulanten und kurzstationären Behandlungen zu sichern.</p> <p><b>Für die Dauer der Entscheidungsverfahren muss die stationäre Vergütung erhalten bleiben,</b> damit keine Patientin und kein Patient unversorgt bleibt.</p>	<p><b>verteilen und eine sektorenübergreifende Bedarfsplanung einführen, für Stadt und Land.</b></p> <p><b>Regionale Versorgungszentren</b> sollen mittelfristig zum Rückgrat des ambulanten Sektors werden</p> <p>Wir wollen die Möglichkeit prüfen, <b>Kaufpreise für Arztpraxen/Arztsitze zu begrenzen.</b></p> <p>Wir wollen einen öffentlichen Haftungsfonds, um <b>Hebammen</b> unabhängig von privaten Versicherungen zu machen.</p>
<p><b>Ein weiterentwickelter Medizinischer Dienst im Gesundheitswesen (MDG), der im Gegensatz zum bestehenden System</b></p>	<p>Wir werden das <b>Robert-Koch-Institut stärken</b> und zum deutschen Public-Health-Institut ausbauen.</p>	<p>Der öffentliche Gesundheitsdienst braucht eine bessere Ausstattung, auch bessere digitale Infrastruktur –</p>	<p>Wir wollen ein <b>Bundesinstitut für Gesundheit</b> als starke Säule der öffentlichen</p>	<p>Wir wollen die <b>Entbürokratisierung des Gesundheitswesens</b> vorantreiben.</p>	<p>DIE LINKE will eine <b>finanzielle Stärkung des ÖGD und eine bessere Koordination.</b></p>

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>paritätisch besetzt und finanziert sein wird.</p>		<p><b>Hardware ebenso wie Software, und eine konkurrenzfähige Vergütung.</b></p>	<p>Gesundheitsfürsorge aufzubauen.</p> <p>Wir wollen, dass Bund und Länder gemeinsam dafür sorgen, dass die <b>Mittel für den Öffentlichen Gesundheitsdienst schrittweise auf mindestens 1 Prozent der Gesundheitsausgaben angehoben</b> werden.</p>	<p>Dazu fordern wir eine „<b>Bepreisung</b>“ der <b>Bürokratie- und Berichtspflichten</b>. Bezahlen soll sie künftig die Person, die sie anfordert.</p> <p>Wir wollen das <b>Präventionsgesetz reformieren</b>. Wir setzen dabei auf Überzeugung statt Bevormundung.</p>	<p>Der Bund muss dafür sorgen, dass <b>Vorhaltekosten für Material und Behandlungskapazitäten</b> komplett gedeckt werden.</p> <p>Wir fordern die <b>Einführung des anonymen Krankenscheins</b> für illegale Menschen.</p>
<p><b>Medizinische Versorgung auf dem Land wiederherstellen und sichern.</b></p> <p><b>Förderung von Medizinstudenten, die sich nach dem Studium für einen gewissen Zeitraum für eine Berufstätigkeit in strukturschwachen Gebieten verpflichten.</b></p> <p><b>Medizinisches Fachpersonal muss generell mindestens über Sprachkenntnisse auf dem Sprachniveau C1 verfügen.</b></p>	Keine Position	<p>Wir werden im Rahmen eines <b>Modellprojektes des Bundes Dienstleistungszentren (DLZ)</b> in kleinen Städten und Gemeinden schaffen.</p>	<p>Die Universitätsmedizin werden wir weiter stärken – von der Spitzenforschung über die Vernetzung bei Daten und Digitalisierung bis zur Versorgung per <b>Telemedizin im ländlichen Raum</b>.</p> <p>Dort können <b>Community Health Nurses</b> wie früher die Gemeindegewestern eine große Stütze sein.</p>	Keine Position	<p>Wir wollen <b>Kommunen unterstützen, eigene Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu betreiben</b> und so die Versorgung zu sichern, gerade im ländlichen Raum.</p> <p>Dabei sollen auch andere Berufsgruppen, wie z.B. Sozialarbeiter und Anwälte, einbezogen werden.</p> <p><b>Modellprojekte wie Gesundheitskollektive</b> sollen unterstützt werden.</p>

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Die fachliche Qualifikation muss uneingeschränkt dem deutschen Standard genügen. Studien- und Ausbildungsbe- werber, die sich auf den Einsatz in unter- versorgten Gebieten festlegen, sind zu be- vorzugen.</b></p>					
<p><b>Souveränität des Pa- tienten über seine Daten herstellen:</b></p> <p>Die AfD lehnt die Schaf- fang einer zentralen Da- tenbank zur Speicherung vertraulicher Patienten- daten ab. Wir befürwor- ten eine patientennützige Speicherung von Notfall- datensätzen, einer Medi- kamentenübersicht oder einer Patientenverfügung direkt auf einer Kranken- versicherungskarte.</p>	<p>Um Innovationen für Patientinnen und Pati- enten entwickeln zu können, <b>müssen for- schende Pharmaun- ternehmen die Mög- lichkeit haben, pseu- donymisierte Ver- sorgungsdaten zu er- halten.</b></p>	<p>Es sind flächende- ckende Weiterbildungs- und Unterstützungsan- gebote unerlässlich.</p> <p>Wir wollen zudem dem <b>Schutz der Patien- tendaten</b> höchste Prio- rität einräumen.</p>	<p><b>Gesundheitsdaten sollen anonymisiert und wo nötig pseu- donymisiert der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden.</b> Die Ergeb- nisse sollen der Allge- meinheit nach dem O- pen-Data-Prinzip zur Verfügung stehen.</p>	<p>Wir benötigen <b>offene Standards, Interope- rabilität und Daten- sicherheit.</b></p> <p>Die Vernetzung zwi- schen allen Gesund- heitsakteuren sowie Pa- tientinnen und Patien- ten muss digital ausge- staltet sein.</p>	<p><b>Daten, die mit der elektronischen Ge- sundheitskarte erho- ben werden, dürfen nicht zentral gespei- chert oder online weitergegeben wer- den.</b></p>
<p><b>Beendigung des Pflegenotstands</b></p> <p>Eine leistungsge- rechte angemessene Bezahlung der</p>	<p>Auch in der Pflege gilt es, die vielfältigen <b>Chancen der Digita- lisierung</b> zum Wohle pflegebedürftiger Men- schen zu nutzen.</p>	<p>Wir wollen die <b>Kom- merzialisierung im Gesundheitswesen beenden.</b></p> <p>Unsere Ziele sind <b>allge- meinverbindliche</b></p>	<p>Wir wollen die <b>soziale Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbei- ten, die nach Tarif bezahlen.</b></p>	<p>Wir werden über eine <b>bedarfsgerechte Per- sonalbemessung</b> bis hin zu mehr Karrierech- ancen dafür sorgen, dass der Beruf wieder attraktiver wird.</p>	<p><b>Der Pflegevorsorge- fonds soll in einen Pflegepersonalfonds umgewandelt wer- den.</b></p>

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Pflegekräfte über einen Flächentarifvertrag mit steuerfreien Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen.</b></p>		<p><b>Branchentarifverträge für Pflegeberufe.</b> Wie werden über die <b>Pflegemindestlohnkommission</b> eine weitere Erhöhung der Mindestlöhne verfolgen.</p> <p>Wir werden die <b>Refinanzierung der Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen binden.</b></p>	<p>Wir wollen eine <b>Bundespflegekammer</b> einrichten.</p>	<p>Wir wollen die <b>Arbeit in der Pflege durch digitale Anwendungen, Automatisierung sowie Robotik unterstützen</b> und Pflegende dadurch entlasten.</p>	<p><b>Zusätzliche Pflegekräfte</b> können so regulär beschäftigt und besser bezahlt werden. Grundlage dafür muss ein allgemeinverbindlicher <b>Flächentarifvertrag für alle Beschäftigten</b> sein.</p> <p>DIE LINKE fordert ein <b>Fachkraftniveau von mindestens 50 Prozent in Pflegeeinrichtungen.</b></p>
<p><b>Eine verbindliche, bundeseinheitliche gesetzliche Personaluntergrenze für Pflegeeinrichtungen mit einer Pufferregelung bei kurzzeitigem „Reißen“ der strengen Messlatte.</b></p>	<p>Wir werden sowohl für die Pflegebedürftigen als auch für das Pflegefachpersonal und pflegende Angehörige bessere <b>Möglichkeiten für gut organisierte, leistungsfähige, berechenbare, zuverlässige und bedarfsgerechte Angebotsstrukturen</b> schaffen.</p> <p>Wir wollen die <b>Trägervielfalt in der Pflege als Ausdruck einer</b></p>	<p>Wir werden deshalb den Vorschlag eines neuen, <b>bundesweiten und einheitlichen Personalbemessungsrahmens</b> voranbringen.</p>	<p>Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege: <b>verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung</b>, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Ermöglichung neuer Arbeitszeitmodelle, etwa der <b>35-Stunden-Woche in der Pflege bei vollem Lohnausgleich.</b></p> <p>Die <b>Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den</b></p>	<p>Wir fordern die <b>Abkehr von reinen Pflegepersonal-Untergrenzen.</b></p> <p>Wir brauchen ein Instrument wie die „<b>Pflegepersonal-Regelung 2.0</b>“ und einen ausgewogenen Qualifikationsmix.</p>	<p><b>100 000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern und 100 000 Pflegekräfte mehr in den Pflegeheimen und 500 Euro mehr Grundgehalt!</b></p> <p>Wir brauchen <b>eine gesetzliche Personalbemessung</b> für alle Berufe im Krankenhaus und in Pflegeeinrichtungen!</p>



## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
	pluralen Gesellschaft stärken.		<b>Gesundheitsbereich</b> wollen wir beschränken, um Überlastung vorzubeugen.		In den Krankenhäusern wollen wir <b>Personalabbau und Outsourcing stoppen</b> und rückgängig machen.  Es muss gelten: <b>Ein Haus, ein Tarif!</b>
<b>Regelmäßige Überprüfung der Ergebnis- und Abrechnungsqualität in Pflegeeinrichtungen.</b>  <b>Unangekündigte Qualitätskontrollen in Kliniken und Pflegeheimen.</b>	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Der gesetzlich verankerte Anspruch auf Gewinn, der sogenannter „ <b>Risikozuschlag</b> “, <b>für den der Staat im Zweifel bezahlt, muss ersatzlos gestrichen werden.</b>  <b>Keine transnationalen Pflegekonzerne:</b> Wir brauchen eine Zulassungssteuerung, die einen Steuernachweis im Inland enthält.
<b>Förderung und Finanzierung der Ausbildung zur Pflegefachkraft und nicht nur der Pflegehilfskräfte über das Jobcenter.</b>	Zusammen mit den Ländern wollen wir eine bundesweite <b>Harmonisierung der Assistenz Ausbildung</b> in der Pflege erreichen.  Wir wollen die <b>Willkommenskultur für</b>	Die <b>vollschulischen Ausbildungen wollen wir dual ausrichten.</b> Damit werden sie <b>kostenfrei</b> und die <b>Auszubildenden erhalten eine Vergütung.</b>	Das <b>Schulgeld</b> für diese Ausbildungen muss abgeschafft werden. Die <b>Ausbildung in den Therapieberufen muss in regulären Studiengängen möglich sein.</b>	Wir setzen uns für die <b>Ausweitung von Pflegewissenschaften</b> an den Hochschulen ein.  Zur <b>Berechnung des Pflegeschlüssels</b> sollen Auszubildende	Aus- und Fortbildungen in Gesundheitsberufen müssen <b>gebührenfrei sein und Arbeitsleistungen während der Ausbildung vergütet</b> werden.

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
	<p><b>ausländische Pflegefachkräfte</b> stärken und setzen uns für eine generelle <b>Schulgeldfreiheit</b> ein.</p> <p>Wir wollen die Ausbildung in der Pflege weiter stärken, indem wir eine <b>bundesweite Vergütung der Auszubildenden in der Pflegefachassistenz-ausbildung</b> einführen.</p>		<p>Das <b>Studium der Pflegewissenschaften und der Pflegepädagogik</b> wollen wir unterstützen.</p> <p>Für die <b>Arbeit von migrantischen Haushaltshilfen und Betreuungskräften</b> wollen wir einen gesetzlichen Rahmen entwickeln.</p>	<p>künftig nicht mehr herangezogen werden.</p> <p>Auszubildende sollten bundesweit von der Zahlung von <b>Schulgeldern befreit</b> sein.</p>	
<p><b>Die AfD fordert, dass Kurzzeitpflegeplätze in den Krankenhäusern durch die Pflegeversicherung finanziert werden.</b></p> <p><b>Die stationäre Pflegebedürftigkeit ist soweit wie möglich hinauszuschieben.</b></p>	<p><b>Stationäre Pflegeeinrichtungen</b> sollen die Möglichkeit haben, passgenaue Unterstützungsleistungen für pflegebedürftige Menschen in ihrem Umfeld zu erbringen.</p>	<p>Bei der häuslichen Pflege entsteht viel Rechtsunsicherheit zu den wechselseitigen Pflichten und Rechten. <b>Wir werden bei der Pflege und der Hilfe im Alltag für rechtliche Klarheit sorgen.</b></p>	<p>Statt weiterer Großeinrichtungen sind mehr <b>ambulante Wohn- und Pflegeformen</b> nötig.</p> <p>Dafür wollen wir die <b>rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierspflege</b> schaffen.</p>	<p>Wir fordern die <b>Einführung des Liberalen Pflegebudgets.</b></p>	<p>Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, <b>Pflegeeinrichtungen in öffentliche Verantwortungen und demokratische Kontrolle</b> zu bringen.</p> <p>Für eine umfassende Planung der Pflegelandschaft wollen wir eine <b>Pflegebedarfsplanung analog zur Krankenhausbedarfsplanung</b> einführen.</p> <p><b>Ambulante Pflegedienste und Solo-Selbständige Pflegende</b> wollen wir durch</p>

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
					Organisation in gemeinnützigen Plattformen und Durchsetzung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen absichern.
<p><b>Die Unterstützung von pflegenden Angehörigen ist durch die weitgehende Angleichung des Pflegegeldes an die Pflegesachleistungen zu unterstützen.</b></p>	<p>Wir setzen uns für eine <b>Dynamisierung des Pflegegeldes</b> ein und befürworten die Einführung einer Regeldynamisierung für alle Leistungen auf Grundlage der Lohnentwicklung.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, die <b>bisherigen Leistungen für Angebote der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie Betreuungsleistungen zu einem Budget zusammenzufassen.</b></p>	<p>Unser Modell der <b>Familienpflegezeit</b> ist die vierte Säule.</p> <p>Wer Angehörige pflegt, soll dabei unterstützt werden, die Pflege mit Erwerbsarbeit zu kombinieren.</p>	<p>Wir wollen Menschen, die Verantwortung für Angehörige, Nachbarn oder Freunde übernehmen, mit der <b>Pflege-Zeit Plus</b> besonders unterstützen.</p> <p>Wir ermöglichen damit eine Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg, die pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.</p>	<p>Wir fordern den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen <b>Kurzzeitpflegeplätze sollten über ein Online-Register einsehbar sein.</b></p> <p>Und auch in der häuslichen Versorgung kann mit digitalen Anwendungen und <b>Telepflege</b> eine Entlastung geschaffen werden.</p>	<p>Wir wollen sechs Wochen Freistellung bei vollem, arbeitgeberfinanzierten Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls. Die <b>Schwellenwerte im Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz wollen wir abschaffen.</b></p> <p>Wir wollen eine Solidarische Pflegevollversicherung und <b>professionelle Tages- und Kurzzeitpflege ausbauen.</b></p>
<p><b>Zusammenlegung von sozialer Pflegeversicherung und</b></p>	<p><b>Eine Einheitsversicherung und</b></p>	<p>Wir wollen eine <b>Vollversicherung als Bürgerversicherung,</b></p>	<p>Mit einer <b>doppelten Pflegegarantie</b> wollen</p>	<p><b>An der Pflegeversicherung als Teilleistung ist festzuhalten</b></p>	<p>Wir brauchen eine <b>Solidarische</b></p>

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>gesetzlicher Krankenversicherung.</b></p>	<p><b>Schritte dahin lehnen wir ab.</b></p> <p>Wir wollen den <b>Pflegevorsorgefonds</b> bis 2050 verlängern.</p>	<p><b>die alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdeckt.</b></p> <p>Zukünftige Kostensteigerungen werden solidarisch über einen Mix aus moderat steigenden Pflegeversicherungsbeiträgen und einem dynamischen Bundeszuschuss finanziert.</p>	<p>wir die Eigenanteile schnell senken</p> <p>Mit einer <b>solidarischen Pflege-Bürgerversicherung</b> wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.</p> <p>Leistungen der sollen als <b>persönliches Budget</b> verfügbar sein.</p> <p>Der <b>Zugang zu gesundheitlicher Versorgung</b> muss auch für unversicherte Menschen gewährleistet sein, etwa durch einen <b>anonymen Krankenschein</b>.</p>	<p><b>und sie ist zudem durch Kapitaldeckungselemente zu ergänzen.</b></p> <p>Wie auch bei der Rente wollen wir ein <b>Drei-Säulen-Modell für die Pflege</b> einführen – bestehend aus der sozialen Pflegeversicherung sowie aus privater und betrieblicher Vorsorge.</p>	<p><b>Gesundheitsvollversicherung.</b></p> <p>Unsere <b>Solidarische Pflegevollversicherung</b> deckt alle pflegerischen Leistungen ab.</p> <p>Mit der <b>Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze</b> sinkt der auf weniger als 12 Prozent des Bruttolohns.</p> <p>Wir wollen die <b>Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung abschaffen</b>.</p>
<p><b>Arzneimittelversorgung verlässlich machen</b></p> <p>Die überwiegende Monopolsituation und einseitige Abhängigkeit vom Ausland wird durch die</p>	<p>Wir wollen bis 2025 eine <b>ationale Agentur für biomedizinische Forschung und Entwicklung</b> gründen.</p> <p>Wir wollen eine <b>Souveränitätsoffensive bei der</b></p>	<p>Wir sehen es als unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass die <b>Medikamente, die hier entwickelt werden, in ärmeren Ländern nicht überteuert und knapp sind.</b></p>	<p>Für <b>Herstellung entscheidender Arzneimittel</b> gilt: die Gewährleistung offener, fairer und flexibler globaler Lieferketten ist dafür Voraussetzung.</p>	<p>Engpässe in der Versorgung müssen vermieden und bekämpft werden. Hierzu soll die <b>Herstellung von Arzneimitteln nach Deutschland oder die EU zurückverlagert werden.</b></p>	<p>Wir wollen den <b>Einfluss der Pharmakonzerne zurückdrängen</b>. Wir fordern eine <b>transparente, gesetzliche Regelung über Zuwendungen der</b></p>

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Abschaffung der Rabattverträge und einer Ausweitung des Festbetragsmarktes, sowie einer Anpassung der Herstellerrabatte und eine Abschaffung der Reimportquote entgegengewirkt.</b></p>	<p><b>Medikamentenproduktion.</b> Wir wollen einen freien Handel ohne einseitige Abhängigkeiten.</p> <p>Wir fördern <b>neue Antiinfektiva und Impfstoffe.</b></p>		<p>Umwelt- und Klimaschutz sollen ein Qualitätsmerkmal bei Verträgen der Krankenkassen werden.</p> <p>Zudem wollen wir die transparente <b>Entwicklung von Impfstoffen, Medikamenten und Medizinprodukten stärker fördern</b>, auch auf europäischer Ebene.</p> <p>Wir <b>investieren in Gesundheitsforschung.</b></p>	<p>Im Mittelpunkt stehen der <b>Abbau von Bürokratiepflichten und die Prüfung von Investitionsbezuschussungen.</b></p> <p>Die innovative Vernetzung mit Start-ups und der <b>Ausbau von Hightech-Gesundheitsmedizin am Standort Deutschland</b> sind Treiber einer optimalen Patientenversorgung.</p> <p>Geistiges <b>Eigentum muss im Patentrecht strikt geschützt bleiben, auch bei Arzneimitteln.</b></p>	<p><b>Pharmaindustrie</b> an Mediziner und Heilberufe.</p> <p><b>Ergebnisse von Arzneimittelstudien müssen veröffentlicht werden.</b></p> <p>Die <b>Pharmaindustrie muss dem Gemeinwohl verpflichtet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden.</b></p> <p><b>Rabattverträge und andere Selektiv-Verträge wollen wir abschaffen.</b></p>
<p><b>Absenkung der Umsatzsteuer für Medikamente von 19% auf 7%.</b></p> <p><b>Eine Bevorratung von rezeptpflichtigen Medikamenten für mindestens zwei Monate muss von</b></p>	<p>Wir werden in Krisenfällen versorgungsrelevante Arzneimittel in ausreichender Menge in der EU zur Verfügung stellen, zum Beispiel durch eine entsprechende <b>Änderung des europäischen Vergaberechts.</b></p>	<p>Förderung der <b>Forschung zur personalisierten Medizin</b> zu erschwinglichen Preisen. <b>Maßgefertigte Produkte statt Präparate</b> "von der Stange" sind.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Wir wollen die <b>flächendeckende Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln.</b></p> <p>Wir fordern <b>faire Rahmenbedingungen</b> zwischen inländischen Apotheken sowie in-</p>	<p><b>Arzneimittelpreise</b> müssen effektiv und <b>per Gesetz begrenzt</b> werden. Alle Medikamente mit nachgewiesenem Nutzen müssen <b>vollständig erstattet</b> werden.</p>

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>den Herstellern sichergestellt werden.</p> <p>Für die Gewährleistung einer flächendeckenden und qualifizierten Versorgung mit Arzneimitteln müssen die inhabergeführten Apotheken erhalten bleiben.</p>				und ausländischen Versandapotheken.	
<p>Eine Verpflichtung zur Organspende lehnt die AfD ab.</p> <p>Der Prozess des Sterbens ist durch die bewährte Palliativmedizin und einer passiven Sterbehilfe zu begleiten.</p>	<p>Statt <b>Sterbehilfe</b> zu kommerzialisieren, werden wir dafür sorgen, dass wir den Zugang zur Hospiz- oder <b>Palliativversorgung</b> garantieren.</p>	Keine Position	<p>Wir werden die stationären Hospize und ambulanten SAPV- und Kinder- SAPV-Teams stärken und ausbauen.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass der Bundestag den mit einem Schutzkonzept verbundenen <b>Zugang zur Sterbehilfe</b> regelt.</p>	<p>Wir fordern ein <b>liberales Sterbehilfegesetz</b>. Es muss auch die Möglichkeit geben, ein letal wirkendes Medikament zu erhalten.</p>	Keine Position
<p>Verpflichtende Untersuchungen auf multiresistente Keime bei jedem stationären Krankenhausaufenthalt. Jede Klinik mit einer Intensivstation muss verpflichtend einen</p>	Keine Position	Keine Position	<p>Wir wollen durch verbesserte <b>Genehmigungs- und Entsorgungsvorschriften für Medikamente</b> die Bildung von Resistenzen und andere Gefahren von</p>	Keine Position	<p>Entsorgung von Arzneimitteln ist gefährlich. Wir wollen das <b>Rücknahmesystems von Medikamenten</b> (wieder) einführen.</p>

## XIV. Gesundheitspolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<b>klinischen Mikrobiologen beschäftigen.</b>			Arzneimittelrückständen im Wasser verringern.		
<p><b>Festbetragsregelung für medizinische Heil- und Hilfsmittel.</b></p> <p><b>Im Rahmen der freien Berufswahl muss es auch Ärzten ermöglicht werden, den Beruf des Heilpraktikers neben der ärztlichen Tätigkeit auszuüben.</b></p>	Die Kompetenzen der Heil- und Hilfsmittelbringer werden wir stärker nutzen.	Keine Position	Keine Position	Wir setzen uns dafür ein, dass auch weiterhin die Freien Berufe im Gesundheitswesen gestärkt werden. Denn die <b>Therapiefreiheit der Behandlung</b> ohne Budgetierungszwang kommt den Patientinnen und Patienten zugute.	Keine Position
<p><b>WHO grundlegend reformieren</b></p> <p><b>Die notwendigen Strukturanpassungen sollen zu einer Verschlankung der WHO und damit zu einer Absenkung der aus Steuermitteln finanzierten Beiträge und Spenden führen.</b></p>	<b>Wir wollen die WHO nachhaltig stärken, finanziell, technisch und politisch.</b>	Wir werden eine <b>souveräne Europäische Gesundheitsunion</b> mit einer starken und widerstandsfähigen Gesundheitswirtschaft in Europa schaffen, indem wir <b>Mindeststandards in der Gesundheitsversorgung</b> garantieren, einen starken Katastrophenschutzmechanismus etablieren.	Die WHO soll die koordinierende Organisation der globalen Gesundheit sein. <b>Dazu wollen wir sie mit deutlich höheren Beiträgen und einem klaren Mandat befähigen.</b>	Keine Position	Der Weltgesundheitsorganisation <b>WHO muss eine breite finanzielle Basis zur Verfügung gestellt werden.</b> Medikamente, die über Steuergelder finanzierte Forschung entwickelt werden, müssen lizenzfrei zur Nachproduktion zur Verfügung gestellt werden.

## XV. Bildung, Wissenschaft und Forschung

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Schule und Ausbildung</b></p> <p><b>Mehrgliedriges Schulsystem erhalten.</b> Wir befürworten ein differenziertes, aber durchlässiges Schulsystem, das den unterschiedlichen Begabungen der Schüler gerecht wird.</p>	<p>Die <b>Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“</b> wollen wir stärken und weiterentwickeln.</p>	<p>Der <b>Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot im Grundschulalter</b> ist ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit.</p> <p>Wir starten die <b>Bundesinitiative Chancengleichheit in der Bildung.</b></p>	<p>Unser Ziel ist, einen <b>individuellen Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -betreuung mit Qualitätsstandards</b> umzusetzen.</p> <p>Wir werden ein <b>Begleitprogramm zur Förderung einer integrierten, professionsübergreifenden Schulentwicklung</b> auf den Weg bringen.</p>	<p>Wir fordern, <b>einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren.</b></p> <p>Wir fordern <b>bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur.</b></p> <p>Wir wollen die <b>Autonomie der Schulen stärken. Jede Schule soll ein eigenes Budget erhalten.</b></p> <p>Wir wollen <b>Schulen und Kitas finanziell stärken:</b> Sockelbetrag, individuelle Bildungsgutscheine, und einen „German Dream“-Zuschuss für Kinder mit niedrigem sozioökonomischen Status.</p> <p>Wir wollen die <b>Qualität der frühkindlichen Bildung stärken.</b></p>	<p>Wir wollen eine Schule für alle: Eine <b>Gemeinschaftsschule.</b></p> <p>Bis zur Einführung fordern wir einen <b>Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung</b> in der Grundschule.</p> <p><b>Schulsozialarbeit</b> muss ein fester Bestandteil von schulischer Arbeit werden.</p> <p>Es braucht <b>10 Prozent Vertretungsreserve an Schulen.</b></p> <p><b>Alle Lehrkräfte sollen gleichgestellt werden.</b></p> <p>Wir fordern, einen <b>Sozialfonds zur besseren Ausstattung von Schulen nach Sozialindex</b> zu etablieren.</p>



## XV. Bildung, Wissenschaft und Forschung

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Neutralität der Schule wiederherstellen.</b></p> <p><b>An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben. Leitbild der schulischen Bildung muss immer der selbstständig denkende Bürger sein.</b></p>	<p>Wir werden die <b>politische Bildung</b> in allen Jahrgangsstufen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen stärken.</p>	<p>Wir werden das <b>Bundesprogramm „Demokratie leben!“</b> weiter ausbauen und hierüber Präventionsprojekte auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene fördern.</p> <p>Wir werden sie auch durch <b>Programme wie „Kultur macht stark“</b> als Teil von Bildung sichern.</p>	<p>Wir fördern die <b>Umsetzung des UNESCO-Programms Bildung für nachhaltige Entwicklung</b>, das weltweit die Integration von BNE in alle Bildungsnetzwerke und auf kommunaler Ebene vorantreiben soll.</p> <p>Es braucht <b>Bildungsprogramme zu Antidiskriminierung, Diversität, LSBTIQ* und Demokratieverständnis.</b></p>	<p>Wir fordern eine <b>Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre</b> für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament.</p> <p>Beratungs- und Selbsthilfeangebote sowie die schulische und öffentliche <b>Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wollen wir stärken.</b></p>	<p>Sofort fordern wir ein <b>Verbot von Werbung in Schulen und Kitas.</b></p> <p>Wir wollen <b>Lobbyismus in Schule und Unterricht unterbinden.</b></p> <p>Die Bundeswehr soll nicht mehr in Schulen oder Universitäten werben oder auftreten dürfen.</p>
<p><b>Digitalisierung ist kein Selbstzweck:</b></p> <p><b>Grundsätzlich benötigen Schulen eine moderne Ausstattung für den Informatikunterricht und für die Berufsausbildung in technischen Fächern. Informatikunterricht sollte an allen weiterführenden Schulen angeboten werden.</b></p>	<p><b>Digitale Kompetenz muss umfassend in den Unterricht integriert werden.</b></p> <p>Neben den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen <b>benötigen die Schülerinnen und Schüler digitale Kompetenzen und Medienkompetenz.</b></p> <p><b>Nationale Bildungsplattform aufbauen.</b></p>	<p><b>Jedem Schüler muss ein digitales Endgerät und Zugang zum Internet zur Verfügung stehen.</b></p> <p>Wir werden ein <b>Modernisierungsprogramm des Bundes</b> aufsetzen.</p> <p>Wir werden dafür sorgen, dass eine <b>einfache, unbürokratische Umsetzung der digitalen</b></p>	<p>Wir fordern eine zeitgemäße, datenschutzfreundliche digitale <b>Ausstattung</b> und Strukturen, die die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen.</p> <p><b>Hauptberufliche Administratoren</b> sind notwendig. Wir wollen, dass <b>Tablet oder Laptop selbstverständliche Lernmittel</b> sind</p>	<p>Wir fordern die <b>bundesweite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und Informatik.</b></p> <p>Wir fordern einen <b>Digitalpakt 2.0.</b></p> <p><b>Die Schule muss digital gestütztes Lernen in Präsenz genauso anbieten wie Lernen auf Distanz.</b></p>	<p><b>Jedes Kind muss einen Computer, Drucker und Internetanschluss zu Hause zur Verfügung haben.</b></p> <p>Die <b>IT-Infrastruktur an Schulen muss durch Fachpersonal betreut werden.</b></p>

## XV. Bildung, Wissenschaft und Forschung

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
Die ersten vier Schuljahre sollten vorwiegend digitalfreie Räume sein, da sie der Aneignung der grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Rechnen und Schreiben dienen.		<b>Grundausstattung für alle Schulen</b> möglich ist.	Dafür wollen wir <b>Anwendungen wie quelloffene und sichere Lernplattformen</b> fördern.		
<p><b>Förder- und Sonderschulen erhalten: Keine ideologisch motivierte Inklusion.</b></p> <p>Die AfD setzt sich für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Förderschule muss wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden.</p>	Keine Position	Keine Position	In Abstimmung mit den Ländern setzen wir uns für moderne, nachhaltige und einheitlichere Bildungsziele und die <b>Umsetzung des grundgesetzlich verbrieften Sonderschulverbots</b> ein.	Wir wollen Menschen mit Behinderung und Lernschwäche bestmöglich fördern. <b>Die Wahlfreiheit zwischen Regelunterricht und speziellen Klassen beziehungsweise Schulen soll bei Eltern und ihren Kindern liegen.</b>	<p>Bund, Länder und Kommunen müssen ein <b>Investitionsprogramm »Inklusive Bildung«</b> auflegen.</p> <p>Der <b>Rechtsanspruch auf inklusive Bildung</b> und das Recht auf das gemeinsame Lernen in einer Regelschule gehört in jedes Schulgesetz.</p> <p>Wir wollen ein <b>2-Lehrer-System</b> umsetzen, womit wir <b>Förderschulen überflüssig machen.</b></p>
<b>Berufliche Bildung stärken: Meister statt Master.</b>	Wir werden wieder mehr Gewicht auf die Ausbildung junger Menschen als Facharbeiter und Handwerker legen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.	Den <b>Lernort Berufsschule</b> werden wird stärken, vor allem im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen. Dafür schließen wir einen <b>Pakt für</b>	Wir wollen eine <b>Mindestausbildungvergütung von mind. 80 Prozent der durchschnittlichen Ausbildungsvergütungen.</b>	Wir fordern eine <b>Exzellenzinitiative Berufliche Bildung.</b>  Ein <b>Zentrum für digitale Berufsbildung</b> soll berufsbildende	Auszubildende brauchen eine <b>Ausbildungsvergütung, die zum Leben unabhängig von den Eltern reicht.</b>

## XV. Bildung, Wissenschaft und Forschung

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
		<p><b>berufsbildende Schulen</b> von Bund, Ländern und Schulträgern zusammen mit den Sozialpartnern.</p>	<p>Es sollen mehr <b>Auslandsaufenthalte für Auszubildende</b> und Studierende ermöglicht werden.</p>	<p>Schulen und ausbildende Betriebe unterstützen.</p> <p>Wir wollen Talenten der beruflichen Bildung den gleichwertigen Zugang zu den <b>Begabtenförderungswerken</b> ermöglichen.</p> <p>Wir wollen bis 2030 mindestens <b>20 Prozent aller Auszubildenden eine persönliche Auslandserfahrung</b> ermöglichen.</p> <p>Wir fordern eine <b>Zukunftsgarantie für junge Menschen</b>, die keinen Ausbildungsplatz finden können.</p>	<p><b>Schulgeld soll grundsätzlich entfallen</b> und ein am Tarif orientiertes <b>Ausbildungsgeld</b> gezahlt werden.</p> <p>Wir wollen eine solidarische <b>Umlagefinanzierung, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt</b>.</p> <p>Das Kriterium der <b>“Ausbildungsreife”</b> der Bundesagentur für Arbeit wollen wir abschaffen.</p> <p>Wir wollen eine grundlegende <b>Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG)</b>, in der ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.</p>
<p><b>Bildung und Migration</b></p> <p><b>Der Lernfortschritt einheimischer Schüler darf nicht beeinträchtigt werden.</b></p>	<p>Ab einem Alter von drei Jahren kommen <b>verbindliche Sprachstands-Tests mit qualitativ wirksamen</b></p>	<p>Alle Kinder müssen unmittelbar die Möglichkeit erhalten, eine Kita zu besuchen; auch die <b>Schulpflicht gilt unmittelbar für alle Kinder</b>.</p>	<p>Es ist wichtig, systematische Vorsorgearbeit zu leisten, Lernrückstände zu schließen und <b>deutsche wie auch muttersprachliche</b></p>	<p>Wir fordern, dass jedes Kind mindestens ein Jahr vor der Einschulung an einem <b>Deutschtest</b> teilnimmt, um ggf.</p>	<p>Wir fordern ein Programm, das vom Bund mitfinanziert wird und <b>Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften umfasst, die Deutsch als Zweitsprache</b></p>

## XV. Bildung, Wissenschaft und Forschung

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Solange die Migranten nicht hinreichend Deutsch sprechen, um am Regelunterricht teilzunehmen, ist ein Unterricht in ihrer Muttersprache eine Option.</b></p>	<p><b>Sprachförderangeboten</b> für alle Kinder hinzu.</p> <p>Für Kinder soll nach Bedarf ein <b>individueller Sprachförderplan</b> erstellt werden.</p>		<p><b>Sprachfertigkeiten zu fördern.</b></p> <p><b>Mehrsprachigkeit sollte als Reichtum begriffen werden und nicht als Defizit.</b></p>	<p><b>zielgerichtete Fördermaßnahmen</b> einzuleiten.</p>	<p><b>unterrichten.</b> Den Kommunen müssen dafür entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Wir sehen die <b>Mehrsprachigkeit</b> bei allen Jugendlichen mit Migrationshintergrund als ein Qualifikationsmerkmal. Die Muttersprache beim Erlernen weiterer Sprachen einzubeziehen ist wichtig, um in diesen Sprachen einen sicheren Stand zu erwerben. <b>Die Herkunftssprache soll bei Prüfungen als erste oder zweite Sprache anerkannt werden.</b></p>
<p><b>Deutsches Kulturgut im Unterricht vermitteln</b></p> <p><b>Für schulpflichtige Asylbewerber muss es Ziel der Beschulung sein, diese auch für die Möglichkeit ihrer Rückkehr in ihr Heimatland vorzubereiten.</b></p>	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position

## XV. Bildung, Wissenschaft und Forschung

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Keine Sonderrechte für Muslime an unseren Schulen. Kein bekenntnisgebundener Islamunterricht an deutsche Schulen.</b></p> <p><b>Kein Koranunterricht durch verfassungsfeindliche Moscheevereine.</b></p>					
<p><b>Autonomie von Hochschulen stärken, Freiheit von Forschung und Lehre bewahren</b></p> <p><b>Grundfinanzierung der Hochschulen einführen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern.</b></p>	<p>Wir bekennen uns zu einem der wichtigsten Instrumente der Wissenschaftsförderung, dem <b>Pakt für Forschung und Innovation (PFI)</b>.</p> <p><b>Unser Ziel ist: mindestens eine deutsche Universität in die Top 20 der Welt zu bringen.</b></p>	<p>Wir wollen, dass Promovierende für ihre tatsächliche Arbeitszeit bezahlt werden, unabhängig vom Fach. Es muss gelten: <b>100 Prozent Gehalt für 100 Prozent Arbeit.</b></p> <p>Wir haben den <b>Zielwert gesamtstaatlicher, also öffentlicher und privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung</b>, von drei Prozent des BIP bereits in den letzten Jahren übertroffen und wollen ihn</p>	<p>Wir wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen bis 2025 insgesamt mindestens <b>3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren.</b></p> <p>Wir wollen <b>öffentliche Drittmittel für die Forschung länger als die üblichen drei Jahre aufsetzen.</b></p> <p>Wir wollen die <b>Exzellenzstrategie</b></p>	<p>Wir fordern eine <b>Qualitätsoffensive für die Hochschullehre. Mittelzuweisungen des Bundes sollen künftig auch auf Basis qualitätsorientierter Kriterien erfolgen.</b></p> <p>Wir wollen mehr <b>Investitionen in digitale Lehrangebote.</b></p> <p>Zur Diversifikation unserer Innovationsstruktur müssen wir eine breit angelegte</p>	<p>Der Bund muss dauerhaft Mitverantwortung für die Grundfinanzierung der öffentlichen Hochschulen übernehmen.</p> <p>Wir wollen <b>Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften deutlich besser ausstatten.</b></p> <p>Dazu muss auch der wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche <b>Unter- und Mittelbau gestärkt</b> werden.</p>

## XV. Bildung, Wissenschaft und Forschung

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
		weiter auf mindestens <b>3,5 Prozent steigern.</b>	<b>kooperativ weiterentwickeln.</b>  Wir wollen den <b>Anteil der unbefristeten Mitarbeiter-Stellen, insbesondere im Mittelbau, substanzial erhöhen</b>  <b>Die Tarifsperre soll entfallen.</b>	<b>Grundlagenforschungsinitiative</b> starten.	Wir wollen <b>mehr feste Stellen neben der Professur</b> schaffen.  <b>Hochschulbau muss wieder im Grundgesetz verankert und ein Sonderprogramm für den Neubau von Wohnheimplätzen gestartet werden.</b>
<b>Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber durch Aufnahmeprüfungen auszuwählen.</b>  <b>Der durch politische Zielvorgaben zu Studienzahlen, Studienerfolg und anderen Quoten erzeugte Zwang zur Nivellierung ist zu beenden.</b>	Keine Position	Keine Position	Wir wollen <b>gezielte Förderung von Diversität an Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen.</b>	Wir wollen in der Wissenschaft für mehr Diversität sorgen, denn Forschung lebt auch vom Perspektivwechsel.  Wir möchten bessere Rahmenbedingungen an Hochschulen für Wissenschaftskarrieren von Frauen schaffen.	Jegliche Form von <b>Studiengebühren</b> für Menschen schaffen wir ab. Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen müssen überwunden werden.  Wir wollen die <b>Hochschulen öffnen</b> . Ein Studium soll schon mit einem bestandenen Fachabitur möglich sein.  Wir wollen ein <b>Mentoring-Programm für Studierende aus Nicht-Akademikerfamilien.</b>

## XV. Bildung, Wissenschaft und Forschung

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<b>Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wiedereinführen.</b>	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position
<b>Kein Geld für „Gender Studies“, keine Gender-Quoten.</b>	Keine Position	Es gilt auf allen Ebenen der Anti-Gender- Bewegung entgegenzutreten.	Wir wollen einen <b>Frauenanteil von mindestens 40 Prozent</b> auf allen Ebenen.	Keine Position	Im Kampf für Geschlechter- und soziale Gerechtigkeit stehen Frauen und LSBTIQ* auf einer Seite gegen Ausbeutung, Abwertung und Gewalt.
<b>Keine Konfuzius-Institute an öffentlichen Bildungseinrichtungen.</b>	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Die politische Einflussnahme der chinesischen Regierung soll aufgearbeitet und beendet werden.	Keine Position

## XVI. Kulturpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“</b></p> <p>Die deutsche Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und uns von anderen unterscheidet. Kulturrelativismus und Multikulturalismus führen zu einem Neben- und Gegeneinander von Parallelgesellschaften.</p>	<p><b>Kulturelle Bildung und eine lebendige kulturelle Infrastruktur gehören als Teil der Daseinsvorsorge in den Alltag aller Bürgerinnen und Bürger.</b></p>	<p>Wir wollen <b>Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern.</b></p> <p>Wir brauchen ein <b>Partizipations- und Integrationsgesetz.</b></p> <p>Den <b>interreligiösen Dialog</b> verstärken.</p>	<p>Wir müssen uns gegenseitig vor Gewalt, Hetze, Ausgrenzung, Frauenhass, Queerfeindlichkeit und Rassismus schützen.</p> <p>Also wollen wir <b>Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern.</b></p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, <b>Kultur als Staatsziel im Grundgesetz</b> durch Aufnahme des Artikels 20b mit dem Satz „Der Staat schützt und fördert Kultur“ festzuschreiben.</p>	<p>DIE LINKE tritt für eine <b>vielfältige und partizipative Kultur</b>, die allen zugänglich und für alle erschwinglich ist.</p> <p>Wir wollen <b>Kultur als Gemeinschaftsaufgabe und Staatsziel im Grundgesetz.</b></p>
<p><b>Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität</b></p> <p>Als zentrales Element deutscher Identität will die AfD die deutsche Sprache als Staatssprache im Grundgesetz festschreiben.</p>	<p><b>Die deutsche Sprache ist ein besonders wichtiger Teil unserer Identität.</b></p>	Keine Position	Wir wollen uns bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass <b>Prüfungen in leichter Sprache</b> vermehrt möglich gemacht werden.	Keine Position	Wir treten für eine <b>diskriminierungsfreie Sprache</b> ein, die der Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten gerecht wird.



## XVI. Kulturpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>Deutsch muss als Lehr- und Wissenschaftssprache erhalten bleiben.</p> <p>Sprache darf kein Spielball ideologischer Interessen sein. Es darf keine Verpflichtung zur Verwendung der sogenannten „gendergerechten Sprache“ geben. Die Verwendung der „leichte Sprache“ sollte auf kognitiv beeinträchtigte Personen beschränkt bleiben.</p>					
<p><b>Kulturförderung</b></p> <p>Die Förderung von Kultureinrichtungen muss transparent sein. Die staatliche Kulturförderung darf nicht dazu missbraucht werden, die politische Willensbildung zu beeinflussen. Vereine und Stiftungen, die staatlich gefördert werden, müssen sich zur freiheitlich-</p>	<p>Um die Folgen der Pandemie zu mildern, wird das <b>Programm „Neustart Kultur“</b> für alle Akteure und Sparten fortgesetzt.</p> <p>Mit Förderprogrammen wie etwa „<b>Kultur im ländlichen Raum</b>“, unterstützen wir die Kultur auf dem Land.</p> <p>Wir werden die <b>Förderinstrumente von</b></p>	<p>Wir werden <b>Mindestgagen und Ausstellungshonorare</b> fest etablieren.</p> <p>Wir werden die <b>Bundeskulturfonds</b> ausbauen und Programme auflegen.</p> <p>Wir verbessern die <b>Filmförderung</b> durch die Filmförderanstalt (FFA), und fortentwickeln mit der <b>Novelle</b></p>	<p><b>Förderprogramme</b> schneiden wir spezifisch auf die Bedürfnisse der Kultur- und Kreativwirtschaft zu.</p> <p><b>Die öffentliche Kulturförderung soll künftig partizipativ, inklusiv und geschlechtergerecht abgestimmt sein.</b></p> <p><b>Solo-Selbständige und</b></p>	<p>Wir setzen uns für eine <b>Erhöhung des Bundeshaushalts für die nationale und internationale Kulturförderung</b> ein.</p> <p>Wir wollen <b>Förderprogramme auch für kleinere Unternehmen und Solo-Selbständige der Kultur- und Kreativwirtschaft</b> öffnen.</p>	<p>Wir wollen die <b>Vergabe öffentlicher Fördermittel</b> an eine gute Vergütung, gute Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit koppeln. Wir streiten für <b>branchenspezifische Mindesthonorare und Ausstellungshonorare</b>.</p> <p>Die <b>Verwertungsgesellschaften</b> wollen wir reformieren.</p>

## XVI. Kulturpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
demokratischen Grundordnung bekennen.	<p><b>Bund, Ländern und der Filmförderungsanstalt stärker aufeinander abstimmen.</b></p> <p>Wir werden deshalb die <b>Künstlersozialversicherung stärken.</b></p>	<p><b>des Filmfördergesetzes.</b></p> <p>Wir werden die <b>Diversität und Geschlechtergerechtigkeit auch in Führungspositionen, Gremien und Jurys ausbauen.</b></p> <p>Wir werden Teilhabe an Kunst auch durch <b>Programme wie „Kultur macht stark“</b> sichern.</p> <p>Wir werden die <b>geistes-, sozial-, und kulturwissenschaftliche Forschung gezielt fördern.</b></p>	<p><b>Kulturschaffende sollen für die Zeit der Corona-Krise mit einem Existenzgeld von 1.200 Euro im Monat abgesichert werden.</b> Die <b>Künstlersozialkasse (KSK)</b> muss finanziell gestärkt werden.</p> <p>Bei der Besetzung von Intendanten, bei staatlich geförderten Kulturbetrieben wollen wir eine geschlechtergerechte <b>Quotenregelung</b> einführen.</p> <p><b>Ökologische Produktion</b> wird mit finanziellen Anreizen belohnt.</p>	Wir wollen <b>zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und öffentlich geförderter Kulturorganisationen in kulturelle Bildung investieren.</b>	<p>Die <b>Künstlersozialkasse</b> muss ausgeweitet werden auf neu entstandene Tätigkeitsfelder.</p> <p>Wir setzen uns für eine <b>Open-Access-Strategie auch im Kulturbereich</b> ein.</p> <p><b>Wir wollen Filme auf Dauer bewahren und zugänglich machen.</b></p> <p>Der Eintritt in vom Bund geförderte <b>Museen</b> muss kostenfrei sein.</p> <p>Wir wollen die <b>Kulturförderfonds</b> bedarfsgerecht ausstatten.</p>
<b>Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer und will die kulturpolitischen Aktivitäten des Bundes begrenzen.</b>	Für CDU und CSU ist der <b>Kulturföderalismus</b> eine bereichernde Kraft der Vielfalt, die es zu wahren gilt.	Wir wollen einen neuen <b>Kulturkonsens über die Aufgaben und Verfahren der Kulturpolitik.</b>	Eine nachhaltige (Wiederaufbau-)Strategie muss das Zuwendungsrecht reformieren sowie einen <b>Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen</b> vor Verdrängung und Abriss einrichten.	Keine Position	<p>Das <b>Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden.</b></p> <p>DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass <b>Förderprogramme des Bundes besser mit Landesprogrammen verzahnt</b> werden können.</p>

## XVI. Kulturpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
					Wir wollen einen <b>Bundeskulturminister</b> .
<p><b>Brauchtum und Gedenken</b></p> <p><b>Brauchtum wirkt identitätsstiftend und gemeinschaftsbildend. Deshalb wollen wir unser Brauchtum und unsere Mundarten pflegen, wozu lokale Kulturvereine einen wichtigen Beitrag leisten.</b></p>	Wir stehen für die Pflege und den Erhalt alter Bräuche, Trachten und Volkstänze sowie heimatlichen Liedguts. Die vier nationalen Minderheiten in Deutschland gehören zur kulturellen Vielfalt unseres Landes, die es zu bewahren gilt.	Keine Position	Wir unterstützen die Minority SafePack Initiative und wollen Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität sowie Namensführung in der EU stärken.	Keine Position	Keine Position
<p><b>Baudenkmäler und heimische Architektur prägen Heimatgefühl und kulturelle Identität.</b></p> <p><b>Die Schönheit historischer Innenstädte muss bewahrt und bei Bedarf durch Rekonstruktionen wiederhergestellt werden.</b></p>	Wir werden einen <b>Zukunftspakt für Innenstädte</b> schmieden mit einem <b>Förderprogramm „Attraktive Innenstadt“</b> , von dem auch kleinere Städte und Gemeinden profitieren.	Wir unterstützen die Städte dabei, die <b>Innenstädte lebendig zu halten</b> , durch <b>Konzepte zur Revitalisierung von Standorten</b> .	Mit einer guten Baukultur wollen wir <b>Stadtzentren und Ortskerne lebenswerter, attraktiver</b> machen.	Wir wollen <b>einen EU-weiten Kulturfond</b> . Dieser Fonds soll sich für den Denkmalschutz einsetzen.	Wir fordern eine <b>neue ausgerichtete Städtebauförderung</b> des Bundes. Schwerpunkt der Investitionen soll auf Zukunftsaufgaben liegen.

## XVI. Kulturpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Die deutsche Geschichte ist in ihrer Gänze zu würdigen. Die offizielle Erinnerungskultur darf sich nicht nur auf die Tiefpunkte unserer Geschichte konzentrieren, sie muss auch die Höhepunkte im Blick haben.</b></p> <p><b>Wir wenden uns gegen die zunehmend aggressiven Versuche einer ideologisch geprägten, moralisierenden Umdeutung der Geschichte, die sich an der Schleifung von Denkmälern und Umbenennung von Straßen festmacht.</b></p> <p><b>Die AfD setzt sich besonders gegen die Schmähung des Deutschen Kaiserreichs ein, das fakenwidrig diffamiert wird.</b></p>	<p>Mit der <b>Stiftung „Orte der deutschen Demokratieggeschichte“</b> werden wir an historischen Orten Rückschau auf demokratische Sternstunden halten.</p> <p>Das <b>Bundesprogramm „Jugend erinnert“</b> wollen wir ausbauen.</p>	<p>Wir werden <b>kleine Initiativen und Gedenkort stärker unterstützen.</b></p> <p>Wir werden die <b>Bundesstiftung Aufarbeitung</b> zur Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur stärken.</p> <p>Wir unterstützen das <b>Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit.</b></p>	<p><b>Bisher wenig beachtete Opfergruppen</b> der Nazis wie die sogenannten „Asozialen“, „Berufsverbrecher“ und „Euthanasie“-Opfer wollen wir durch eine <b>angemessene Entschädigung</b> anerkennen.</p> <p>Auch die SED-Diktatur soll durch den <b>Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen</b> weiter aufgearbeitet werden.</p> <p><b>Erinnerungsorte</b> werden wir in Bundesträgerschaft fördern.</p>	<p>Die <b>Stärkung der historischen Orte mit mehr digitalen Angeboten und innovativen Vermittlungskonzepten</b> ermöglicht es, Brücken zu bauen.</p> <p>Wir wollen eine <b>Rücknahme jener Teile des Kulturgutschutzgesetzes (KGSG).</b></p> <p>Illegaler Handel mit Kulturgut muss wirksam bekämpft werden.</p>	<p>Die Aufarbeitung des Kolonialismus muss präsenter werden. Wir engagieren uns für eine differenzierte Aufarbeitung der Geschichte der DDR.</p> <p>Wir wollen einen zentralen <b>Gedenkort für die Millionen Opfer der deutschen Besatzungspolitik.</b></p> <p>Wir wollen lebendige <b>Erinnerungskulturen fördern, die an den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft orientiert sind.</b></p>
Die Debatte um eine angeblich	Die Provenienzfor-	Wir werden die Ent-	Durch eine zentrale	Keine Position	Kolonialismus muss
	schung vor allem	wicklung einer	Erinnerungs- und		endlich als

## XVI. Kulturpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>notwendige „Dekolonisierung“ unserer Kultur, stellt das Selbstverständnis unserer kulturellen Identität insgesamt infrage.</p> <p>Die AfD stellt sich als einzige politische Kraft dieser Demontage unserer historisch-kulturellen Identität entgegen.</p>	<p>zum NS-Kunstraub wie auch zu Kulturgutentziehungen während der SED-Diktatur und des Kolonialismus bleiben kulturpolitischer Schwerpunkt.</p>	<p>postkolonialen Erinnerungskultur fördern.</p> <p>Zu ihr gehören ein veränderter Umgang mit kolonial belastetem Sammlungsgut in Museen.</p>	<p>Lernstätte werden wir die Kontinuitäten des Kolonialismus ins Bewusstsein rücken.</p> <p>Dazu sind die kritische Aufarbeitung der kolonialen Verbrechen und die Dekolonisierung öffentlicher Räume zentral.</p> <p>Gleichzeitig muss sich die deutsche Erinnerungskultur für die vielfältigen Erfahrungen und Geschichten der Menschen in Deutschland öffnen.</p> <p>Wir wollen außerdem rechtliche Regelungen für die Rückgabe von Raubkunst der NS- und der DDR- Zeit schaffen.</p>		<p>Unrechtsherrschaft anerkannt werden.</p> <p>Die Bundesregierung muss für den Völkermord an den OvaHerero und Nama angemessene Entschädigung leisten.</p> <p>Kultur- und Naturobjekte müssen in die Herkunftsländer zurückgeführt werden.</p> <p>Raubkunst der Nazis muss zurückgegeben werden.</p>

## XVII. Medienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk neugestalten</b></p> <p>Die AfD will den Rundfunkzwangsbeitrag abschaffen und den Medien-Staatsvertrag kündigen, um eine grundlegende Reform zu ermöglichen. Am Ende soll ein stark reduzierter Anbieter stehen.</p> <p>Dieser „Grundfunk“ hat nur die Aufgabe, die Bürger flächendeckend mit neutralen Inhalten aus den Sparten Information, Kultur und Bildung zu versorgen. Wichtig bleiben regionale Inhalte.</p> <p>Die Finanzierung erfolgt durch eine Abgabe, die insbesondere Technologiekonzerne, die audiovisuelle Inhalte verbreiten, sowie Video-Streaming-</p>	<p>Wir setzen uns für eine Reform des ÖRR ein.</p> <p>Wir wollen anregen und ermöglichen, dass Rundfunkanstalten stärkere Kooperationen eingehen.</p>	<p>Wir werden die <b>Rahmenbedingungen privatwirtschaftlichen Medienschaffens</b> unterstützen.</p> <p>Wir werden <b>Journalismus im Gemeinnützigkeitsrecht verankern</b>, so dass auch die <b>Stiftungsfinanzierung</b> möglich ist.</p>	<p><b>Wir stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle. Weil er von allen finanziert wird, muss er auch alle erreichen.</b></p> <p>Wir setzen uns für Vielfalt bei den <b>Rundfunkräte</b> ein.</p> <p>Qualitätsjournalismus braucht Verbesserungen bei Quellenschutz und Auskunftsansprüchen.</p> <p>Die Öffnung der Künstlersozialkasse für Journalisten samt Beitragspflicht für Medienplattformen ist auch wichtig.</p>	<p>Wir wollen einen moderneren und schlankeren öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR).</p> <p>Konkurrenz zu jedem Internet-Angebot privater Presse- und Medienhäuser ist nicht Aufgabe des ÖRR.</p> <p>Wir fordern ein <b>Presseauskunftsgesetz auf Bundesebene</b>.</p>	<p><b>Der Öffentlich-Rechtliche ist als Mediengrundversorgung für alle unentbehrlich.</b></p> <p>Ein <b>Teil der Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag</b> sollte dafür genutzt werden, um nichtkommerzielle Angebote Dritter zu finanzieren.</p> <p>Die <b>Rundfunkräte</b> müssen demokratisiert und quotiert werden.</p>

# XVII. Medienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Dienste zu leisten haben.</b></p>					
<p><b>Meinungsfreiheit statt Tugendterror: „Cancel Culture“ bekämpfen</b></p> <p><b>Jede Zensur von Meinungsäußerungen ist ein Angriff auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit. Eine Vormachtstellung in den sozialen Medien und im Bildungswesen darf nicht dazu missbraucht werden, die politische Willensbildung einseitig zu beeinflussen.</b></p> <p><b>Das Internet muss als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten bleiben. „Faktenprüfer“ und Meinungswächter dürfen keine staatliche Finanzierung erhalten.</b></p> <p><b>Über Subventionen, Unternehmensbeteiligungen und regierungspolitische Werbefinanzierung beeinflusst die Regierung auch die privaten Medien. Diese parteipolitische Medien-</b></p>	<p>Unser Ziel ist es, die <b>Medien- und Nachrichtenkompetenz aller Bürgerinnen und Bürger zu stärken.</b></p> <p>Private und öffentlich-rechtliche audiovisuelle Medienangebote sollen auf modernen Medienplattformen einfacher auffindbar sein.</p> <p>Vgl. „Neutralität der Schule wieder herstellen“ in Kapitel XV (Bildung); sowie Forderungen zum Datenschutz und sozialen Plattformen im Kapitel XIX (Klima, Energie, Technik und Digitalisierung).</p>	<p>Wir werden <b>Initiativen für den Schutz der Pressefreiheit</b> sowie der Arbeit von Journalisten und Medienunternehmen verstärken.</p> <p>Wir wollen barrierefreie Angebote ausbauen.</p> <p>Vgl. „Neutralität der Schule wieder herstellen“ in Kapitel XV (Bildung); sowie Forderungen zum Datenschutz und sozialen Plattformen im Kapitel XIX (Klima, Energie, Technik und Digitalisierung).</p>	<p>Wir wollen <b>Hasskriminalität im Netz</b> und Falschinformationen wirksamer bekämpfen.</p> <p>Hier könnte der gezielte Einsatz von repräsentativen, zivilgesellschaftlichen Plattformräten eine Möglichkeit sein. Wir fordern ein <b>Gesetz für digitalen Gewaltschutz.</b></p> <p>Vgl. „Neutralität der Schule wieder herstellen“ in Kapitel XV (Bildung); sowie Forderungen zum Datenschutz und sozialen Plattformen im Kapitel XIX (Klima, Energie, Technik und Digitalisierung).</p>	<p><b>Kommunikationsgrundrechte schützen nicht vor gesellschaftlichen Konflikten</b> oder anderen Ansichten. Leider nehmen Straftaten, Hass und Hetze im Internet weiter zu.</p> <p>Vgl. „Neutralität der Schule wieder herstellen“ in Kapitel XV (Bildung); sowie Forderungen zum Datenschutz und sozialen Plattformen im Kapitel XIX (Klima, Energie, Technik und Digitalisierung).</p>	<p><b>Desinformationen müssen bekämpft werden.</b></p> <p>Medienschaffende müssen vor Übergriffen, Verfolgung und Gewalt geschützt werden.</p> <p>Vgl. „Neutralität der Schule wieder herstellen“ in Kapitel XV (Bildung); sowie Forderungen zum Datenschutz und sozialen Plattformen im Kapitel XIX (Klima, Energie, Technik und Digitalisierung).</p>

## XVII. Medienpolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Beeinflussung Lehren wir ab. Beteiligungen an Medienunternehmen von Parteien wollen wir verbieten.</b></p> <p><b>Die übersteigerte Politische Korrektheit verschleiert die Wahrheit, tabuisiert unliebsame Themen und erstickt durch Sprach- und Denkverbote die freie Information und Diskussion.</b></p> <p><b>Das Zusammenrücken der Altparteien zu einem politischen Meinungskartell hat die linke Dominanz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und privaten Mainstream-Medien verfestigt.</b></p> <p><b>Auch die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist gefährdet. Berufliche Sanktionen, soziale Achtung und gewaltsame Übergriffe lassen die verfassungsrechtlich garantierten Freiheitsrechte zur Theorie verkümmern. Dies hat sich in der Corona-Krise in erschreckender Weise gezeigt.</b></p>					



## XVII. Medienpolitik

---

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE

## XVIII. Bauen Wohnen Mieten

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Baurecht</b></p> <p>Die AfD fordert die Reduktion der überzogenen Standards und Vorgaben im Baurecht, die Streichung der Energieeinsparverordnung und den Brand-, den Wärme- und den Schallschutz auf ein notwendiges Mindestmaß zurückzuführen.</p>	<p>Ein Bauantrag für Wohnimmobilien soll regulär zwei Monate nach Antragstellung abschließend bearbeitet sein.</p> <p>Wir wollen <b>mehr Flächen für den Wohnungsbau mobilisieren</b>.</p> <p>Die <b>energetische Sanierung</b> unseres Gebäudebestands ist ein Muss. Gleichzeitig müssen vor allem <b>Mieter vor finanzieller Überlastung geschützt</b> sein.</p> <p>Außerdem werden wir die <b>KfW-Programme</b> attraktiver gestalten.</p>	<p>Mit dem <b>CO<sub>2</sub>-Preis</b> wollen wir vor allem Investitionen lenken und <b>Vermieter zur Modernisierung motivieren</b>.</p> <p>Wir haben das Ziel, dass <b>bis 2030 fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme</b> (z.B. Wärmepumpen) versorgt werden.</p>	<p>Wir streben an, die <b>Modernisierungsumlage</b> auf maximal 1,50 € pro qm zu begrenzen.</p> <p>Die <b>Sanierungsquote muss sehr schnell verdoppelt und weiter gesteigert werden</b>. Für den Bestand muss gelten: <b>Bei jedem Eigentümerwechsel muss ein Sanierungsfahrplan vorgelegt werden</b>.</p> <p>Wir legen dazu ein <b>Investitionsprogramm für zwei Millionen hocheffiziente Wärmepumpen bis 2025</b> auf.</p>	<p>Wir wollen einen <b>Baukosten-TÜV</b> einführen.</p> <p>Wir wollen die <b>Genehmigungsverfahren vor dem Bauen beschleunigen</b>.</p> <p>Die <b>Bauordnungen aller Länder müssen harmonisiert werden</b>.</p> <p>Wir wollen den <b>digitalen Bauantrag einführen</b>, um die Bearbeitung zu vereinfachen.</p>	<p>Wir wollen <b>bis 2040 einen klimaneutralen Gebäudebestand garantieren</b>. Der <b>Altbaubestand muss bis 2040 nahezu vollständig energetisch saniert werden</b>.</p> <p><b>Aufschläge auf die Miete sollen nur noch in Höhe der erreichten Einsparungen bei Heizung und Warmwasser zulässig sein</b>.</p> <p>Öffentlichen Boden wollen wir nur noch in Erbbaurecht vergeben.</p>
<p>Die <b>Grunderwerbsteuer auf selbstgenutzte Wohnimmobilien ist ersatzlos zu streichen</b>.</p>	<p>Den Ländern werden wir ermöglichen, einen <b>Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer</b> von 250.000 Euro pro Erwachsenen plus 100.000 Euro pro Kind zu gewähren.</p>	<p>Wir werden die Umgehung der Grunderwerbsteuer (<b>Share Deals</b>) beenden.</p>	<p>Wir streben an, die Courtage deutlich zu reduzieren. Dazu wollen wir den Ländern ermöglichen, den Steuersatz der <b>Grunderwerbsteuer</b> zu flexibilisieren.</p>	<p>Wir wollen bei der <b>Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen einführen</b>. Für mehr Steuergerechtigkeit wollen wir</p>	<p>Wir fordern eine <b>Reform der Grunderwerbsteuer</b>. Dadurch werden <b>Share-Deals</b> weitgehend unattraktiv.</p>

## XVIII. Bauen Wohnen Mieten

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
				Share Deals verhindern.	
<p><b>Erwerb von Wohnimmobilien durch Käufer ohne deutsche Staatsbürgerschaft, deren Hauptwohnsitz im Ausland liegt, soll über eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 20 Prozent erschwert werden.</b></p>	Keine Position	Wir werden die Eigentümerstrukturen über ein zentrales <b>Immobilienregister</b> transparent machen.	Wir planen, Transparenz durch ein <b>Immobilienregister</b> der Eigentümer einzuführen, und <b>Bargeld beim Immobilienkauf zu verbieten</b> .	Keine Position	<p><b>Gewinne durch Spekulation und Immobilienverkäufe</b> werden wir stärker besteuern und abschöpfen.</p> <p>Zudem fordern wir ein öffentlich einsehbares <b>Immobilienregister</b>.</p>
<p><b>Die Grundsteuer und Gebühren wie die EEG-Umlage und die GEZ-Gebühren (Haushaltsabgabe) sind zu streichen.</b></p> <p><b>Der Ausgleich der Grundsteuer an die Gemeinden ist vom Bund zu leisten.</b></p>	<b>Als erstes schaffen wir die EEG-Umlage ab.</b>	Um den Einsatz erneuerbarer Energien zu unterstützen, werden wir die <b>EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen</b> .	Über das <b>Energiegeld</b> geben wir alle zusätzlichen Einnahmen transparent an die Menschen zurück. Die <b>EEG-Umlage wird damit langfristig automatisch auslaufen</b> .	Wir wollen die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß senken. Die <b>EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wollen wir schrittweise abschaffen</b> .	Wir wollen eine strukturelle <b>Reform des EEG</b> und den Ökostromanteil auf 80 Prozent bis zum Jahr 2030 und auf 100 Prozent bis 2035 erhöhen.
<b>Wohneigentumsförderung</b>	Unser Ziel ist, dass <b>bis 2025 mehr als 1,5</b>	Keine Position	Wir wollen <b>Mietkauf für selbstgenutztes</b>	Wir wollen ein <b>Baulücken- und</b>	

## XVIII. Bauen Wohnen Mieten

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Staatliche Wohnungsunternehmen sollen Mietern ihre Wohnung zum Kauf anbieten.</b></p>	<p><b>Millionen neue Wohnungen</b> entstehen.</p> <p>Als Investitionsanreiz werden wir die derzeit befristeten <b>Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau verlängern.</b></p>		<p><b>Wohneigentum über die Länder und Kommunen fördern.</b></p>	<p><b>Potentialflächenkataster</b> einführen.</p> <p>Der Bund muss die Länder zu einer <b>Entbürokratisierung des Dachausbaus</b> und der Dachaufstockung anhalten und ein entsprechendes Förderprogramm auflegen.</p>	<p>Wir wollen einen <b>Rekommunalisierungsfonds</b> aufsetzen.</p>
<p><b>Insbesondere für junge Familien ist das Erbbaurecht als kostengünstiger Einstieg in das Eigentum auszubauen.</b></p>	<p>Wir werden das <b>KfW-Wohneigentumsprogramm für Familien</b> ausweiten. Wer Kinder hat, soll stärker davon profitieren.</p> <p><b>Attraktive Mietkaufmodelle</b> sollen vor allem jungen Menschen mit geringerer Kapitalausstattung helfen.</p>	<p>Wir werden anstreben, dass <b>öffentliches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau</b> zur Verfügung gestellt wird.</p> <p>Wir werden in angespannten Wohnlagen den <b>Erwerb von Genossenschaftsanteilen erleichtern.</b></p> <p>Wir werden <b>Mietkaufmodelle fördern und ein Programm „Jung-Kauft-Alt“</b> für den Erwerb von Bestandsimmobilien auflegen.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Keine Position</p>

## XVIII. Bauen Wohnen Mieten

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei Vergabe von Wohnbauland bevorzugt werden, um mehr Bürgern den Einstieg in das Wohneigentum zu erleichtern.</b></p>	Keine Position	<p>Mit der Schaffung von <b>Bodenfonds unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke</b> erhalten Kommunen ein Instrument für die nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau.</p>	<p>Beteiligungen an Genossenschaften und anderer gemeinschaftlicher Projekte wollen wir unterstützen.</p> <p>Wir wollen die <b>Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln.</b></p>	Keine Position	<p>Öffentlichen Boden wollen wir nur noch in Erbbaurecht vergeben. Wir fordern ein <b>Ankaufprogramm in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich.</b></p> <p>Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und das Bundeseisenbahnvermögen (BEV) wollen wir auf soziale, ökologische und gemeinnützige Zwecke festlegen.</p> <p>Das <b>Vorkaufsrecht der Kommunen</b> wollen wir stärken.</p>
<p><b>Staatliche Bürgschaften als Eigenkapitalersatz für bis zu 10% des Objektwertes sollen den Kauf von Wohnraum erleichtern.</b></p>	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position	Keine Position
<p><b>Steuerliche Sonderabschreibung für die eigengenutzte Immobilie.</b></p>	Keine Position	Wir werden einen Planungswertausgleich einführen, um leistungslose Bodenwertgewinne	Keine Position	Die <b>lineare Abschreibung muss von zwei auf drei Prozent erhöht werden.</b>	Keine Position

## XVIII. Bauen Wohnen Mieten

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
		der Allgemeinheit zu- kommen zu lassen.			
<p><b>Mehr Wohngeld statt Sozialer Wohnungsbau</b></p> <p>Der bisherige soziale Wohnungsbau ist gescheitert, er kann nur einen Bruchteil der Berechtigten erreichen. Er führt zu Fehlbelegungen und verursacht hohe Kosten für den Steuerzahler.</p> <p>Einkommenschwache Mieter sollen mit Wohngeld unterstützt werden.</p> <p>Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen.</p>	Wir werden das <b>Wohngeld ab 2022 regelmäßig anpassen.</b>	<p>Nach wie vor ist der <b>Neubau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich erforderlich.</b></p> <p>Daneben führen wir eine <b>neue Wohnungsgemeinnützigkeit ein.</b></p>	<p>Wir werden <b>mit einer neuen Wohnungsnützigkeit für eine Million zusätzliche Mietwohnungen sorgen.</b></p> <p>Die noch vorhandenen <b>bundeseigenen Bestände</b> sollen verbilligt an Kommunen abgegeben werden. So wollen wir in den nächsten zehn Jahren den <b>Bestand an Sozialwohnungen um eine Million erhöhen.</b></p>	Wir wollen den Zugang zum freien Wohnungsmarkt mithilfe des <b>Wohngeldes</b> erleichtern.	<p>Mit 15 Milliarden Euro im Jahr wollen wir dagegenhalten – indem wir den <b>sozialen Wohnungsbau retten.</b></p> <p><b>Ehemalige Kasernen umwandeln in Sozialwohnungen.</b></p> <p>Mit der <b>Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit</b> können <b>bis zu 250 000 Sozialwohnungen</b> pro Jahr entstehen.</p> <p>Wir wollen kurzfristig eine <b>Klimakomponente</b> bei den Kosten der Unterkunft und Heizung einführen.</p>
Die AfD steht für ein ausgewogenes Mietrecht und lehnt staatliche	Unser Ziel ist, dass <b>bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue</b>	In angespannten Wohnlagen werden wir ein zeitlich befristetes	Wir wollen das <b>Recht auf Wohnen ins Grundgesetz</b> aufnehmen.	Wir wollen die <b>Mietpreisbremse abschaffen</b> und einen	Wir wollen <b>Mietendeckel im gesamten Bundesgebiet möglich machen.</b>

## XVIII. Bauen Wohnen Mieten

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die Mietpreisbremse oder den Mietendeckel ab.</b></p>	<p><b>Wohnungen</b> entstehen.</p>	<p><b>Mietenmoratorium</b> einführen.</p> <p><b>Mietwucher</b> werden wir wirksam unterbinden.</p> <p>Das Instrument des qualifizierten <b>Mietspiegels</b> wollen wir bundesweit nach einheitlichen und damit rechtssicheren Kriterien ausgestalten.</p>	<p><b>Die Mietpreisbremse muss entfristet</b> und nachgeschärft werden.</p> <p>Die <b>Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf Mieter schaffen wir ab.</b> Außerdem stärken wir das <b>kommunale Vorkaufsrecht auf Basis eines Ertragswerts.</b></p> <p><b>Mietwucher</b> muss – nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden.</p>	<p>bundesweiten <b>Mietendeckel verhindern.</b></p>	<p>Wir wollen einen <b>Mietendeckel für Kleingewerbe</b> sowie für gemeinnützige Träger einführen.</p> <p>DIE LINKE ist Teil der Kampagne »<b>Deutsche Wohnen &amp; Co enteignen</b>«.</p> <p>Der Bund soll neue Mietshäusersyndikate fördern.</p> <p>Wir wollen ein weitgehendes <b>Umwandlungsverbot</b> von Miet- in Eigentumswohnungen. Mietwohnungen dürfen nicht als <b>Ferienwohnung</b> angeboten werden. .</p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Klimapolitik – dem Klimawandel positiv begegnen</b></p> <p>Das Ziel der Bundesregierung, die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf faktisch Null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau der Gesellschaft („Große Transformation“ / „Great Reset“) und bedroht unsere Freiheit immer mehr. Die AfD lehnt dieses Ziel und einen Gesellschaftsumbau ab.</p> <p>Bei allen Klimamaßnahmen muss das Verhältnis von Aufwand und Nutzen stärker berücksichtigt werden. Der Anspruch auf eine deutsche Vorbildfunktion bei der „Klimarettung“ ist anmaßend.</p>	<p>Mit dem Green Deal machen wir <b>Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent</b> der Welt.</p>	<p>Die <b>sozial-ökologische Transformation</b> erfordert umfangreiche <b>Investitionen</b>.</p> <p>Wir werden künftig <b>noch mehr nachhaltige Staatsanleihen</b> auflegen.</p> <p>Wir werden <b>Europa bis spätestens 2050 zum ersten nachhaltigen und treibhausgasneutralen Kontinent</b> machen.</p>	<p>Öffentlich-rechtliche Banken, Versicherer und Pensionsfonds müssen eine <b>Vorreiterrolle bei der grünen Finanzwende und der Transformationsfinanzierung</b> einnehmen.</p> <p>Die <b>Bundesverwaltung</b> muss klimaneutral werden.</p>	<p>Mehr <b>German Mut für mehr Klimaschutz</b> und mehr nachhaltige Entwicklung.</p>	<p>Wir streiten für einen <b>ökologischen und sozialen Systemwechsel</b>.</p> <p>Wir schlagen ein <b>Sofortprogramm gegen die soziale und Wirtschaftskrise</b> vor.</p> <p><b>Ohne soziale Gerechtigkeit kann keine große Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft gelingen.</b></p>
<p><b>Den Klimaschutzplan 2050 der</b></p>	<p>Wir setzen verbindlich die</p>	<p>Wir müssen die globale Erderwärmung auf</p>			<p>Wir fordern die <b>Energiewende mit 100%</b></p>



# XIX. Klima, Energie, Technik und Digitalisierung Klima

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Bundesregierung und Dekarbonisierungs-Maßnahmen lehnt die AfD ab.</b></p>	<p>Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 um. So schaffen wir unseren deutschen Beitrag, um international den <b>1,5 Grad-Pfad</b> zu beschreiten.</p> <p>Unser Ziel ist, die <b>Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren</b>, im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen.</p>	<p>möglichst <b>1,5 Grad Celsius</b> begrenzen und dazu <b>Deutschland bis spätestens 2045 komplett klimaneutral</b> machen.</p> <p>Unser <b>Minderungsziel für 2030 werden wir deutlich (auf 65 %) anheben; auch für 2040 werden wir ein Minderungsziel festschreiben (88 %)</b></p>	<p>Zentrale Grundlage unserer Politik ist das 1,5-Grad-Limit.</p> <p>Wir werden <b>das deutsche Klimaziel 2030 auf mindestens minus 70 Prozent anheben</b>. Unser Ziel ist es, <b>100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035</b> zu erreichen. Wir wollen <b>Klimaschutz systematisch in unsere Rechtsordnung aufnehmen und im Grundgesetz verankern</b>.</p>	<p>Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel des <b>1,5 Grad-Limits</b>.</p> <p>Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO<sub>2</sub>-Limit.</p> <p>Den Weg dorthin überlassen wir dem deutschen <b>Erfindergeist</b>.</p> <p>So können wir <b>Klimaschutz marktwirtschaftlich und wissenschaftlich sicher erreichen</b>.</p>	<p><b>Erneuerbaren bis 2035.</b></p> <p>Wir wollen den <b>Kohlausstieg bis spätestens 2030</b>.</p> <p>Die genannten Ziele müssen in einem <b>Klimaschutzgesetz</b> festgeschrieben werden.</p> <p>Wir fordern, dass <b>Klimaschutz als Erweiterung der Grundrechte in der Verfassung</b> aufgenommen wird.</p>
<p><b>Die AfD fordert einen öffentlichen, freien Diskurs über die Ursachen von Klimaveränderungen und die verheerenden Folgen einer Dekarbonisierung.</b></p>	Keine Position	Keine Position	Als hochentwickelter und exportorientierter Industriestaat <b>gehört Deutschland zu den Hauptverursachern globaler Erwärmung</b> .	Keine Position	Der <b>Klimawandel wird nicht von den Menschen gemacht, sondern von den Reichen</b> .
<p><b>Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen.</b></p>	Die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, das	Wir müssen die globale Erderwärmung auf weit unter zwei Grad halten	Wir stellen in einer künftigen Regierung das <b>Pariser</b>	Wir wollen die Möglichkeit nutzen, Projekte in anderen Staaten zu finanzieren und die	Das <b>Pariser-Klimaabkommen war ein Minimalkonsens</b> zwischen den Staaten.

# XIX. Klima, Energie, Technik und Digitalisierung Klima

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Deutschland muss aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.</b></p>	<p><b>Pariser Klimaschutzabkommen und die Menschenrechte sind unser Leitbild.</b></p>	<p>und möglichst auf 1,5 Grad Celsius begrenzen.</p>	<p><b>Klimaabkommen in den Mittelpunkt.</b></p>	<p>entsprechenden Treibhausgasreduktionen auf die eigenen Ziele anzurechnen. <b>Artikel 6 des Pariser Abkommens</b> sieht das ausdrücklich vor.</p>	<p>Auf UN-Ebene wollen wir einen <b>Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus</b> einrichten.</p>
<p><b>Jegliche Form der CO2-Steuerung ist abzuschaffen.</b></p>	<p>Wir streben einen umfassenden <b>europäischen Emissionshandel</b> an.</p> <p>Die <b>Einnahmen</b> werden wir an die Bürger und an die Betriebe <b>zurückgeben</b>. Als erstes schaffen wir die EEG-Umlage ab.</p> <p><b>Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO2-Reduktion sollen künftig steuerlich besser abgesetzt werden können.</b></p>	<p>Wir werden die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die <b>Einnahmen aus der CO2-Bepreisung</b>.</p> <p>Mit dem Ansteigen des CO2-Preises werden wir für weitere sozial gerechte <b>Ausgleichsmaßnahmen</b> sorgen.</p>	<p>Mit einer deutlichen <b>Reduktion von Emissionszertifikaten</b> und der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt erreichen wir einen angemessenen CO2-Preis..</p> <p>Wir wollen die <b>Erhöhung des CO2-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen</b>. Die Einnahmen geben wir als <b>Energiegeld</b> pro Kopf an die Menschen zurück.</p>	<p>Wir wollen den <b>EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geografisch ausweiten</b>.</p> <p>Wir wollen <b>deutsche Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen durch klimapolitische Maßnahmen schützen</b>.</p> <p>Als <b>Übergangslösung</b> unterstützen wir die EU darin, eine <b>WTO-konforme Weiterentwicklung des „Carbon Leakage“-Schutzes</b> einzuführen.</p>	<p>Ungerechtfertigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel und im Erneuerbare-Energien-Gesetz müssen entfallen.</p> <p>Auf EU-Ebene unterstützen wir eine <b>Reform des EU-Emissionshandels</b>.</p>

# XIX. Klima, Energie, Technik und Digitalisierung Technik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Technischen Fortschritt begrüßen</b></p> <p>Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen auf der Grundlage des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik zu formulieren. Sicherheit und Wirtschaftlichkeit jeder Technik ist durch die Anwender sicherzustellen.</p> <p>Darum fordert die AfD, den Herausforderungen der Gegenwart technologieoffen zu begegnen.</p>	<p>Wir wollen die <b>Innovationen technologieoffen vorantreiben.</b></p>	<p>Wir wollen Innovationsstandort bleiben, mit <b>klimaneutralen Produkten und Technologien.</b></p>	<p>Forschung und <b>Innovationen für klimagerechtes Wirtschaften</b> wollen wir stärker fördern.</p>	<p>Wir fordern <b>technologieoffene Gesetze und Verordnungen im Fahrzeugbau.</b></p> <p>Wir wollen die <b>Energiewende stärker innovativ, technologieoffen</b>, international und als Gesamtsystem denken.</p>	<p><b>Forschung und Wissenschaft müssen zur Lösung von sozialen Spaltungen, Klimawandel und Umweltproblemen beitragen.</b></p>
<p><b>Im Bereich der privatwirtschaftlichen Luft- und Raumfahrt</b> setzt sich die AfD für Wettbewerb ein und will den Rahmen für federführende Unternehmen und eine europäische Zulieferindustrie schaffen, um konkurrenzfähig zu bleiben.</p>	<p>Die deutsche Luftverkehrswirtschaft soll zum <b>Technologieführer für das klimaneutrale Fliegen</b> werden.</p> <p>Wir werden <b>das Luftfahrtforschungsprogramm ausbauen.</b></p>	<p>Auch werden wir Forschung, Entwicklung und <b>Pilotprojekte</b> vorantreiben.</p>	<p>Nach der Pandemie wollen wir <b>kein Zurück zum unbegrenzten Wachstum des Luftverkehrs.</b></p> <p><b>Kurzstreckenflüge</b> wollen wir bis 2030 überflüssig machen.</p> <p>Die Zahl von <b>Mittel- und</b></p>	<p>Deutschland benötigt faire <b>Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Luftverkehr.</b></p> <p>Wir brauchen einen <b>einheitlichen europäischen Luftraum.</b></p>	<p>Wir fordern einen <b>Mobilitätskonzern Deutsche Bahn-Luft-hansa.</b></p> <p>Wir treten für ein striktes <b>Nachtflug-Verbot von 22 bis 6 Uhr</b> ein.</p> <p>Wir wollen ein <b>Verbot von Flügen auf Destinationen, die mit</b></p>

# XIX. Klima, Energie, Technik und Digitalisierung Technik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
			<p><b>Langstreckenflügen</b> gilt es zu vermindern.</p> <p>Das Fliegen wollen wir nachhaltig machen.</p> <p><b>Lohndumping</b> durch Billigflüge muss beendet werden.</p>		<p><b>dem Zug in bis zu 5 Stunden erreichbar sind.</b></p> <p>Den sozialen und ökologischen <b>Dumpingwettbewerb im Luftverkehr</b> wollen wir unterbinden.</p>
<p><b>Wir unterstützen die Fortsetzung und den Ausbau nationaler und internationaler Raumfahrtprogramme zur weiteren Erschließung des Weltraumes für die Wissenschaft, als Rohstoffquelle und als möglicher neuer Lebensraum für den Menschen.</b></p>	<p>Wir setzen auf den <b>Aufbau eines Newspace-Ökosystems und den starken deutschen Raumfahrtmittelstand.</b></p> <p>Wir werden ein <b>Weltraumgesetz</b> beschließen.</p> <p>Wir werden uns für eine <b>nachhaltige Nutzung des Weltraums</b> einsetzen.</p>	Keine Position	<p>Wir wollen die <b>Europäische Weltraumorganisation (ESA) und den Bereich New Space stärken</b> und uns für einen europäischen und neuen <b>internationalen Rechtsrahmen einsetzen.</b></p>	<p>Wir wollen ein wegweisendes <b>Weltraumgesetz</b>, das den Unternehmen die notwendige Sicherheit für ihre Zukunftsinvestitionen gibt.</p> <p><b>Start-ups sowie kleine und mittelständische Unternehmen wollen wir gezielt einbinden.</b></p>	Keine Position
<p><b>Wir wollen eine Aufklärungsinitiative über den heute schon sichtbaren Nutzen der Gentechnik ins Leben rufen und einen pragmatischen</b></p>	Keine Position	Wir bleiben beim <b>Nein zu gentechnisch veränderten Pflanzen.</b>	Wir werden <b>an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip festhalten.</b>	<p>Für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen müssen spezielle <b>Zulassungskriterien</b> gelten.</p> <p>Ebenso setzen wir uns für die zügige</p>	<p>DIE LINKE will <b>Patente auf Leben verbieten.</b></p> <p>Wir wollen den <b>Anbau und den Handel mit sowie den Import von gentechnisch</b></p>

# XIX. Klima, Energie, Technik und Digitalisierung Technik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Ordnungsrahmens für diese Technik schaffen.</b></p>			<p>Wir wollen <b>keine Patente auf Lebewesen und ihre genetischen Anlagen</b> mehr erlauben.</p> <p>Wir setzen uns zudem für <b>gentechnikfreie Lieferketten</b> ein.</p>	<p><b>Zulassung von In-vitro-Fleisch in der EU</b> ein.</p>	<p><b>veränderten Pflanzen verbieten.</b></p> <p><b>Klonen von Tieren muss verboten bleiben.</b></p> <p>Wir wollen eine <b>Kennzeichnung von importierten Lebensmitteln.</b></p>
<p><b>Generelle Verbote von Kunststoffen lehnen wir ab und setzen uns für deren intelligente Nutzung und verstärkte Wiederverwertung ein.</b></p> <p>Die AfD setzt sich für die Schaffung von <b>Kompetenzzentren</b> zur Erforschung von <b>Abfallbeseitigungs- und Rohstoffrückgewinnungstechniken</b> ein. Dies gilt auch für <b>Kunststoffe</b>, da der überwiegende Teil zur <b>Energieerzeugung</b> wiedergewonnen oder dem</p>	<p>Wir wollen <b>Exporte von Abfällen</b> zur bloßen Entsorgung verbieten.</p> <p>Dazu gehört ein <b>Deponieverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle</b> und vor allem <b>kunststoffhaltige Abfälle</b>.</p>	<p>Wir wollen <b>umweltfreundliche und recycelbare Lösungen</b> einfordern.</p>	<p><b>Kreislaufwirtschaft</b> wird das neue Normal.</p> <p>Das <b>Verpackungsgesetz wird zum Wertstoffgesetz</b>, das Müllvermeidung und hochwertiges Recycling fördert.</p> <p><b>Plastikmüll soll nicht mehr regulär exportiert werden.</b></p> <p><b>Besteuerung von Plastik</b> und Digitalkonzernen soll den EU-Haushalt stärken.</p>	<p>Wir wollen <b>technologieoffenes Recycling</b> in Deutschland ermöglichen und Abfälle zu neuen Rohstoffen machen.</p> <p>Wir wollen das <b>chemische Recycling</b> zulassen.</p>	<p>Wir wollen eine <b>Ressourcenverbrauchsabgabe für nicht erneuerbare Primärrohstoffe und Einwegverpackungen</b> einführen.</p> <p><b>Abfallentsorgung darf nicht privatisiert werden.</b></p> <p>Es soll <b>standardisierte Mehrwegsysteme</b> geben.</p>

# XIX. Klima, Energie, Technik und Digitalisierung Technik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
Stoffkreislauf wieder zugeführt wird.					
<p><b>International muss jedoch das Problem der Verschmutzung der Meere vor allem durch die Verringerung des Eintrages in den Entwicklungsländern gelöst werden. Mit wettbewerbsfähigen Wiederaufbereitungstechnologien könnte Deutschland hier einen wichtigen Beitrag leisten.</b></p>	<p>So wollen wir <b>die Zusammenarbeit gegen die Meeres- und Umweltverschmutzung intensivieren.</b></p> <p>Wir unterstützen künftig die <b>Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Altlastenbeseitigung.</b></p>	<p>Wir müssen die zunehmende Plastikflut zurückdrängen und dabei <b>unnötiges Plastik vermeiden und abschaffen.</b></p>	<p>Wir wollen ein <b>international verbindliches Abkommen zum Stopp der Plastikvermüllung</b> unserer Meere auf den Weg bringen sowie ein <b>Sofortprogramm mit ehrgeizigen Müllvermeidungszielen</b> auflegen.</p> <p>Wir wollen ein <b>umweltverträgliches Abfischen von Müll</b> aus dem Meer ermöglichen.</p>	<p>Zur Abhilfe müssen <b>vorhandene Konzepte entschlossen umgesetzt und innovative Lösungen entwickelt</b> werden.</p>	<p>Mindestens <b>50 Prozent der Schutzräume müssen aus der wirtschaftlichen Nutzung genommen werden.</b></p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Energiepolitik – Nein zum „Green Deal“</b></p> <p>Wir lehnen den „Green Deal“ der EU, sowie jegliche weiteren Formen von Planwirtschaft ab.</p> <p>Die sichere Energieversorgung eines Industrielandes erfordert einen breiten Energie-mix. Eine komplette Umstellung unserer Energieversorgung auf volatile „erneuerbare“ Energielieferanten ist unökologisch, unrealistisch und daher abzulehnen.</p>	<p>Wir setzen auf marktwirtschaftliche Instrumente, auf <b>Anreize statt auf Verbote, auf Innovationen und Wettbewerb.</b></p> <p>Wir werden den <b>Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend voranbringen.</b></p>	<p>Wir werden dafür sorgen, dass wir unseren <b>Strom spätestens bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien</b> beziehen.</p>	<p>Unser Ziel ist es, <b>100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035</b> zu erreichen.</p> <p>Unser Ziel ist ab sofort ein <b>jährlicher Zubau von mindestens 5 bis 6 Gigawatt (GW) Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035.</b></p> <p>Im Bereich <b>Solarenergie</b> werden wir den <b>Ausbau von beginnend 10 bis 12 GW auf 18 bis 20 GW pro Jahr steigern</b> ab Mitte der 20er.</p>	<p>Wir wollen eine <b>naturwissenschaftlich fundierte Energiepolitik, die auf Innovation, Wettbewerb und hohe gesellschaftliche Akzeptanz</b> setzt.</p> <p>Wir wollen ein regelmäßiges Monitoring (<b>Stresstest</b>) für <b>Versorgungssicherheit mit Energie</b> und dazu klare Kriterien gesetzlich festschreiben.</p>	<p><b>Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden – bürgernah und in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum.</b></p> <p>Wir setzen uns für die <b>Einrichtung einer alternativen »Europäischen Gemeinschaft zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeinsparung«</b> ein.</p> <p><b>Bis 2035 wollen wir den gesamten Strom aus erneuerbaren Quellen beziehen.</b></p>
<p><b>EEG ersatzlos streichen und die Vorrang einspeisung beenden.</b></p> <p>Die AfD lehnt das neue GEG (Gebäudeenergiegesetz) ab, denn es führt zu</p>	<p><b>Als erstes schaffen wir die EEG-Umlage ab.</b></p>	<p>Wir werden die <b>EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen</b> und aus dem Bundeshaushalt finanzieren.</p>	<p>Wir streben neben der <b>Senkung der EEG-Umlage</b> ein Energiegeld an, das jeder Bürger erhält.</p>	<p><b>Die EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wollen wir schrittweise abschaffen.</b></p>	<p>Für zusätzliche Entlastungen wollen wir einen <b>Energiewendefonds</b> auflegen.</p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
weiteren Mietsteigerungen ohne angemessene ökologische Verbesserungen.					
Sogenannte Energiepflanzen wollen wir nicht mehr fördern und Ackerflächen stattdessen wieder für den Nahrungsmittelanbau nutzen. Alternativ können diese Flächen der Natur zurückgegeben werden.	Keine Position	Keine Position	Es braucht eine <b>umfassende Biomassestrategie</b> , damit die Produktion und der Import von Biomasse zur Energieerzeugung oder für Tierfutter nicht zur Zerstörung der Artenvielfalt führt.	Keine Position	Keine Position
<b>In Wäldern und Schutzgebieten dürfen keine Wind- und Solaranlagen mehr errichtet werden. Vorrangflächen für Windenergieanlagen sollen nur bei breiter Zustimmung der betroffenen Bürger ausgewiesen werden.</b>  <b>Der Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung muss das 10-fache der Gesamthöhe, mindestens</b>	Wir fördern den <b>naturverträglichen Ausbau von Wind</b> onshore und offshore sowie das Repowering von Anlagen.  Hierzu streben wir an, dass <b>Flächen explizit für Erneuerbare Energien ausgewiesen werden.</b>	Wir wollen dafür sorgen, dass <b>alle dazu geeigneten Dächer eine Solaranlage</b> bekommen.	Unser Ziel sind <b>1,5 Millionen neue Solardächer in den kommenden vier Jahren</b> . Deshalb werden wir <b>Solardächer fördern</b> und zum Standard machen.  Auch bei der <b>Windkraft</b> müssen wir schneller vorankommen, zum Beispiel indem wir den <b>Ausbau außerhalb der Ausschreibungen</b> stärken.	Wir bekennen uns außerdem nachdrücklich zum „ <b>Multi-Use-Ansatz</b> “ <b>bei Windparks auf dem Meer</b> , damit Fischerei zukünftig auch in „Offshore-Windparks“ möglich ist.	Investoren müssen verpflichtet werden, den <b>Standortgemeinden eine Beteiligung an neuen Windkraftanlagen, Photovoltaik-Kraftwerken und Energiespeichern</b> anzubieten.



# XIX. Klima, Energie, Technik und Digitalisierung Energiepolitik

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>jedoch 2,5 km, beitragen.</p> <p>Anlagen, die nach 20 Jahren aus der Förderung gefallen sind, sollen ohne Subventionen und Einspeisevorrang am Markt teilnehmen. Ein Rückbau von Windenergieanlagen hat vollständig zu erfolgen, inklusive der Betonfundamente.</p>			<p>Wir bauen unsere Offshore- Parks weiter aus und verbinden sie in der <b>Europäischen Energieunion</b> mit den Solarparks der Mittelmeerstaaten.</p>		
<p>Die Laufzeit der in Deutschland noch verbliebenen sechs aktiven Kernkraftwerke muss sich nach der technischen Nutzungsdauer und ökonomischen Kriterien richten. Eine Abschaltung aus anderen Gründen lehnen wir ab.</p> <p>Verwertbare Kernkraftwerk-Reststoffe sollten für eine zukünftige Nutzung rückholbar gelagert werden („geschlossener Brennstoffkreislauf“). Das vollständig erforschte und</p>	Keine Position	<p><b>Der Ausstieg aus der Atomenergie ist Ende nächsten Jahres bereits vollzogen.</b></p>	<p>Wir werden den <b>Atomausstieg in Deutschland vollenden.</b></p> <p>Unser Ziel ist es, die <b>Atomfabriken in Gronau und Lingen</b> schnellstmöglich zu schließen.</p> <p><b>Auch in der EU wollen wir den Einstieg in den Ausstieg vorantreiben.</b></p> <p>Der Rückbau der bestehenden <b>Atomkraftwerke</b> muss</p>	Keine Position	<p>Der <b>Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz</b> festgeschrieben und alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke müssen unverzüglich abgeschaltet werden.</p> <p>Wir setzen uns für den <b>Atomausstieg in Europa</b> und überall auf der Welt ein.</p> <p>Den <b>Im- und Export von Uranbrennstoffen</b> wollen wir verbieten.</p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>uneingeschränkt geeignete Endlager in Gorleben soll schnellstmöglich in Betrieb genommen werden.</p> <p>Die AfD fordert die Wiedereinrichtung von Kernforschungszentren und umfangreiche Beteiligung an internationalen Kernforschungsprojekten. Die AfD tritt ein für die Neueinrichtung von sicheren Kernkraftwerken, um Energieknappheit für den Industriestandort Deutschland und seine Bürger zu vermeiden.</p>			<p>schleunigst und ohne Zeitverzögerung auf höchstem Sicherheitsniveau erfolgen.</p>		<p>Die <b>Kosten für die Stilllegung und den Rückbau</b> von Atomanlagen müssen die Atomkonzerne tragen.  <b>Keine Lagerung im »Endlager« Schacht Konrad in Salzgitter.</b></p>
<p>Die AfD setzt sich für die Verstromung von Braun- und Steinkohle als grundlast- und regelfähige Energiequelle ein. Deutschland hat die weltweit saubersten und effizientesten Kohlekraftwerke. Daher lehnen wir die Ausstiegspläne aus der</p>	<p>Wir stehen zum vereinbarten Kohle-Kompromiss.</p>	<p>Auch der Kohleausstieg ist beschlossene Sache.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, den <b>Kohleausstieg bis 2030</b> zu vollenden.</p> <p>So setzen wir auf einen nationalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im ETS für Industrie und Strom von 60 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>.</p>	<p>Keine Position</p>	<p><b>Kohleausstiegs-gesetz</b> mit folgenden Eckpunkten:</p> <p><b>2030 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz.</b> Der Neubau von Kohlekraftwerken wird verboten.</p> <p>In vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen wollen wir</p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<b>Kohleverstromung ab.</b>					<p><b>Transformationsräte</b> einrichten.</p> <p><b>Entschädigungen an Betreiber</b> nur für nachzuweisende tatsächliche Mehrkosten infolge eines vorgezogenen Kohleausstiegs.</p> <p><b>Tagebaue müssen wieder nutzbar gemacht und Kosten von den Konzernen übernommen</b> werden.</p>
<p><b>Die Bevorzugung und Förderung einer Wasserstoffwirtschaft lehnen wir ebenso ab, wie die einseitige Förderung der Elektromobilität.</b></p>	<p><b>Deutschland zum Wasserstoff-Land Nr. 1 machen.</b></p> <p>Deshalb gilt es nun, die umfassende <b>Wertschöpfungskette zur Wasserstoffherzeugung</b> aufzubauen.</p>	<p>Wir werden <b>Deutschland bis 2030 zum Leitmarkt für Wasserstofftechnologien machen.</b></p>	<p>Mit Marktanreizen und einem umfassenden <b>Förderprogramm</b> werden wir die Kapazitäten zur Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen.</p> <p>Für die Wasserstoffimporte werden wir <b>faire Kooperationen mit wind- und sonnenreichen Ländern</b> anstoßen.</p>	<p>Wir wollen <b>Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe neben Strom als zweite Säule des künftigen Energiesystems aufbauen.</b></p> <p>Für den Hochlauf setzen wir neben grünem Wasserstoff auch auf <b>CO2-neutralen Wasserstoff aus Erdgas.</b></p>	<p>Wir wollen <b>jährlich 1 Mrd. Euro einsetzen zur Förderung der Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft.</b></p> <p>Wir setzen uns für ein <b>Importverbot von nicht ökologischem Wasserstoff</b> ein.</p>
<b>Für die Sicherstellung der</b>	Wir wollen Innovationszyklen beschleunigen,	Keine Position	<b>Neue Gaskraftwerke</b> darf es überhaupt nur	Daher müssen wir jetzt eine <b>europäische</b>	Keine Position

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Energieversorgung benötigen wir weitere flexible Gaskraftwerke. Dazu ist die Gasversorgung durch die Fertigstellung des Projektes Nord Stream 2 zu sichern. Auch die Anlandung von Flüssiggas muss ermöglicht werden.</b></p>	<p><b>Power-to-X-Technologien</b> zielgerichtet fördern und einen <b>Marktrahmen für klimaneutrale Gase</b> schaffen.</p> <p>Zudem werden wir die <b>LNG-Technik ausbauen und ein Importterminal für verflüssigte Gase</b> realisieren.</p>		<p>geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits <b>Wasserstoff-ready</b> geplant und gebaut werden.</p> <p>Neue <b>Hafenterminals zur Anlandung von Flüssigerdgas</b> sollen nicht mehr genehmigt werden.</p>	<p><b>Strategie für den Import klimaneutraler Gase und Kraftstoffe</b> schaffen.</p> <p>Wir fordern wegen Navalny ein <b>Moratorium für den Weiterbau von „Nord Stream 2“</b>.</p>	

Afd	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Digitalisierung, Datenschutz und Datensicherheit</b></p> <p>Als freiheitliche und demokratische Partei wendet sich die Afd jedoch gegen jeglichen Missbrauch digitaler Techniken, die zur Überwachung oder Bevormundung von Bürgern und Unternehmen führen. Rechtsstaatliche Prinzipien müssen auch im digitalen Bereich gelten: im Internet, in sozialen Medien und Plattformen.</p>	<p>Wir müssen <b>Online-Sicherheit und Schutz der Grundrechte</b> gewährleisten.</p> <p>Wir werden einen <b>Digital-TÜV</b> vor die Gesetzesberatung setzen.</p>	<p>Wir werden ein dauerhaftes, regelmäßiges und unabhängiges <b>Monitoring der Gesetze im Sicherheitsbereich</b> schaffen.</p>	<p><b>Sicherheitsgesetze müssen auf den Prüfstand.</b></p> <p><b>Vorratsdatenspeicherung</b> und Online-Durchsuchung lehnen wir ab.</p> <p>Wir streiten für eine technisch und personell gut ausgestattete und zielgerichtete <b>Polizeiarbeit auf klaren Rechtsgrundlagen.</b></p> <p>Die <b>digitale Kompetenz in den Sicherheitsbehörden</b> wollen wir stärken.</p>	<p>Wir lehnen die potentiell lückenlose <b>digitale Überwachung der Menschen durch den Einsatz von „Staatstrojanern“</b> ab</p> <p><b>Der Staat darf keine Sicherheitslücken für Ermittlungszwecke aufkaufen.</b></p> <p>Wir fordern Quick Freeze statt anlassloser <b>Speicherung personenbezogener Daten.</b></p> <p>Wir fordern eine <b>Überwachungsgesamtrechnung bei jedem Gesetzgebungsverfahren im Sicherheitsrecht.</b></p> <p>Vorab fordern wir ein <b>Sicherheitsgesetz-Moratorium.</b></p>	<p>Die <b>Vorratsdatenspeicherung</b> muss verboten werden. Den <b>Export von Überwachungstechnologie</b> wollen wir verbieten.</p> <p><b>Digitale Gewalt im Netz</b> muss juristisch anerkannt und verfolgt werden.</p> <p>Die <b>Impressumpflicht für Nicht-kommerzielle Webseiten</b> wollen wir abschaffen.</p> <p><b>Nicht-kommerzielle Vervielfältigung</b> und Nutzung urheberrechtlich geschützter Software darf nicht kriminalisiert werden.</p> <p><b>Wir fordern Netzneutralität im GG.</b></p>
<p><b>Abschaffung des NetzDG.</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p>Wir setzen uns für verbindliche Regelungen auf europäischer Ebene (<b>Digital Service Act</b>) ein.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Wir wollen das <b>Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) abschaffen</b> und durch</p>	<p>Keine Position</p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
				einen Regulierungsmix ersetzen.	
<b>Upload-Filter verhindern.</b>			<b>Eine Verpflichtung zum Einsatz von Uploadfiltern lehnen wir ab.</b>	<b>Den Einsatz von Uploadfiltern lehnen wir ab.</b>	Den Einsatz von Uploadfiltern lehnen wir ab.
<b>Soziale Plattformen müssen verpflichtet werden, einen diskriminierungsfreien Zugang zu ermöglichen und inhaltliche Neutralität zu wahren. Entscheidungen über die Rechtmäßigkeit von Inhalten auf Plattformen sollen regelmäßig nicht mehr beim Betreiber liegen. Die Justiz allein hat die Befugnis und die Fähigkeiten, über die Zulässigkeit von Inhalten zu entscheiden. Eine zentrale Meldestelle, an die sich von Rechtsverletzungen auf Plattformen betroffene Bürger und Einrichtungen wenden können. Auf</b>	<b>Das virtuelle Hausrecht in den Nutzungsbedingungen der Diensteanbieter darf nicht dazu genutzt werden, die politische Willensbildung zu beeinflussen.</b>  Wir wollen einen klaren <b>Rechtsrahmen auf europäischer wie auf Bundesebene für digitale Plattformen</b> schaffen.	Es muss <b>Alternativen zu den großen Plattformen</b> geben – mit echten Chancen für lokale Anbieter.  Wir werden <b>Plattformen für den regionalen Handel und regionale Dienstleistungen fördern.</b>  <b>Selbstlernende Systeme und Algorithmen</b> müssen <b>transparent</b> werden.  <b>Wir sind gegen eine Klarnamenpflicht im Netz.</b>  Wir wollen konsequentes Vorgehen gegen <b>Hasskriminalität, Betrug und andere Straftaten.</b>	Wir wollen <b>Hasskriminalität im Netz</b> und das bewusste Verbreiten von <b>Falschinformationen</b> wirksamer gesetzlich bekämpfen.  <b>Plattformbetreiber sind für Inhalte haftbar.</b> Der <b>Einsatz von Plattformräten</b> könnte helfen  Wir wollen ein <b>Gesetz für digitalen Gewaltschutz.</b>  Für <b>Porno-Plattformen</b> müssen besondere Sorgfaltspflichten gelten.  <b>Unternehmen sollen auch unabhängig von einem</b>	Gatekeeper-Unternehmen müssen einer speziellen Regulierung unterworfen werden.  Wir unterstützen die Pläne zur Schaffung eines <b>Digital Markets Act</b> auf Ebene der Europäischen Union.  Der Staat steht hier in der Pflicht, <b>bei Hass und Hetze entscheiden zu handeln.</b>  <b>Opfer von Straftaten im Internet</b> sollen einen <b>Auskunftsanspruch gegen Plattformen und Internetprovider</b> erhalten.  Wir bekennen uns zur <b>Netzneutralität.</b>	Wir brauchen ein <b>Kartellrecht, das auch online scharfe Zähne hat:</b> Monopole müssen zerschlagen werden.  Wir wollen <b>Plattformgenossenschaften und öffentlich-rechtlich betriebene Plattformen als Alternativen</b> fördern.  Durch ein <b>Plattformstrukturgesetz</b> wollen wir Selbstbegünstigung der IT-Unternehmen verbieten, Datenschutz sicherstellen sowie die <b>Interoperabilität.</b>  <b>Auch kommerzielle Software muss ihren Quellcode mitliefern.</b>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
Länderebene soll es Schwerpunkt-Justizzentren für die Rechtsdurchsetzung im Netz geben.			<p><b>Missbrauch aufgespalten werden können</b>, wenn ihre Marktmacht zu groß wird.</p> <p><b>Algorithmische Entscheidungssysteme</b> dürfen nicht diskriminierend wirken.</p>		<p><b>Wettbewerber sollen ein Zugriffsrecht auf Daten von Plattformen bekommen, die auf Datenmonopolen basieren.</b></p> <p>Wir brauchen eine spezielle <b>Regulierungsbehörde</b>.</p>
<p><b>Datenschutz und Datensicherheit: Die AfD fordert die Abschaffung der DSGVO und seine Ersetzung durch ein neues, schlankes Datenschutzgesetz. Einwilligungen zur Datenverarbeitung müssen jederzeit und wirksam widerrufbar sein.</b></p> <p><b>Datenschutzbehörden will die AfD in ihrer Rolle bestärken und auch gegenüber staatlichen Stellen sanktionsfähig machen, da der Staat dieselben Datenschutzregeln wie</b></p>	<p>Datensicherheit und Datenschutz sind Grundpfeiler zur Sicherung von Vertrauen in digitale Lösungen.</p> <p><b>Grundsätzliche Fragen</b> sollen einmalig und EU-weit verbindlich auf europäischer Ebene entschieden werden.</p> <p>Auch werden wir <b>das gesamte bürgerliche Vertragsrecht, insbesondere den elektronischen Rechtsverkehr, modernisieren.</b></p>	<p>Wir brauchen gut ausgestattete, effektiv arbeitende <b>Datenschutzaufsichtsbehörden.</b></p> <p><b>Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik</b> werden wir stärken.</p> <p>Softwareprodukte müssen sicher sein: <b>Security by Design</b> und <b>Security by Default.</b></p>	<p>Wir werden <b>europäisch einheitliche Zertifizierungen</b> vortreiben.</p> <p>Vor allem KMUs sollen sehr viel stärker durch ein dezentrales und unabhängiges <b>IT-Beratungsnetzwerk</b> unterstützt werden.</p> <p>Die <b>Unabhängigkeit des BSI</b> stärken wir.</p>	<p>Die informationelle Selbstbestimmung wollen wir erleichtern.</p> <p>Ebenfalls sollte die <b>informationelle Selbstbestimmung auch im AGB-Recht gestärkt</b> werden.</p> <p>Wir brauchen <b>zielgenauere datenschutzrechtliche Regelungen.</b></p> <p>Mittelfristig wollen wir – wie im Telefonnetz – eine <b>Interoperabilität</b> erreichen.</p> <p>Wir wollen einen <b>EU-weiten Rechtsrahmen für</b></p>	<p>Die Verantwortung für <b>Sicherheit der Daten</b> muss „<b>by design</b>“ gewährleistet sein.</p> <p>Die <b>Haftung der Hersteller für IT-Sicherheit muss ausgeweitet werden. Per Verordnung muss Security by Design und by Default vorgeschrieben werden.</b></p> <p>Der <b>Aufkauf von Informationen über und Beauftragung von Sicherheitslücken</b> in IT-Systemen durch Geheimdienste muss verboten und unterbunden werden.</p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>der Bürger einzuhalten hat.</p>				<p><b>nichtpersonenbezogene Daten</b> schaffen. Eine <b>generelle Datenteilungspflicht</b> lehnen wir ab,</p> <p>Wir setzen uns für ein <b>Recht auf Verschlüsselung</b> ein.</p>	<p>Geschäftsbedingungen müssen <b>allgemeinverständlich</b> sein.</p> <p>Die <b>Datenschutzgrundverordnung</b> muss <b>verstärkt</b> werden.</p>
<p><b>Digitale Infrastruktur:</b> Die AfD fordert die Förderung regionaler Strukturen auch beim Glasfaser- und Funknetzausbau nach dem Vorbild des „nationalen Roamings“. Der Netzübergang zwischen Betreibern muss für Nutzer unbemerkt und kostenneutral erfolgen.</p>	<p>Unser Ziel ist es, bis <b>spätestens 2024</b> alle weißen Flecken mit stationären oder mobilen Masten zu versorgen.</p> <p>Wir werden den <b>Netzausbau</b> durch eine unbürokratische, digitale und rasche Genehmigungspraxis beschleunigen.</p> <p>Alles muss <b>vom Dorf</b> aus erreichbar sein!</p> <p>Wir arbeiten mit Hochdruck an <b>Gigabit-Anschlüssen</b> und einer flächendeckenden <b>Mobilfunkanbindung</b>.</p>	<p><b>Deutschland soll 2030 über eine digitale Infrastruktur auf Weltniveau verfügen.</b></p> <p>Die Selbstbestimmung und <b>digitale Mündigkeit der Bürger</b> ist unser Leitbild, damit die Digitalisierung allen zugutekommen kann.</p> <p>In den 2020er Jahren muss Deutschland zur <b>„Gigabit-Gesellschaft“</b> werden. Also werden wir eine <b>Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde</b> garantieren.</p>	<p>Jetzt wollen wir einen <b>Rechtsanspruch auf schnelle Internet-Grundversorgung.</b></p> <p>Die <b>Netzneutralität</b> wollen wir weiter absichern und konsequent durchsetzen..</p> <p>Beim <b>Mobilfunkausbau</b> gilt es eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen</p> <p>Wir wollen eigene europäische Standards und Regeln setzen und eine gemeinsame <b>europäische Cloud-Infrastruktur auf Basis von Open-Source-Technologien</b> realisieren.</p>	<p>Wir fordern eine flächendeckende und <b>hochleistungsfähige Mobilfunkabdeckung</b> durch echten Wettbewerb.</p> <p>Wir wollen <b>Gigabit-Gutscheine für Privathaushalte</b> sowie kleine und mittlere Unternehmen. Damit schaffen wir einen wirkungsvollen <b>Anreiz für Investitionen in den Gigabit-Netzausbau.</b></p>	<p>Dazu müssen die <b>Breitband- und Mobilfunknetze in öffentliche Hand</b>.</p> <p>Wir fördern den <b>Breitbandausbau mit Investitionen von 10 Mrd. Euro jährlich.</b></p> <p>Wir wollen ein <b>einheitliches Mobilfunknetz</b> aus einer Hand, <b>Netzausbau und -betrieb soll deswegen durch die öffentliche Hand erfolgen. Die Telekommunikationsunternehmen können ihre Dienstleistungen über das öffentliche Netz anbieten.</b></p>



AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
	Wir werden integrierte Lösungen für ländliche Regionen entwickeln und in „ <b>Digitalen Dörfern</b> “ modellhaft umsetzen.				<b>Öffentliches WLAN in den Kommunen</b> und öffentlichen Gebäuden wollen wir durch Freifunk ausbauen.
<b>Der 5G-Netzausbau muss bei künftiger Nutzung höherer Frequenzen im Hinblick auf gesundheitliche Risiken auch weiterhin durch laufende wissenschaftliche Untersuchungen begleitet werden.</b>	Wir werden mit der von uns gestarteten Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft <b>bis 2025 ein flächendeckendes 5G-</b> bereitstellen.	Keine Position	Bei <b>5G</b> wollen wir die Integrität unserer kritischen Infrastruktur, die <b>digitale Souveränität Europas</b> , Menschenrechte und Privatsphäre schützen.	Bis zum Jahr <b>2025 ist der bundesweite Aufbau von 5G-Netzen</b> abzuschließen.	Keine Position
<b>Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung: Die AfD fordert, digitale Verwaltungsprozesse zu verschlanken und zu vereinheitlichen. Das E-Government ist weiter auszubauen, dem Bürger aber eine gleichwertige, niederschwellige, persönliche Kontaktaufnahme zu ermöglichen.</b>	Wir wollen die <b>persönliche digitale Briefftasche für alle Verwaltungsvorgänge</b> . Smartphone.  Wir werden den <b>Personalausweis auf das Smartphone</b> bringen.  Das digitale Verwaltungsverfahren muss zum Regelfall werden.	<b>Alle Verwaltungsleistungen sollen möglichst schnell auch digital verfügbar</b> sein.  Bürger sollen, nach dem Modell einer <b>digitalen Life-Chain</b> , Berechtigungen selbst vergeben und auch wieder lösen können.	Wir verfolgen dabei die <b>Vision eines digitalen, antragslosen und proaktiven Sozialstaats</b> .  Bürger sollen einen <b>Anspruch auf die digitale Zustellung von Behördendokumenten</b> erhalten.	Wir wollen das <b>Once-Only-Prinzip</b> einführen.  Das <b>Deutschlandportal</b> gewährt den Bürgern Einblick in alle sie betreffenden personenbezogenen Daten.  Wir wollen <b>Virtual Reality beziehungsweise Augmented Reality in der Verwaltung</b> .	Wir wollen <b>neue digitale Beteiligungsformate</b> für demokratische Entscheidungen entwickeln.  Öffentliche Verwaltungen dürfen <b>keine persönlichen Daten ohne Zustimmung weitergeben</b> .

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Die AfD fordert den bevorzugten Einsatz (ggf. zu entwickelnder) quelloffener Software für digitale Verwaltungsprozesse. Dies gilt auch für den Betrieb von Servern und Arbeitsplatzrechnern.</b></p>	<p><b>Unser Ziel ist die besten Softwareentwickler und IT-Köpfe für unser Gemeinwesen zu gewinnen.</b></p> <p>Wir wollen einen <b>App-Store für die Verwaltung</b> schaffen.</p> <p>Wir stehen zum <b>Konzept des offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns</b> (Open Government).</p>	<p>Öffentlich finanzierte Software sollte, wo möglich, als <b>Open-Source</b> transparent entwickelt und öffentlich zugänglich gemacht werden.</p>	<p>Wir treten daher dafür ein, eine eigenständige öffentliche <b>Förderstiftung für Software</b> zu schaffen</p> <p>Wir wollen ein <b>Bundestransparenzgesetz</b>.</p> <p>Das bestehende Datenportal <b>GovData</b> wollen wir zu einem zentralen und nutzerfreundlichen Open- und E-Government-Portal ausbauen.</p>	<p>Die IT-Systeme der öffentlichen Hand sollen stärker als bislang auf <b>Open-Source-Lösungen</b> bauen.</p>	<p>In der öffentlichen Verwaltung muss freie Software eingesetzt werden.</p> <p>Wir wollen <b>Open-Source Betriebssysteme und Anwendungen staatlich fördern</b>.</p> <p>Der Bund soll Geld zur Verfügung stellen, um auch die Instandhaltung von freien Betriebssystemen zu unterstützen.</p> <p><b>Auch kommerzielle Software muss ihren Quellcode mitliefern.</b></p>
<p><b>Digitale Souveränität: Die AfD will Behörden verpflichten, das Beschaffungswesen an langfristigen strategischen und sicherheitspolitischen Erwägungen auszurichten.</b></p>	<p>Wir müssen unsere <b>Souveränität auch digital sicherstellen</b>.</p> <p>Um selbstbestimmt handlungsfähig zu bleiben, <b>braucht Europa auch ganz konkret wieder eigene Hardware</b></p>	<p>Wir deshalb gemeinsam mit den EU-Mitgliedsstaaten eine <b>starke und präzise Regulierung</b> schaffen.</p>	<p>Andererseits wollen wir die <b>technologische Unabhängigkeit Europas durch verstärkte Eigenentwicklungen</b> und produktionen.</p> <p>Eine <b>Beteiligung von nicht vertrauenswürdigen</b></p>	<p>Wir wollen den <b>europäischen digitalen Binnenmarkt</b>. Dazu brauchen wir eine <b>europaweit einheitliche Regulierung</b>.</p> <p>Außerdem brauchen wir eine tatsächlich umsetzbare und agile <b>Cybersicherheitsstrategie</b>.</p>	<p><b>Unternehmen, die gegen ihre Sorgfaltspflicht in der Lieferkette verstoßen</b>, müssen von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden.</p> <p>Bei Streaming müssen <b>Vorgaben für energiesparende</b></p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
	<p><b>Softwarehersteller</b>, die weltweit wettbewerbsfähig sind.</p> <p>Wir setzen uns dabei für einen vitalen Marktort Europa ein mit „<b>AI made in Europe</b>“.</p>		<p><b>Unternehmen, insbesondere aus autoritären Staaten</b>, an kritischer Infrastruktur lehnen wir ab.</p>	<p>Auch sollen <b>Unternehmen, die umfangreichen Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen</b>, beim Ausbau kritischer Infrastruktur wie dem 5G-Netz nicht beteiligt werden.</p>	<p><b>Standard-Einstellungen</b> gemacht werden.</p> <p>Die <b>Abwärme von Rechenzentren</b> muss verpflichtend zur Gebäudeheizung eingesetzt werden.</p> <p>Das <b>Prinzip der Datensparsamkeit</b> muss gesetzlich wirksam verankert werden.</p>
<p><b>Künstliche Intelligenz ist eine Technik der Zukunft mit hohem wirtschaftlichem Potential. Daher wollen wir die Kompetenzen im Bereich KI in der Bundesrepublik besser bündeln und nationale Kooperationen stärker fördern.</b></p>	<p>Wir werden gezielt neue <b>KI-Professuren</b> einrichten und den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern.</p> <p><b>KI-Lotsen</b> sollen Unternehmen unterstützen.</p>	<p>Wir setzen uns für eine gezielte und koordinierte <b>Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft</b> ein.</p> <p>Wir wollen <b>verantwortungsvolle Künstliche Intelligenzen (KI)</b> und Algorithmen.</p>	<p>Wir benötigen auch <b>privates Risikokapital, das wir durch staatliche Fonds stark hebeln</b> wollen.</p> <p>Wir wollen bereits heute den Grundstein legen für die <b>europäische Souveränität in weiteren Trends der KI</b>.</p>	<p>Wir wollen eine <b>KI-Roadmap</b> für künstliche Intelligenz (KI)</p> <p>Wir brauchen regulatorische Erprobungszonen – sogenannte „<b>regulatory sandboxes</b>“, und eine schnelle <b>gesetzliche Deregulierung</b>.</p> <p>Ein <b>europäischer Rechtsrahmen</b> ist notwendig.</p>	<p>Der Einsatz sogenannter Künstlicher Intelligenz (<b>KI</b>) <b>muss gesetzlich reguliert werden</b>.</p> <p><b>Der Einsatz diskriminierender Algorithmen</b> ist zu verbieten.</p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab.</p>	<p>Wohlstand braucht eine Verkehrsinfrastruktur orientiert an den Bedürfnissen von Menschen, Wirtschaft und Umwelt.</p>	<p>Unsere Mission ist eine klimaneutrale Mobilität für alle.</p>	<p>Mit einem <b>Bundesmobilitätsgesetz</b> wollen wir eine neue Grundlage für die Verkehrspolitik und -gesetzgebung schaffen.</p> <p>Dazu wollen wir eine umfassende <b>Ausbildungs- und Forschungsoffensive</b> starten.</p>	<p>Für alle Verkehrswege muss der <b>Aufwuchs der Investitionsmittel</b> verlässlich fortgesetzt und zügig verbaut werden. Daher wollen wir alle <b>Planungsverfahren beschleunigen</b>.</p>	<p>Im Mittelpunkt steht für uns <b>das öffentliche Mobilitätsangebot</b>.</p> <p>Unser Ziel ist der <b>solidarisch finanzierte Nulltarif im ÖPNV für alle</b>.</p> <p>Der <b>ÖPNV</b> muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden, dafür brauchen wir wesentlich <b>mehr Mittel vom Bund</b>.</p>
<p><b>Motorisierten Individualverkehr schützen: Erhalt und Ausbau von innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels.</b></p> <p>Die AfD lehnt zudem Kollektivmaßnahmen wie Fahrverbote für Motorräder</p>	<p>Wo Städte und Dörfer durch Verkehr belastet sind, werden wir für Entlastung durch <b>smarte Verkehrsführungen und die Stärkung des ÖPNV</b> sorgen.</p> <p>Wir werden bestehende <b>Park &amp; Ride</b>-Angebote weiterentwickeln und beispielsweise solargetriebene <b>Lademöglichkeiten für PKW, E-Roller und E-Bikes</b> integrieren.</p>	<p>Wir werden einen <b>Mobilitätsplan 2030</b> auf den Weg bringen.</p> <p><b>Förderprogramme und ein geändertes Straßenverkehrsrecht</b> sollen Kommunen dabei unterstützen.</p> <p>An Knotenpunkten werden wir die Einrichtung von barrierefreien <b>Mobilitätsstationen für nachhaltige urbane Mobilität</b> fördern.</p>	<p><b>Ab 2030 dürfen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden.</b></p> <p>Zudem befürworten wir Modelle wie eine <b>City-Maut</b>.</p> <p>Wir wollen erreichen, dass <b>Mobilität auch auf dem Land ohne Auto</b> und barrierefrei möglich ist.</p>	<p>Durch die von uns geforderte Ausweitung des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels werden sich <b>umwelt- und klimafreundliche Motoren und alternative Kraftstoffe</b> durchsetzen.</p> <p>Ein <b>pauschales Verbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab</b>.</p> <p>Intelligente und <b>innovative Verkehrslenkung</b> bietet hingegen enorme Möglichkeiten.</p>	<p>Wir wollen <b>Bürgerräte</b> auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene einführen.</p> <p>Wir wollen einen alternativen Verkehrsweplan, bei dem der schienegebundene Personen- und Güterverkehr im Mittelpunkt steht.</p> <p><b>Wir lehnen alle direkten oder indirekten Privatisierungen von Verkehrsinfrastruktur ab.</b></p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
aufgrund Fehlverhalten Einzelner ab.		Wir werden eine <b>nationale Leitstelle Mobilität</b> einrichten.			Die <b>Pendlerpauschale</b> wollen wir in eine sozial gerechte Mobilitätszulage umwandeln.  Wir wollen eine <b>Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum</b> .  In den Städten und Ballungsgebieten müssen <b>Radschnellwege</b> geschaffen werden.  Innenstädte müssen <b>autofrei werden</b> .
<b>Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern.</b>  Das Konzept der „Rollenden Landstraße“ und des Wechselbrückenum-schlages soll für die Transitverbindungen durch Deutschland mit regelmäßigen Taktungen etabliert werden.	Wir wollen mehr <b>Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und auf die Wasserstraße verlagern.</b>  Die <b>Einführung von Fahrassistenzsystemen und automatisierten Fahrfunktionen</b> zur Erhöhung der Sicherheit werden wir weiter vorantreiben.	Die Potenziale unserer Wasserstraßen werden wir stärker nutzen, um mehr <b>Güterverkehr vom LKW auf die umweltfreundliche Binnenschifffahrt</b> zu verlagern.  Den <b>Schienengüterverkehr</b> wollen wir <b>ausbauen</b> .	Für weniger Lkw-Verkehr wollen wir den <b>Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern.</b>  Wir wollen die <b>Sanierung maroder Infrastruktur und des Ausbaus der Schienen- und Radwegeinfrastruktur.</b>  Wir fördern <b>Investitionen in moderne Güterverkehrstechnik.</b>	<b>Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern.</b>	Wir wollen <b>Transporte verteuern</b> und regionale Wirtschaft stärken. <b>Güterverkehr</b> muss auch unter 300 km wieder auf die Bahn.  Die <b>LKW-Maut</b> wollen wir auf alle Straßen ausweiten und erhöhen.  Die <b>Ruhezeiten für LKWs</b> wollen wir ausweiten. Die Zulassung

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
Zudem fordert die AfD mehr Lkw-Parkplätze sowie konsequente Anwendung bestehender Lkw-Überholverbote zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer.			Wir brauchen bessere Arbeitszeitvorschriften.		von Gigalibern ( <b>Lang-LKW</b> ) <b>lehnen wir ab</b> .  Die Anschaffung von E-Lastenfahrrädern soll ebenso gefördert werden.
Die AfD lehnt ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen strikt ab.	Ein <b>Dieselfahrverbot</b> <b>lehnen wir ebenso ab wie ein generelles Tempolimit auf Autobahnen</b> .	Wir werden ein Tempolimit von <b>130 km/h auf Bundesautobahnen</b> einführen.	Tempo 30 innerorts ist dann die Regel, Abweichungen wie Tempo 50 werden vor Ort ausgewiesen. Für die Autobahnen wollen wir ein <b>Sicherheitstempo von 130 km/h</b> .	Tempolimits, Diesel- oder Motorradfahrverbote sind weder progressiv noch nachhaltig.	Wir brauchen endlich auch Tempolimits: <b>120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen</b> und eine <b>Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts</b> .
<b>Sicherer, sauberer und verlässlicher Schienenverkehr: Für den Schienenpersonenverkehr muss Deutschland ein besser ausgebaut und abgestimmtes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz erhalten.</b>  Die AfD unterstützt den Ausbau des Schienennetzes – insbesondere die	Wir werden den Schienenverkehr mit dem <b>Deutschlandtakt stärken</b> .  Wir werden dafür sorgen, dass Deutschland <b>europaweite Verbindungen</b> zu Tages- und Nachtzeiten unterstützt.  Wir setzen uns für einen besseren <b>europäischen Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr</b> ein.	Der <b>Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda</b> .  Wir wollen rasch einen <b>Deutschlandtakt umsetzen</b> und einen <b>Europatakt aufbauen</b> .  <b>Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren</b> .	Wir wollen den <b>Deutschlandtakt weiterentwickeln</b> und realisieren. <b>Stillgelegte Bahnstrecken wollen wir schnellstmöglich reaktivieren</b> .  <b>Die bundeseigene Infrastruktur wollen wir vom Druck, Gewinne erzielen zu müssen, befreien</b> .	Wir wollen die <b>Infrastruktur und den Bahnbetrieb bei der Schiene trennen und den Betrieb privatisieren</b>  Wir fordern eine ganzheitliche Infrastrukturstrategie für Europa und den <b>Ausbau transeuropäischer Transportnetze</b> .	<b>Bahntickets machen wir billiger und führen eine Sozial-Bahncard ein, die die Ticketpreise halbiert</b> .  DIE LINKE tritt für eine <b>bedarfsdeckende Finanzierung der Bahn</b> und für den Ausbau ein.  <b>Die Geschäftspolitik der Deutschen Bahn wollen wir am</b>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Beseitigung von Engpässen und die Erweiterung des Hochgeschwindigkeitsnetzes.</b></p>		<p>Wir wollen, dass sich die <b>Deutsche Bahn AG auf ihr Kerngeschäft</b> des Transports von Personen und Gütern konzentriert.</p>	<p>Wir wollen <b>100 Milliarden Euro, verteilt auf die Jahre bis 2035, zusätzlich in Schienennetz und Bahnhöfe investieren.</b></p> <p>Die <b>Trassenpreise</b> wollen wir deutlich senken.</p> <p><b>Bahnhöfe</b> wollen wir zu modernen, barrierefreien Mobilitätsstationen aufwerten. Den <b>Lärmschutz</b> verstärken wir. <b>Bahnfahren muss für alle bezahlbar</b> drin.</p>		<p><b>Gemeinwohl ausrichten.</b></p> <p>Wir setzen uns für ein <b>europäisches Nachtzugnetz</b> ein.</p> <p>Wir fordern die <b>Halbierung der Trassenpreise</b> auch für den Personenverkehr.</p>
<p><b>Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken: Deutschlands Flughäfen sind als Wirtschaftsfaktor zu stärken.</b></p> <p><b>Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehrsteuer und richtet sich gegen unrealistische EU-CO2-Reduktionsziele. Im Rahmen</b></p>	<p>Flüge, bei denen <b>alternative Kraftstoffe</b> eingesetzt werden, wollen wir von der <b>Luftverkehrssteuer</b> befreien.</p>		<p>Umweltschädliche Subventionen sind abzubauen und <b>Finanzhilfen für Flughäfen zu beenden.</b></p> <p>Außerdem setzen wir uns für die <b>Einführung einer europäischen Kerosinsteuer</b> ein.</p>	<p>Wir wollen die <b>Luftverkehrssteuer abschaffen.</b></p>	<p>Öffentliche <b>Zuschüsse für Flughäfen sollen gestrichen werden.</b> Wir wollen den Ausbau weiterer Flugkapazitäten beenden.</p> <p>Wir wollen eine <b>einheitliche Kerosinsteuer in der EU.</b></p> <p><b>Internationale Flugtickets sollen nicht von der</b></p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
eines „Luftverkehrskonzepts 2021“ sind Deutschlands Flughäfen als Wirtschaftsfaktor zu stärken.	Vgl. „Im Bereich der privatwirtschaftlichen Luft- und Raumfahrt setzt sich die AfD für Wettbewerb ein...“ in Kapitel XIX (Klima, Energie, Technik und Digitalisierung).	Vgl. „Im Bereich der privatwirtschaftlichen Luft- und Raumfahrt setzt sich die AfD für Wettbewerb ein...“ in Kapitel XIX (Klima, Energie, Technik und Digitalisierung).	Vgl. „Im Bereich der privatwirtschaftlichen Luft- und Raumfahrt setzt sich die AfD für Wettbewerb ein...“ in Kapitel XIX (Klima, Energie, Technik und Digitalisierung).	Vgl. „Im Bereich der privatwirtschaftlichen Luft- und Raumfahrt setzt sich die AfD für Wettbewerb ein...“ in Kapitel XIX (Klima, Energie, Technik und Digitalisierung).	Mehrwertsteuer befreit bleiben.  Vgl. „Im Bereich der privatwirtschaftlichen Luft- und Raumfahrt setzt sich die AfD für Wettbewerb ein...“ in Kapitel XIX (Klima, Energie, Technik und Digitalisierung).
<p>Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten:</p> <p>Die AfD sieht die strategische Bedeutung der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie.</p>	<p>Wir wollen, dass in Deutschland weiterhin die besten Autos der Welt produziert werden – und zwar mit allen Antriebsformen.</p> <p>Wir werden den Umstieg in emissionsfreie Mobilität für alle attraktiv gestalten.</p> <p>Taxiunternehmen, Fahr- und Lieferdienste wollen wir bei der Umstellung auf Null-Emissions-PKW unterstützen.</p>	<p>Wir werden Deutschland zu einem Zentrum der Batteriezellfertigung und des Recyclings gebräuchter Batterien machen.</p> <p>Wir unterstützen die Automobil-Zulieferindustrie bei der Umstellung.</p> <p>Auch werden wir regionale Transformationscluster aufbauen.</p>	<p>Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zulassen.</p> <p>Zudem gilt es, die Chancen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze der Mobilitätswende in den Blick zu nehmen.</p> <p>Wir wollen die besonders betroffenen Autoregionen mit regionalen Transformationsdialogen und -fonds unterstützen.</p>	<p>Einseitige Subventionen und Vorgaben müssen beendet werden.</p> <p>Dafür werden wir die von der EU festgelegten CO2-Flottengrenzwerte und die aktuellen Subventionen im Fahrzeugbau auf den Prüfstand stellen.</p> <p>Wir wollen alternative Mobilitätskonzepte erkunden, ohne bestimmte Antriebs-technologien zu bevorzugen.</p>	<p>Automobilindustrie sozial und ökologisch umbauen..</p> <p>Durch Investitionen des Bundes in den ÖPNV können in den nächsten Jahren über 200 000 gut bezahlte Industriearbeitsplätze geschaffen werden.</p> <p>Wir wollen die Forschung für eine längere Einsatzdauer und Nutzbarkeit von Fahrzeugen ausbauen.</p>



AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Die heutige einseitige Bevorzugung von Elektromobilität ist auf Grund mangelnder Stromkapazitäten und der globalen Umweltbelastung bei der Batterieproduktion sofort zu stoppen.</b></p>	<p>Für den weiteren Ausbau des elektrifizierten Verkehrs ist der <b>Ausbau der Ladeinfrastruktur</b> entscheidend.</p>	<p><b>2030 sollen mindestens 15 Millionen PKW in Deutschland voll elektrisch fahren.</b></p> <p>Den Fortschritt beim <b>Ausbau der Ladesäulen für Elektroautos</b> wollen wir vierteljährlich evaluieren.</p>	<p>Bis 2030 müssen Verbrennerfahrzeuge durch E-Autos ersetzt werden, deren Anteil soll daher <b>bis 2030 auf mindestens 15 Millionen Fahrzeuge</b> steigen.</p> <p>Die <b>Kaufförderung emissionsfreier Autos</b> wollen wir in ein <b>Bonus-Malus-System überführen.</b></p> <p>Wir beschleunigen den flächendeckenden <b>Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur.</b></p>	<p>Wir wollen den flächendeckenden <b>Ausbau von Schnellladesäulen</b> und interoperablen Bezahlstrukturen für die E-Mobilität.</p> <p>Dafür wollen wir einen <b>diskriminierungsfreien Zugang der Ladestromanbieter zu den Ladesäulen.</b></p> <p>Die <b>Regulierungen für Hybridfahrzeuge</b> müssen überarbeitet werden.</p>	<p><b>Spätestens ab 2030 dürfen keine PKW mit Verbrenner mehr neu zugelassen oder exportiert werden.</b></p> <p><b>E-Mobilität darf nicht zu einer Rückkehr der Atomkraft führen.</b></p> <p>Eine <b>Kaufprämie für Elektroautos</b> lehnen wir weiterhin ab.</p>
<p><b>Wenn die bestehende, realitätsfremde EU-CO2-Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht verhindert werden kann, sind synthetische Kraftstoffe als zukunftsfähiger Treibstoff zu berücksichtigen.</b></p>	<p>Wir setzen auch auf <b>synthetische Kraftstoffe im Straßenverkehr</b> und wollen sie auch im Schwerlastverkehr einsetzen.</p> <p>Wir werden die Nutzung von Ammoniak oder Methanol zur Marktreife bringen.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Es gilt, <b>Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe</b> gerade dort zum Einsatz zu bringen, wo sie wirklich gebraucht werden: etwa <b>in der Industrie, in der Schifffahrt oder beim Flugverkehr.</b></p>	<p>Wir wollen <b>mehr alternative Kraftstoffe.</b></p>	<p>Keine Position</p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Stadt und Land gleichrangig entwickeln: seit Jahrzehnten prägen Landflucht und Verstädterung das Bild unseres Landes. Es braucht einen grundlegenden Politikwechsel, um diese Entwicklung umzukehren.</b></p> <p><b>Wir wollen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland, die Wahrung und zukunftsfähige Weiterentwicklung regionaler Identität in allen Teilräumen des Landes.</b></p>	<p>Wir wollen die von Bund und Ländern getragene „<b>Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz</b>“ weiterentwickeln.</p> <p><b>Wer in Modellregionen investiert, kann dort von Standards abweichen</b>, die nicht sicherheits- und umweltrelevant sind.</p> <p><b>Ländliche Regionen sollen Innovationsräume sein.</b></p> <p>Wir setzen vermehrt auf <b>Regionalbudgets ohne thematische und organisatorische Vorgaben.</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p><b>In ländlichen Räumen</b> gilt es insbesondere Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Fischerei bei der Anpassung zu unterstützen.</p> <p>Unsere Städte wollen wir besser gegen Hitze- und Starkregen wappnen – mit <b>Hitzeaktionsplänen</b> und einem <b>Stadtumbau</b> im Großen wie im Kleinen.</p> <p>Als <b>Schwammstädte</b> sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken.</p>	<p>Wir wollen die <b>Lebensqualität in städtischen und ländlichen Räumen</b> verbessern.</p>	<p><b>Städte zukunftsfest machen – Leben in die Dörfer bringen!</b></p> <p>Auch brauchen wir eine <b>neu ausgerichtete Städtebauförderung des Bundes.</b></p>
<p><b>Mit einer traditionsbezogenen, familienfreundlichen und selbstbewussten Gestaltung des ländlichen Lebensraumes wollen wir unsere Heimat wieder ins</b></p>	<p>Wir werden die Anstrengungen zur <b>Verlagerung von Bildungs-, Forschungs- und Verwaltungseinrichtungen</b> erhöhen.</p> <p>Mit Förderprogrammen wie etwa „<b>Kultur im</b></p>	<p>Keine Position</p>	<p>Über die <b>Gemeinschaftsaufgabe für Agrar- und Küstenschutz</b> fördern wir Wohnprojekte für alle Generationen.</p> <p>Wir unterstützen Programme und Initiativen</p>	<p>Wir wollen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen von der Industrie über das Handwerk bis zum Handel auch <b>in ländlichen Regionen Perspektiven schaffen.</b></p>	<p>Wir wollen anders planen, weg von der Zersiedelung der Landschaft und hin zu einer Stadtplanung, die Lebensqualität für alle in den Mittelpunkt stellt.</p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Gleichgewicht bringen.</b></p> <p><b>Landschaft als Teil regionaler Identität: Bei Umwelt- und Landschaftsschutz wollen wir eine starke regionale Verankerung.</b></p> <p><b>Für die heimatliche Landschaft wollen wir die Privilegierung von energieerzeugenden Anlagen ausschließen.</b></p>	<p><b>ländlichen Raum</b>“ unterstützen wir die Kultur auf dem Land.</p> <p>Auch werden wir die <b>Kompensationsvorschriften des Naturschutz- und des Baurechts</b> überprüfen weiterentwickeln.</p>		<p>zur <b>Umnutzung von Leerstand</b> oder die Wiederansiedlung von Lebensmittelgeschäften in kleinen Ortschaften. Wir unterstützen die <b>Landesprogramme zu Markttreffs.</b></p> <p>Nachhaltigen oder sanften <b>Tourismus</b> wollen wir gerade in ländlichen Regionen gezielt entwickeln.</p>		<p>Das nationale Naturerbe wollen wir sichern und ausweiten – finanziert durch einen <b>Naturerbe-Fonds.</b></p>
<p><b>Unser Leitbild ist die polyzentrische Stadt und der lebenswerte, fußläufige, familienfreundliche Stadtteil.</b></p> <p><b>Großstädte und ihr ländliches Umland sind als Einheit zu denken. Wir wollen Sie entlang der Verkehrsachsen räumlich weiterentwickeln, die Siedlungsentwicklung im Umland fördern und die</b></p>	<p>Wir wollen unsere <b>Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne erhalten.</b></p> <p>Deshalb werden wir einen <b>Zukunftspakt für Innenstädte</b> schmieden. Auch <b>Dorf- und Innenstadtmanager</b> mit einschlägigem Know-How sollen so gefördert werden können.</p> <p>Wir werden <b>Smart-City-Konzepte</b> entwickeln.</p>	<p>Wir wollen eine <b>Mietpreisbegrenzung</b>, einen Mieterschutz im Gewerbeimmobilienbereich, <b>Konzepte zur Revitalisierung von Standorten</b> und die Förderung von Co-Working-Spaces in den Innenstädten.</p>	<p>Wir wollen die <b>Städtebauförderung neu ausrichten</b>: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen.</p> <p>Mit zusätzlichen Mitteln für <b>Smart-City-Projekte</b> unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler Plattformen.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Um die Nahversorgung im Wohnumfeld zu sichern, wollen wir <b>leerstehendes Gewerbe in kommunale oder genossenschaftliche Hand überführen und zu Sozialen Zentren weiterentwickeln.</b> Der Bund soll das durch einen <b>Rekommunalisierungsfonds</b> finanziell absichern.</p> <p>Der Verdrängung von Kleingärten stellen wir</p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Verdichtungsräume entlasten.</b></p>	<p>Auch die <b>Dorfkernsanie- rierung</b> werden wir noch stärker fördern.</p>				<p>uns mit einem <b>Klein- gartensicherungs- programm</b> entgegen.</p> <p>Es braucht ein <b>Investi- tionsprogramm für den Stadtumbau.</b></p> <p>Wir wollen weitgehend <b>autofreie Innen- städte.</b></p>
<p><b>Zur Sicherung der kommunalen Eigen- verantwortung wer- den wir das Finanz- volumen und die Handlungsspiel- räume der Gemein- den deutlich vergrößern.</b></p> <p><b>Die Kommunen müssen bei der Er- füllung Ihrer Pflicht- aufgabe zur Daseins- vorsorge finanziell wesentlich besser ausgestattet und län- derübergreifend in Planungen einge- bunden werden.</b></p>	<p>Wir werden die <b>kom- munal relevanten Förderprogramme zusammenfassen und auf einer On- line-Plattform bün- deln.</b></p>	<p>Wir werden die Unter- stützung von struktur- schwachen Regionen durch die <b>Gemein- schaftsaufgabe Ver- besserung der regio- nalen Wirtschafts- struktur (GRW)</b> ver- stetigen.</p> <p><b>Soziale Dienstleis- tungen dürfen nicht abhängig von der fi- nanziellen Leis- tungsfähigkeit der Kommune sein.</b></p> <p><b>Ein nötiger Schritt ist, den besonders hoch verschuldeten Kommunen einma- lig hohe Altschulden abzunehmen.</b></p>	<p>Wir werden eine faire <b>Unterstützung bei den kommunalen Altschulden anstre- ben.</b></p> <p>Wir wollen, dass <b>für 2021 und 2022 die Gewerbesteuer aus- fälle vollständig durch Bund und Länder übernom- men werden.</b></p> <p>Wir wollen, dass Bund und Länder den Kom- munen mit einer ge- meinsamen <b>Kompe- tenzagentur für För- derpolitik und In- vestitionen</b> mit Rat und Tat zur Seite ste- hen.</p>	<p><b>Entschuldung der Kommunen und Re- formen miteinander verbinden.</b></p> <p>Wir wollen ein echtes <b>Konnexitätsprinzip im Grundgesetz ver- ankern.</b> Wenn Bund und Länder neue Aufga- ben schaffen, müssen sie diese auch bezahlen.</p> <p>Wir möchten eine <b>In- solvenzordnung für Gebietskörperschaf- ten</b> schaffen.</p>	<p><b>Privatisierte Berei- che der Daseinsvor- sorge wollen wir re- kommunalisieren.</b> Dies kann über einen <b>Re-Kommunalisie- rungsfonds</b> gesche- hen.</p> <p>Verfestigte <b>Kassenkre- dite der Kommunen müssen vom Bund in einen Altschulden- fonds übernommen und vom Bund ge- tilgt werden.</b></p> <p>DIE LINKE tritt für eine <b>Reform der Gewer- besteuer in eine Ge- meindewirtschaft- steuer</b> ein.</p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
			Es braucht mittelfristig aber eine <b>grundsätzliche Neuordnung der Finanzierung der Kommunen.</b>		
<p><b>Entscheidungen näher zum Bürger bringen:</b></p> <p><b>Die Regionen und Landkreise wollen wir für Wirtschaftsförderung, Stärkung regionaler Kultur, Daseinsvorsorge, Verkehr und Digitalisierung stark machen.</b></p> <p><b>Die EU, Bund und Land sollen weniger regulierend in die kommunale Selbstverwaltung und die Gestaltungsmöglichkeiten der Regionen eingreifen.</b></p>	Wir wollen <b>Mischfinanzierung künftig vermeiden</b> und durch einen höheren <b>Umsatzsteueranteil</b> ausgleichen.	Keine Position	<p>Wir wollen eine <b>neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern.</b></p> <p><b>Regionalbudgets, Kultureinrichtungen, Bewegungs- und Sportflächen werden in der Wohnungsbaupolitik und Quartiersplanung fest verankert.</b></p> <p>Hierzu fordern wir ein <b>Bundesprogramm zur Sanierung und Instandsetzung von Schwimmstätten</b> erreichen.</p>	Keine Position	<p>Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen und Kommunen zu schaffen, wollen wir ein verbindliches <b>Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Kommunen auf Bundesebene.</b></p> <p><b>Kommunen sollen auch im Bund ein Selbstbefassungsrecht haben.</b></p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Grüne Berufe wertschätzen: Realitätsbezogene Bildung zum Thema „Grüne Berufe“ und die sich daraus ergebende Wertschätzung für Leistungen und Produkte der Landwirte.</b></p> <p><b>Familienbetriebe in den Mittelpunkt stellen: Die Agrarförderung muss die Leistungen kleinerer und mittlerer Familienbetriebe berücksichtigen und die Hofnachfolge vereinfachen.</b></p> <p><b>Landwirtschaftliche Existenzgründer wollen wir von der Grunderwerbsteuer befreien.</b></p>	<p>Wir werden die <b>Junglandwirte-Prämie erhöhen.</b></p> <p>Wir streben die Einrichtung eines <b>Agri-FoodTech-Wagniskapitalfonds</b> an.</p>	<p>Wir werden im Lebensmittelhandel <b>unfairen Handelspraktiken einen Riegel</b> vorschieben.</p> <p>Wir setzen uns für <b>anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen</b> der Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft ein.</p> <p>Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen von Wanderarbeitnehmern werden wir bekämpfen.</p>	<p>Wir wollen gegen <b>Dumpingpreise</b> vorgehen und dazu die <b>Möglichkeiten des Wettbewerbs- und Kartellrechts sowie der EU-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken</b> nutzen.</p> <p>Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen von Wanderarbeitnehmern werden wir bekämpfen.</p>	<p>Wir setzen uns deshalb für <b>digitale Fortschritte in der Landwirtschaft</b> ein und wollen eine <b>eigenverantwortliche Risikoversorge gegen zunehmende Witterungsrisiken</b> ermöglichen.</p> <p>Bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen brauchen wir eine <b>marktwirtschaftliche Preisbildung.</b></p> <p><b>Handelshemmnisse für Landwirte</b> wollen wir abbauen.</p>	<p>Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen- und Einkommen durch <b>flächendeckende Tarifverträge in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft</b> ein.</p> <p><b>Mit höheren Erzeugerpreisen wollen wir die Abhängigkeit der Landwirtschaftsbetriebe von Fördermitteln reduzieren.</b></p>
<p><b>Agrarpolitische Maßnahmen müssen vor der Einführung darauf geprüft werden, welchen ökologischen Nutzen sie erbringen und wie</b></p>	<p>Wir setzen uns für eine <b>Modernisierung des europäischen Rechtsrahmens</b> ein.</p> <p>Die <b>Digitalisierung der Landwirtschaft</b></p>	<p>Wir werden daher die <b>Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Landwirtschaft im</b></p>	<p>Ziel sind <b>30 Prozent Ökolandbau bis 2030.</b></p> <p>Wir werden <b>vielfältige Fruchtfolgen und widerstandsfähige</b></p>	<p>Wir wollen <b>Landwirte unabhängig von Agrarzahlen machen und sie von überbordender Bürokratie entlasten.</b></p>	<p>Wir wollen ein <b>gemeinwohlorientiertes Kartellrecht.</b> Wir fördern <b>bäuerliche, genossenschaftliche und</b></p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>sie sich auf das Einkommen der Bauern auswirken.</b></p> <p><b>Die Landwirtschaft ist zu entbürokratisieren, um die Bauern zu entlasten. Weder deutsche noch EU-Behörden sollen sich in deren Wirtschaftsweise einmischen, etwa bei der Wahl der Fruchtfolge.</b></p>	<p>werden wir weiter fördern.</p> <p>Auch werden wir den <b>Agrardatenraum in GAIA-X</b> entwickeln.</p> <p>Wir werden die <b>Entwicklung angepasster Anbaumethoden</b> fördern. Mit Zuschüssen zu <b>Mehrgefahrenversicherungen</b> werden wir die Betriebe in ihrer Fähigkeit stärken.</p>	<p><b>Wettbewerb mithalten kann.</b></p>	<p><b>Anbausysteme</b> stärken. <b>Stickstoffüberschüsse</b> werden wir deutlich reduzieren.</p> <p>Auch <b>digitale Anwendungen</b> können bei entsprechender Ausrichtung die Landwirtschaft umwelt- und klimafreundlicher machen.</p>	<p>Wir wollen die Chancen der <b>Digitalisierung für die Landwirtschaft</b> durch „Smart Farming“ nutzen.</p> <p>Betriebe sollen mit <b>steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklagen</b> in guten Jahren besser für Dürren und andere Folgen des Klimawandels vorsorgen.</p> <p>Wir werden einen <b>Nationalen Aktionsplan für Gewässer und Wassermanagement</b> erarbeiten.</p>	<p><b>ökologische Landwirtschaft statt Agrarkonzerne.</b></p> <p>Der <b>Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft</b> muss begrenzt werden.</p> <p>Wir fordern ein <b>spezialisiertes Epidemiologisches Zentrum</b>, um z. B. ein Frühwarnsystem für Pandemierisiken zu entwickeln.</p>
<p><b>Wir setzen uns dafür ein, den Aufkauf von Flächen durch landwirtschaftsfremde Investoren zu erschweren.</b></p>	<p>Wir wollen mehr <b>Flächen für den Wohnungsbau mobilisieren.</b></p>	<p><b>Wir werden Landflächen vor Investoren ohne Agrarbezug schützen.</b></p>	<p>Wichtig ist, dass künftig die <b>Flächen der bundeseigenen Bodenverwertungs- und verwaltungs- GmbH an ortsansässige, bäuerliche Betriebe und Existenzgründer</b> verpachtet werden.</p> <p><b>Share Deals bei landwirtschaftlichen Betrieben</b> werden wir regulieren.</p>	<p>Keine Position</p>	<p>Wir wollen <b>Boden verfügbar machen für regional verankerte Landwirtschaftsbetriebe</b> und ländliche Bevölkerung.</p> <p><b>BVVG Flächen wollen wir in Länderhand übergeben.</b></p> <p>Wir wollen einen <b>öffentlichen Bodenfonds einführen.</b></p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
					Der <b>Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen</b> soll grundsätzlich an Landwirten sowie gemeinnützige Landgesellschaften erfolgen.
<b>Düngung am Bedarf der Pflanze orientieren: Die AfD fordert die Revision der Düngemittelverordnung, die Aufhebung der pauschalen Reduktion der Düngemengen und die präzise Ermittlung von Eintragsquellen nach dem Verursacherprinzip unter Beachtung von Kostenwirksamkeit und Verhältnismäßigkeit.</b>	Keine Position	Wir setzen uns ein für Biodiversitätspolitik, um Ökosysteme zu schützen und wiederherzustellen. Ebenso wollen wir den <b>Einsatz von Dünger und Pestiziden reduzieren.</b>	Wir wollen klare gesetzliche Vorgaben, etwa zur <b>Flächenbindung der Tierhaltung und des Pestizid- und Düngemiteleinsatzes.</b>	Keine Position	Wir wollen die <b>Wasserrahmenrichtlinie vorantreiben.</b> Dazu gehören die Erhaltung bzw. Wiederherstellung naturnaher Strukturen, die <b>Reduzierung des Schadstoffeintrags durch Düngemittel.</b>
	Keine Position	Zu Gentechnik, vgl. „Wir wollen eine Aufklärungsinitiative über den heute schon sichtbaren Nutzen der Gentechnik ins Leben rufen.“ in Kapitel XIX (Klima, Energie,	Zu Gentechnik, vgl. „Wir wollen eine Aufklärungsinitiative über den heute schon sichtbaren Nutzen der Gentechnik ins Leben rufen.“ in Kapitel XIX (Klima, Energie,	Zu Gentechnik, vgl. „Wir wollen eine Aufklärungsinitiative über den heute schon sichtbaren Nutzen der Gentechnik ins Leben rufen.“ in Kapitel XIX (Klima, Energie,	Zu Gentechnik, vgl. „Wir wollen eine Aufklärungsinitiative über den heute schon sichtbaren Nutzen der Gentechnik ins Leben rufen.“ in Kapitel XIX (Klima, Energie,



AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
		Technik und Digitalisierung).	Technik und Digitalisierung).	Technik und Digitalisierung).	Technik und Digitalisierung).
<p><b>Praxiskonformen Pflanzenschutz etablieren. Für unsere Landwirte muss dabei die Zulassung, die Nutzung und der Handel von alten Kultursorten möglich sein.</b></p> <p><b>Die bewährten Zulassungsstandards im Hinblick auf Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz dürfen dabei weder vernachlässigt noch praxisfern verschärft werden.</b></p>	Keine Position	Keine Position	<p><b>Züchtung von robusten Sorten</b> und die Forschung für ökologisches Saatgut vorantreiben.</p> <p>Wir wollen den <b>Ausstieg aus der Pestizidabhängigkeit</b> unserer Landwirtschaft schnell und machbar gestalten.</p> <p>Wir wollen die <b>Ausbringung von Pestiziden in Naturschutzgebieten</b> und Trinkwasserschutzgebieten untersagen.</p> <p>Wir werden außerdem den <b>Export von Pestiziden beenden</b>.</p>	<p>Wir wollen die europaweite Verfügbarkeit wirksamer und moderner <b>Pflanzenschutzmittel</b> sicherstellen.</p> <p><b>Nationale Alleingänge</b> diesbezüglich lehnen wir ab.</p>	<p><b>Glyphosat und Neonikotinoide</b> müssen verboten werden.</p> <p>Der »<b>Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz</b>« (NAP) soll zu einem wirkungsvollen Plan zur Reduktion von Pestiziden in Deutschland umgestaltet werden.</p>
<p><b>Tierwohl, Haltung und Transport weiterentwickeln: Wir wollen in der Nutztierhaltung artgerechte Haltungssysteme fördern, die an die Tierart</b></p>	Wir werden ein <b>Tierwohlstall-Förderungsgesetz</b> erlassen, emissionsarme Modellställe entwickeln. Wir werden das <b>Finanzierungsmodell über</b>	In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die <b>Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze</b> .	Wir wollen eine Umbauförderung, die durch einen <b>Tierschutz-Cent</b> finanziert wird.  Die <b>Tierhaltung soll so an Obergrenzen gebunden</b> werden.	Deshalb setzen wir uns für ein einfaches, transparentes und verpflichtendes <b>Tierwohl-label in der gesamten Europäischen Union</b> ein.	Nicht tiergerechte <b>Massentierhaltung lehnen wir ab</b> .  <b>Qualzucht</b> wollen wir <b>verbieten</b> . Das gilt auch für das <b>Schreddern von Küken, die</b>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p>angepasst sind und wollen die Kopplung der Tierhaltung an die Fläche.</p> <p>Tierschutzgesetze müssen für alle gleichermaßen gelten. Deshalb lehnen wir auch den Handel, die Bewerbung und die Einfuhr von Fleisch aus tierquälerischer Schlachtung (Schächtung) ab.</p> <p>Einschränkung der Exporte von lebenden Schlachtieren in Länder mit bekannten Verstößen beim Tierschutz.</p>	<p>staatliche Verträge absichern.</p> <p>Wir wollen mit einem <b>Bestandsschutz von 15 Jahren bei neuen Stallbauinvestitionen</b> für Verlässlichkeit sorgen.</p> <p>Auch bei Zuchttieren muss sichergestellt sein, dass aus der EU kein langer <b>Tiertransport in Drittstaaten</b> genehmigt wird.</p>	<p>Den <b>Antibiotikaeinsatz</b> werden wir reduzieren.</p> <p>Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen <b>Tierwohllabels</b> mit nachvollziehbaren Regeln sorgen.</p>	<p><b>Käfighaltung wollen wir beenden.</b></p> <p>Den Einsatz von <b>Antibiotika</b> werden wir deutlich senken.</p> <p>Wir werden ein umfassendes <b>Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen</b> einführen.</p> <p>Tierschutzbeauftragte sollen <b>bei Tierschutzangelegenheiten</b> beteiligt werden.</p> <p><b>Lebendtiertransporte in Drittstaaten</b> wollen wir verbieten.</p>	<p><b>Widersprüche zwischen konkurrierenden Rechtsbereichen</b> müssen aufgelöst werden.</p> <p>Die überholte <b>Anbindehaltung wollen wir schrittweise überwinden.</b></p>	<p><b>Anbindehaltung für Rinder und Kühe.</b></p> <p>Wir wollen ein <b>Verbot von langen Lebendtiertransporten.</b></p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<b>Schutz der heimischen Ökosysteme verbessern: Einschleppung invasiver Tier- und Pflanzenarten verhindern und ihre Ausbreitung eindämmen.</b>	Keine Position	Wir setzen uns ein für <b>Biodiversitätspolitik</b> .	Wir wollen den Schutz der Meere und Gewässer, des Klimas und der Böden, der Tiere und der Pflanzen zum Bestandteil unseres Wirtschafts- und Rechtssystems machen.	Wir müssen unsere <b>Ökosysteme vor dem Eindringen dieser fremden Arten effektiv schützen</b> , um die heimische Artenvielfalt zu erhalten.	Insekten müssen als wichtiger Teil des Ökosystems geschützt erhalten und die <b>Biodiversität gefördert</b> werden.
<b>Zeitgemäßes Wildtiermanagement umsetzen: Die AfD hält Wölfe für eine Raubtierart, die nicht in unsere gewachsene Kulturlandschaft passt. Die Unsicherheiten und Ängste der Menschen, speziell in ländlichen Regionen, müssen ernst genommen werden. Die AfD fordert den Einstieg in eine strenge Bestandsregulierung nach skandinavischem Vorbild und die Ausweisung von wolfsfreien Gebieten.</b>	Wir wollen einen <b>strengen Schutzstatus des Wolfs im europäischen Naturschutzrecht überprüft und angepasst</b> wird.	Keine Position	Keine Position	Wir wollen ein modernes Wildtiermanagement, das eine <b>Bejagung von Wolf</b> , Kormoran, Nandu und Biber ermöglicht.  Wir streben <b>eine einheitliche Regelung der Länder zum legalen Einsatz von Schalldämpfern</b> an.	Keine Position
<b>Wir stehen für einen Abbau der</b>		Keine Position	Wir wollen <b>gesetzliche Mindeststandards</b>	<b>Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse</b>	Keine Position

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>ausufernden Bürokratie bei der Dokumentation in der Forstwirtschaft.</b></p>	<p>Wir werden eine <b>CO<sub>2</sub>-Bindungsprämie</b> einführen</p> <p>Auch werden wir eine <b>Holzbauffensive</b> starten.</p>		<p><b>festlegen, damit die Waldbewirtschaftung naturnah wird</b>, den Umbau und die Wieder- und Neubewaldung nach ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben ausrichten.</p> <p>Wir setzen uns für wald-, natur- und tierschutzgerechte <b>Bejagungsmethoden</b> ein.</p> <p>Die <b>Bewirtschaftung aller Flächen der öffentlichen Hand soll an ökologische Kriterien geknüpft werden.</b></p>	<p><b>und damit auch Kleinprivatwälder wollen wir stärken.</b></p> <p>Die Bewirtschaftung der Wälder hat <b>Rücksicht auf die Belange des Arten- und Naturschutzes</b> zu nehmen.</p>	
<p><b>Gesunde Lebensmittel aus heimischer Produktion fördern: Die AfD unterstützt das Leitbild des mündigen Verbrauchers. Er soll in seinem Konsumverhalten nicht staatlich bevormundet, sondern durch ausreichende Informationen zur freien</b></p>	<p>Unser Ziel ist, <b>ernährungsmitbedingten Volkskrankheiten</b> wie starkes Übergewicht, Diabetes oder Krebs durch Ernährungsbildung noch besser vorbeugen zu können.</p> <p>Wir werden das sogenannte <b>Regionalfenster als Kennzeichnung</b> weiterentwickeln.</p>	<p>Um gegen <b>Ernährungsarmut</b> vorzugehen, soll sie für die Kita- und Schulverpflegung kostenlos sein.</p> <p>Wir werden die <b>Lebensmittelverschwendung</b> eindämmen.</p>	<p>Wir wollen die <b>regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung</b> stärken. Dazu gehören <b>faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber importierten Lebensmitteln.</b></p> <p><b>In öffentlichen Einrichtungen</b> wollen wir verstärkt regionale und ökologische Produkte.</p>	<p>Wir wollen <b>transparente Nährwertinformationen</b> und eine frühzeitige <b>Ernährungsbildung</b> in Kindertagesstätten sowie Schulen.</p> <p>Wir wollen das starre <b>Mindesthaltbarkeitsdatum durch ein dynamisches Verderbslimit ersetzen.</b></p>	<p>Bezahlbare <b>regionale und Bio-Lebensmittel</b> in der Schul- und Kitaverpflegung müssen stärker unterstützt werden.</p> <p>DIE LINKE will <b>Schul- und Selbsterntegärten sowie urbane Landwirtschaft stärken.</b></p>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Entscheidung befähigt werden.</b></p> <p><b>Aufklärung über gesundheitliche Risiken modischer Ernährungsformen und die Bewahrung unserer traditionellen Esskultur in öffentlichen Einrichtungen.</b></p> <p><b>Die Versorgung der eigenen Bevölkerung sowie die Wirtschaftlichkeit und Wertschöpfung heimischer Lebensmittelproduktion muss gewährleistet bleiben.</b></p>	<p>Zusammen mit der Branche werden wir eine <b>Nationale Lebensmittel-Agentur</b> auf den Weg bringen.</p> <p>Unser klares Ziel ist die Halbierung bzw. deutliche Reduzierung der <b>Lebensmittelverschwendung</b> bis 2030.</p>		<p>Wir unterstützen <b>Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe. Erzeugergemeinschaften, solidarische Landwirtschaft oder Ernährungsräte</b> unterstützen wir.</p> <p><b>Ernährungsbedingte Krankheiten</b> wollen wir gezielt eindämmen.</p> <p>Wir brauchen <b>verbindliche Reduktionsstrategien</b> gegen zu viel <b>Zucker, Salz, Fett und Zusatzstoffe in Fertiglebensmitteln.</b></p> <p>Die <b>Markteinführung von pflanzlichen Alternativen und Fleischersatzprodukten</b> wollen wir fördern und sie steuerlich besserstellen.</p> <p>Insgesamt wollen wir die <b>Forderung der EU-Kommission</b> mit einer <b>ökologischen Steuerreform</b> aufgreifen.</p>		

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
			<p>Wir wollen mit einem <b>Rettet- die-Lebensmittel-Gesetz</b> Lebensmittelhandel und -produzenten verpflichten, genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben,</p> <p>Das sogenannte <b>Containern muss entkriminalisiert werden.</b></p>		
<p><b>Transparenz im Verbraucherschutz ausbauen:</b></p> <p><b>Produkte sollen nach festgelegten Standards gekennzeichnet werden. Die Auskunft über Inhaltsstoffe und Herkunft der Produkte ist zu verbessern.</b></p>	<p>Mit dem <b>Nutri-Score</b> wurde eine erweiterte visuelle Nährwertkennzeichnung in Deutschland eingeführt. Unser Ziel ist eine verpflichtende <b>europäische Haltungs-/Tierwohlkennzeichnung</b>.</p> <p>Zudem wollen wir <b>ergänzend zum Öko-Siegel ein Nachhaltigkeitssiegel für konventionelle Agrarprodukte</b> entwickeln.</p> <p>Für <b>Importe in den Binnenmarkt</b> müssen die gleichen</p>	<p>Wir wollen ein <b>verbindliches staatliches Label</b> entwickeln.</p> <p>Wir werden die <b>Lebensmittelsicherheit durch mehr Kontrollen</b> verbessern.</p>	<p>Wir werden eine <b>verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung</b>.</p> <p>Die Nährwertkennzeichnung <b>Nutriscore wollen wir weiterentwickeln</b>. Außerdem wollen wir die <b>Transparenz über die Herkunft von Lebensmitteln</b> verbessern.</p> <p>Die Ergebnisse von <b>Lebensmittelkontrollen</b> sollen für alle erkennbar sein.</p>	Keine Position	Keine Position

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
	Produktstandards gelten wie für heimische Lebensmittel.				
<b>Auch bei Versicherungsverträgen, Finanzprodukten und Handyverträgen wollen wir mehr Transparenz schaffen. Herstellerangaben und Vertragsklauseln sind in einer verständlichen Sprache zu verfassen.</b>	<p>Daher werden wir die <b>Verbraucherzentrale Bundesverband und die Stiftung Warentest weiter verlässlich fördern.</b></p> <p>Wir werden die <b>Verbraucherschlichtung</b> ausweiten.</p> <p>Verbraucher sollen sog. <b>Streuschäden</b> ersetzt bekommen.</p> <p>Wir wollen im <b>Reisevertragsrecht die Zahlungsfristen und insbesondere die Vorausleistungen neu regeln.</b></p>	Wir werden sicherstellen, dass den Verbrauchern die <b>Finanzierungsdienstleistungen</b> kostengünstig angeboten werden und Investitionen in nachhaltige, klimafreundliche Produkte und Produktionsverfahren fördern.	<p>Wir führen die <b>Gruppenklage</b> ein, damit Menschen auch bei kleineren, aber massenhaft auftretenden Schäden effektiv zu ihrem Recht kommen.</p> <p>Durch die <b>Verdoppelung der Gewährleistungsfristen auf vier Jahre</b> wollen wir erreichen, dass Geräte für eine längere Lebensdauer gebaut werden.</p> <p>Alle Finanzvermittler und -berater sollen künftig von der BaFin beaufsichtigt werden.</p> <p>Überhöhte <b>Dispozin- sen und Gebühren, werden wir begrenzen.</b></p>	<p>Wir wollen bessere <b>Vergleichbarkeit bei Langzeitverträgen durch die Ausweisung monatlicher Durchschnittspreise.</b></p> <p>Zudem wollen wir die Durchsetzung von Verbraucherrechten vereinfachen, zum Beispiel durch „<b>Smart Contracts</b>“.</p>	<p>Zu einem guten finanziellen Verbraucherschutz gehören auch die <b>Begrenzung unangemessener Gebühren und Entgelte für Bankdienstleistungen.</b></p> <p>Wir werden den <b>provisionsbasierten Verkauf von Finanz- und Versicherungsprodukten abschaffen.</b></p>
<b>Wasserversorgung in der öffentlichen Hand belassen: Das Eigentum an den</b>	Wir werden ein <b>Förderprogramm auflegen, das regionale</b>	Keine Position	Ein <b>Verursacherfonds und eine Reform der Abwasserabgabe</b> sollen so zu	Wir wollen dafür Sorge tragen, dass unser <b>Grundwasservorkommen schonend</b>	Die <b>Privatisierung von Wasserversorgung und des Zugangs zu See- und</b>

AfD	CDU/CSU	SPD	B'90/Grüne	FDP	DIE LINKE
<p><b>Wasserressourcen, den Förderanlagen, der Wasseraufbereitung und am Leitungsnetz muss in öffentlicher Hand und damit in den Händen der Bürger verbleiben. Eine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts lehnt die AfD entschieden ab.</b></p>	<p><b>Wasserkreisläufe stärkt.</b></p> <p>Über <b>Aufklärungskampagnen</b> werden wir das Allgemeingut Wasser schützen.</p> <p>Wir werden die <b>Strategie zur Prävention von Gewässerverunreinigung</b> fortführen.</p> <p>Wir werden die Vorkommen an Trink-, Mineral-, Heil- und <b>Grundwasser weiterhin besonders schützen.</b></p>		<p>einer fairen Verteilung der Kosten führen.</p> <p>Den <b>Vorrang der Trinkwasserversorgung gegenüber gewerblicher Nutzung gilt es sicherzustellen.</b></p>	<p><b>bewirtschaftet</b> wird und sauber bleibt.</p> <p>Wir setzen uns darüber hinaus für Feuchtbiotope sowie für intakte Gewässer ein.</p>	<p><b>Meeresflächen lehnen wir ab.</b></p>